

Themenheft

# Demokratie

in Indonesien und Timor-Leste  
2021

Watch Indonesia! (Hg.)



Editorial \_\_\_\_\_ 1

## **Macht & Recht**

Die Rolle der Oligarchie in der Schwächung der  
Kommission für Korruptionsbekämpfung \_\_\_\_\_ 3  
(Abdil Mughis Mudhoffir und Vedi R. Hadiz)

Wie die Pandemie die Schwäche der konstitutionellen  
Demokratie Indonesiens sichtbar macht \_\_\_\_\_ 6  
(Abdurrachman Satrio)

Die indonesische „Elitedemokratie“ –  
Politische Teilhabe und die Neigung zu Oligarchie:  
Probleme und Lösungsansätze \_\_\_\_\_ 9  
(Firman Noor)

## **Militarismus**

Militarisierung in Indonesien –  
Ein Rückfall in autoritäre Strukturen? \_\_\_\_\_ 13  
(Chris Lundry)

Westpapua 2021: Die Verlängerung der  
Sonderautonomie und das neue „Terrorismus“-Label  
– Ein Indikator für Indonesiens Schwächung der  
Demokratie \_\_\_\_\_ 16  
(TAPOL)

## **Umwelt & Arbeit**

Die Militarisierung des Umweltschutzes am  
Citarum-Fluss \_\_\_\_\_ 20  
(Frans Ari Prasetyo)

Umweltpolitik in Indonesien im Spiegel des  
Demokratieverfalls \_\_\_\_\_ 23  
(Dirk Tomsa)

Wie Fahrer:innen der Plattformökonomie in  
Indonesien Strategien entwickeln und gemeinsame  
Aktionen organisieren \_\_\_\_\_ 26  
(Fahmi Panimbang)

## **Gender**

Eine neue Gruppe von Staats- und Gesellschafts-  
„Feinden“ – Zur Situation der LGBTI\*-Community in  
Indonesien \_\_\_\_\_ 29  
(Papang Hidayat)

Die Emanzipation der Frauen und  
der Maunbootizmu \_\_\_\_\_ 34  
(Berta Antonieta Tilman Pereira)

## **Junge Perspektive**

Straflosigkeit verlernen: Das Engagement der jungen  
Generation in Indonesien und Timor-Leste \_\_\_\_\_ 39  
(Aghniadi und Kania Emmanuella Mamonto)



## Editorial



© Albertus Arga Yuda für Asia Justice and Rights

### Liebe Lesende,

Weltweit nehmen autoritäre Tendenzen zu und demokratische Systeme geraten unter Druck. Während sich die sog. westliche Welt vielfach als Bastion von Demokratie und Menschenrechten versteht, nimmt auch hier die Zahl derjenigen Länder zu, in denen sich autoritäre Herrschafts- und Regierungsformen durchsetzen und die Bevölkerung ihrer demokratischen Rechte beraubt wird.

In Indonesien und Timor-Leste regt sich derweil Widerstand gegen den Abbau errungener demokratischer Rechte und Prinzipien. Pro-demokratische zivilgesellschaftliche Kräfte und ihre Verbündeten kämpfen um die substantielle Verwirklichung ihrer Demokratien.

**Timor-Lestes** junge Demokratie ringt mit regierung internen Machtkämpfen, und instabile Institutionen stellen ein Hindernis für den Aufbau einer widerstandsfähigen und repräsentativen Demokratie dar. Hierarchische Gesellschaftsentwürfe, die das Doppelerbe der portugiesischen Kolonialherrschaft und der indonesischen Besatzung (1975-1999) im Gepäck tragen, erschweren es überdies vor allem Frauen und jungen Menschen, ihr demokratisches Potenzial zu realisieren.

Während sich bisher noch jede indonesische Regierung der Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsvergehen verweigert hat, ringen die Opfer und Überlebenden der in der indonesischen Besatzungszeit verübten Gräueltaten weiterhin um Anerkennung und Wiedergutmachung. Insbesondere weibliche Überlebende, darunter solche, die sexualisierte politische Gewalt erfahren haben, sind bis heute mit vielschichtigen Formen von Diskriminierung konfrontiert.

**Indonesiens** Demokratie, die 1998 nach mehr als dreißig Jahren Diktatur ihren Auftakt fand, erlebt unter der amtierenden Regierung Joko „Jokowi“ Widodos dramatische Rückschritte. Gegen jede zivilgesellschaftliche Regung hält Jokowi auch in seiner zweiten Amtszeit (2019-2024)

am Primat der Wirtschaft und seiner Vision von *Indonesia Maju* (etwa: Vorwärts Indonesien) fest. Mehr und mehr zentrale Errungenschaften der *Reformasi* werden über Bord geworfen und pro-demokratische Akteur:innen immer weiter an den Rand gedrängt. Zwei Jahre nach seinem erneuten Amtsantritt hat Jokowi's Regierung bürgerliche Freiheitsgarantien und demokratische Kontrollmechanismen weiter abgebaut sowie die Rahmenbedingungen für freie und faire Wahlen geschwächt. Das Militär und der Sicherheitsapparat konnten ihren politischen und zivilen Einfluss wieder ausbauen. Auch die Repression gegen die Unabhängigkeitsbefürworter:innen Westpauas haben eine neue Eskalationsstufe erreicht.

Die zivilgesellschaftlichen Hoffnungen auf einen echten Wandel, als dessen Lichtgestalt Jokowi einst galt, schrumpfen damit stetig.

### Lebendige Zivilgesellschaften

Doch entgegen aller Widerstände existiert in beiden Ländern eine lebendige und kritische Zivilgesellschaft. Und: In beiden Ländern steht die Bevölkerungsmehrheit hinter einer demokratischen Regierungsform. Ihre Möglichkeiten, an den entsprechenden Aushandlungsprozessen teilzunehmen und Regierungspolitiken zu beeinflussen, indessen fallen besonders in Indonesien weit hinter ihre Erwartungen und die gemachten Versprechen zurück. Dennoch weigern sich viele Menschen – Menschenrechts- und Demokratieverteidiger:innen, Journalist:innen, Wissenschaftler:innen, indigene Interessenvertreter:innen, Feminist:innen und LGBTIQ+ u.v.a. –, autoritäre Politiken einfach hinzunehmen, seien sie auf der Regierungsebene wirkmächtig oder gesellschaftlich verankert. Sie widersetzen und organisieren sich, liefern kritische Analysen, schmieden transnationale oder interessenübergreifende Allianzen und entwickeln auch auf der gesellschaftli-

chen Ebene wirkende Gegenprogramme. Dazu gehören neue Formen der Selbstorganisation von Arbeiter:innen, genauso wie Initiativen junger Menschenrechtsverteidiger:innen und Aktivist:innen, verkrustete autoritäre Strukturen aufzubrechen und eigene Wege in der Aufarbeitung begangener und der Verhinderung künftiger Menschenrechtsvergehen zu beschreiten.



© Frans Ari Prasetyo

In diesem Heft spiegelt sich eine Vielzahl dieser pro-demokratischen zivilgesellschaftlichen Positionen und Ansätze. Darin begegnen sich politikwissenschaftliche und aktivistische Perspektiven. Dass sich ein beträchtlicher Anteil der Beiträge mit Militarisierung und dem Einfluss von Oligarchien und Eliten auseinandersetzt, ist kein Zufall. Sind dies doch die Kernstücke der zunehmend autoritären Regierungsführung in Indonesien, die sich in so unterschiedlichen Arenen wie Umweltschutz, Verfassungsfragen und dem Management der COVID-19-Krise, legislativen Prozessen oder dem Umgang mit den Unabhängigkeitsbestrebungen Westpapas ausspielen.

### Was tun?

Angesichts der Herausforderungen für Demokratien und deren Verteidiger:innen weltweit und den globalen wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen – nicht zuletzt

durch die Klimakrise und aggressive Akkumulationsregime – bedarf es einer verantwortungsvollen internationalen Politikgestaltung. Möglichkeiten, auf eine Stärkung beider Demokratien hinzuwirken und positive Ansätze zu unterstützen, gibt es genug.

Indonesien wird 2022 den Vorsitz der G20 übernehmen, die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Seit Januar 2020 ist das Land für drei Jahre im UN-Menschenrechtsrat vertreten. Es ist einer der wichtigsten Wirtschafts- und Handelspartner und der größte bilaterale Entwicklungspartner Deutschlands. In den 2020 verabschiedeten Leitlinien zum Indo-Pazifik<sup>1</sup> identifiziert die Bundesregierung Indonesien als einen von fünf strategischen Partnern in der Region. Sicherheitspolitische Zusammenarbeit und der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, zu der auch neue Freihandelsabkommen mit der EU gehören, stehen im Mittelpunkt. Timor-Leste gilt der EU als Partnerland in der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Die EU, nach Australien der zweitgrößte Geber von Entwicklungshilfe in Timor-Leste, hat sich verpflichtet, den strategischen Entwicklungsplan 2011-2030 von Timor-Leste zu unterstützen, der darauf abzielt, auf der Grundlage eines raschen, integrativen Wachstums Timor-Leste bis 2030 in ein Land mit mittlerem Einkommen zu verwandeln.

Vor diesem Hintergrund stünde es der Bundesregierung wie auch Wirtschaftsvertreter:innen und ihren europäischen Pendanten dieser multi- oder bilateralen Partnerschaften gut, den globalen Niederschlag des (interessen)politischen Handelns für die Bevölkerungen „anderswo“ in die Rechnung des eigenen Demokratieverständnisses aufzunehmen.

Wir wünschen allen Leser:innen eine informative und interessante Lektüre.

Watch Indonesia!

<sup>1</sup> <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf>



## Die Rolle der Oligarchie in der Schwächung der Kommission für Korruptionsbekämpfung

von Abdil Mughis Mudhoffir und Vedi R. Hadiz

© Watch Indonesia!

*Die Schwächung der Anti-Korruptionsbehörde veranschaulicht das Scheitern der Reformasi, die im Sinne einer demokratischen Wende auf die Schaffung neuer Institutionen und politischer Richtlinien ausgerichtet war. Die neuen Institutionen waren jedoch nicht in der Lage, die Macht der Oligarchie einzuschränken; vielmehr erwiesen sie sich als anfällig gegenüber ihrer missbräuchlichen Nutzung durch oligarchische Interessen.*

In den Jahren der Präsidentschaften von Joko Widodo (2014 bis heute) ist eine zunehmende Einschränkung der Meinungsfreiheit zu beobachten; gleichzeitig wurden demokratische Institutionen und Organe der Rechtsprechung geschwächt und gekapert.

Neuerlich richtete sich diese Entwicklung gegen die Kommission für Korruptionsbekämpfung (*Komisi Pemberantasan Korupsi*, KPK) – das prominenteste Symbol für die Errungenschaften der *Reformasi* von 1998 und ihrer Folgejahre. Die Schwächung der KPK erfolgte zugunsten der Interessen von Allianzen zwischen Wirtschaft, Politik und Bürokratie, die das Rückgrat einer das staatliche Leben bestimmenden Oligarchie bilden.

Etlche Studien werten diese Entwicklungen als Indikatoren für eine Regression des Demokratisierungsprozesses, im Anschluss an eine 2010 einsetzende Phase der Stagnation (Warburton & Aspinall, 2019; Mietzner, 2018; Power & Warburton, 2010; Fossati, Muhtadi & Warburton, 2021). Diese Studien orientieren sich an den Vorstellungen eines liberalen Pluralismus und nennen als Ursachen der Regression zum einen die zunehmende Abkehr der politischen Elite von den Zielen der *Reformasi* und zum anderen die sich vertiefende gesellschaftliche Polarisierung infolge der Bedrohung durch den islamischen Populismus.

Unserer Auffassung nach ist das Argument der demokratischen Regression im Hinblick auf die Verhältnisse in Indonesien problematisch, da es vom Paradigma der ‚Transition zur Demokratie‘ und damit von der Annahme ausgeht, dass der Demokratisierungsprozess bereits zuvor eine Konsolidierung hin zum liberalen Modell erfah-

ren habe. Stütze der indonesischen Demokratie ist diesem Paradigma zufolge die Resilienz der Zivilgesellschaft als Gegengewicht zu den antidemokratischen Kräften (Mietzner, 2021). Jokowi's Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2014 gilt den Vertreter:innen dieses Paradigmas einerseits als Beweis für die Stärke der die Demokratie stützenden Zivilgesellschaft und andererseits für die Schwäche der Oligarchie (Mietzner, 2015; Aspinall & Mietzner, 2014). Problematisch an dieser Auffassung ist, dass die Oligarchie nicht immer im Widerspruch zur Demokratie stehen muss; oligarchische und demokratische Strukturen können sich auch gegenseitig stützen, so im Modell der illiberalen Demokratie.

Die vom liberalen Pluralismus geprägten Einschätzungen üben nur begrenzt Kritik an der indonesischen Demokratie und sind tendenziell irreführend, da sie dazu neigen, die grundlegenden politisch-ökonomischen Strukturen auszublenden. Sie verschließen die Augen vor der illiberalen Natur der Demokratie in Indonesien und erklären die Entwicklungen, die von den liberal-pluralistischen Erwartungen abweichen, lediglich aus dem Verhalten bestimmter politischer Akteur:innen – ein durchaus naheliegender Blickwinkel, da die indonesische Politik oftmals stark von hektischen wahlpolitischen Auseinandersetzungen geprägt ist. Tatsächlich aber handeln die Akteur:innen im Rahmen einer politisch-ökonomischen Machtkonstellation, die sich, verglichen mit der Phase des autoritären Herrschaftssystems, auf einer grundlegenden Ebene kaum verändert hat. Die neuen Institutionen des Rechtssystems und der Demokratie sind keine Garanten für einen umfassenden Schutz und die

volle Wahrung der sozio-ökonomischen Rechte der Bürger:innen, weil diese Institutionen von den Interessen der Oligarchie dominiert und nach ihren Bedürfnissen ausgestaltet werden. Gerade in den letzten Jahren vollzieht sich die Kaperung dieser Institutionen durch die Oligarchie für ihre eigenen Belange, d.h. die Anhäufung von Reichtum und Macht, immer unverhohlener.



Proteste gegen das Omnibusgesetz: „Die Regierung und das Parlament rauben der Bevölkerung den Wohlstand.“  
© Adrian Mulya

### Die Oligarchie als Organisationsform politisch-ökonomischer Macht

In Anlehnung an Hadiz und Robison (2004) definieren wir Oligarchie als eine Organisationsform der Macht, bei der die wirtschaftlich und politisch mächtigen Kräfte miteinander verschmolzen sind und in dieser Fusion die Akkumulation von Reichtum und Autorität wie auch die Verteidigung ihrer Machtposition gemeinschaftlich realisieren. Damit unterscheidet sich unsere Definition zum einen von der Jeffrey Winters' (2011), der vornehmlich die Akteur:innen – superreiche Konglomerate, die auf die Politik Einfluss nehmen – in den Blick nimmt, und zum anderen vom Verständnis des Begriffs im Anschluss an Aristoteles, der mit Oligarchie die Herrschaft weniger Reicher bezeichnet.

Indem wir den Nachdruck auf die Organisationsform der politisch-ökonomischen Macht legen, verorten wir den Begriff deutlicher in einem strukturellen Rahmen. Für uns geht die Dominanz der oligarchischen Organisationsform der Macht nicht auf die Fähigkeit der Superreichen zurück, die politischen Maßnahmen zu bestimmen; vielmehr rückt die Fusion der politisch-ökonomischen Kräfte die Belange der Anhäufung von Reichtum und Macht so stark in den Vordergrund, dass sie die funktionelle Ausprägung der öffentlichen Institutionen bestimmen.

Die Verschmelzung von politischer und ökonomischer Macht ist auf eine Form der Kapitalakkumulation zurückzuführen, die sehr stark von Zugang zu den und Kontrolle über die öffentlichen Institutionen abhängig ist wie auch von der Protektion durch den Staat. Diese Form der Kapitalakkumulation konsolidierte sich während der autoritären Herrschaft Suhartos und ermöglichte die Entstehung einer neuen Kapitalistenklasse, vor allem aus den Reihen von Indonesier:innen mit chinesischem Hin-

tergrund. Zur Entfaltung kam diese Entwicklung in Reaktion auf den Bankrott einiger Staatsunternehmen seit dem Ende der 1970er Jahre, die bis dato das Instrument zur Anhäufung von Reichtum in den Händen weniger gewesen waren. Bei ihrem Bemühen, eine relative Autonomie vom Staat zu erreichen, wie es der neuen Kapitalistenklasse in England des 18. Jahrhunderts gelang, stellten sich den chinesisch-stämmigen Unternehmer:innen jedoch unüberwindbare Schwierigkeiten entgegen. Sie beruhten vor allem auf rassistischer Diskriminierung – wie sie sich schon in der niederländischen Kolonialzeit als Teil der Teile-und-herrsche-Strategie entwickelt hatte und von den sich anschließenden Machthabern immer weiter benutzt worden war.

Diese Bedingungen zwangen die chinesisch-stämmige Kapitalistenklasse, bei den Machthabern Schutz und Zugang zu Lizenzen und Geschäftsverträgen zu suchen, wodurch räuberische geschäftspolitische Allianzen gestärkt wurden und die Kontrolle über öffentliche Institutionen für private Akkumulationszwecke genutzt wurde. Auch wenn das politische System demokratisch geworden ist, besteht diese Organisationsform der politisch-ökonomischen Macht fort. Die Kontinuität ist darauf zurückzuführen, dass während der Jahre, in denen das Demokratisierungsprojekt vorangetrieben wurde, der Neoliberalismus – der die Reduktion staatlicher Einmischung in wirtschaftliche Aktivitäten fordert – einen hohen Druck ausüben konnte. Die Demokratisierung war eben nicht das Ergebnis des Drucks konsolidierter fortschrittlicher gesellschaftlicher Kräfte. Seit den Mordaktionen an den Kommunist:innen 1965/1966 fehlte es weitgehend an progressiven gesellschaftlichen Kräften; die Neue Ordnung hatte auf Demobilisierung und soziale Kontrolle gesetzt und dabei die Entwicklung einer sozialen Basis selbst für liberale oder sozialdemokratische politische Traditionen weitgehend behindert.

Neben der Abhaltung relativ freier und kompetitiver allgemeiner Wahlen zeichnet sich die indonesische Demokratie letztlich eher durch neue Institutionen als durch Konzepte und Strukturen einer substanziellen politischen Teilhabe aus. Die neuen Institutionen existieren dabei nicht im luftleeren Raum. Sie funktionieren in einem Ökosystem, das von oligarchischen Machtverhältnissen dominiert wird, während die progressiven gesellschaftspolitischen Kräfte, die erwartungsgemäß diese Institutionen stützen sollten, relativ schwach sind. Die im Reformprozess gebildeten rechtlichen und demokratischen Institutionen sind daher nicht nur unfähig, den Einfluss der Oligarchie einzudämmen, sie werden vielmehr zunehmend zu einem neuen Vehikel, das den Belangen der Anhäufung von Reichtum und Macht dient. Ein Beispiel ist die Dezentralisierungsreform, die in den Regionen zur Entstehung „kleiner Könige“ beiträgt, welche sich über die Prinzipien technokratischer Regierungsführung hinwegsetzen, die ursprünglich mit der Dezentralisierung konzeptionell verbunden waren. Auch die Kommission für Korruptionsbekämpfung (KPK) ist ein klarer Beleg für diesen Trend: Er zeigt sich in ihrem Scheitern im Kampf gegen die chronische Korruption und auch in der erfolgreichen Zweckentfremdung dieser Institution durch die politisch-wirtschaftliche Allianz.

## Die Schwächung der KPK und das Scheitern der Reformasi auf der institutionellen Ebene

Solange die Herrschaftsorganisation auf der Verschmelzung der wirtschaftlichen und politischen Kräfte beruht, ist Korruption von Natur aus ein wichtiger Bestandteil des Prozesses der Akkumulation von Reichtum und Macht. Schon vor ihrer Schwächung konnte die KPK der oligarchischen Machtorganisation nur wenig entgegensetzen. Aufgrund ihrer weitreichenden Abhörbefugnisse war die KPK zwar in der Tat bei vielen Operationen erfolgreich, mit denen sie Staatsbeamt:innen, Politiker:innen und Geschäftsleute auf frischer Tat festnehmen und hinter Gitter bringen konnte. Bei vielen Mega-Korruptionsskandalen, in die Akteur:innen aus dem Machtzentrum verwickelt waren, blieb sie aber untätig, so etwa im Fall der Liquiditätshilfen der Bank Indonesia für in Schwierigkeiten geratene Banken (*Bantuan Likuiditas Bank Indonesia*, BLBI-Skandal) oder bei den Staatshilfen zur Rettung der Bank Century. Folglich blieb die Korruption endemisch, und die tragenden Elemente der oligarchischen Machtorganisation verfügen weiterhin über genügend Handlungsräume.

Tatsächlich wies die KPK von Beginn an einige grundlegende Beschränkungen auf, die die Bemühungen zur Beseitigung der Korruption behinderten. Ein Beispiel ist die Rekrutierung der Mitarbeiter:innen und Ermittler:innen der Kommission vielfach aus den Reihen von Polizei und Staatsanwaltschaft – zwei Strafverfolgungsbehörden mit einer langen Geschichte der Korruption. Die Befugnis zur Besetzung der KPK-Leitungsposition liegt – genauso wie im Fall aller anderen Strafverfolgungsbehörden – bei Exekutive und Legislative, die beide von oligarchischen Interessen dominiert sind. Außerdem ist die KPK seit ihrer Gründung im Fall von Angriffen seitens korrupter Personen und Kräfte sehr auf den Schutz des Präsidenten angewiesen. Auch die Rechtsgrundlage, auf der die Einrichtung der Anti-Korruptionskommission beruht, ist schwach und kann jederzeit für die Belange der prädativen politisch-wirtschaftlichen Allianzen verändert werden. Mit anderen Worten: Seit ihrer Gründung war und blieb die KPK in ihrer Existenz bedroht.

Es überrascht nicht, dass die KPK als Institution, aber auch ihre Leiter:innen und Ermittler:innen von Beginn ihrer Arbeit an vielfachen Angriffen ausgesetzt waren. Am massivsten war die Angriffsserie seitens mehrerer hochrangiger Polizeibeamt:innen gegen Korruptionsermittlungen in polizeilichen Institutionen ab dem Jahr 2009 – eine Auseinandersetzung, die in der Öffentlichkeit bald unter der Überschrift „Gecko gegen Krokodil“ firmierte. Auch wurde mehrfach versucht, die weitere Schwächung der KPK mittels der Überarbeitung ihrer gesetzlichen Grundlage zu erreichen. Doch erst in der Jokowi-Ära hatten die politisch-wirtschaftlichen Allianzen nachhaltig Erfolg und erreichten eine wesentliche Schwächung der KPK, die trotz aller Unzulänglichkeiten ein wichtiges Symbol der *Reformasi* geblieben war. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass es den politisch-wirtschaftlichen Allianzen im Umfeld der Jokowi-Regierung gelungen ist, die zunehmende identitätspolitische Mobilisierung für sich zu nutzen und verstärkt zivilgesellschaftliche Elemente zu kooptieren, die bereit sind, die Schwächung der KPK zu rechtfertigen. Bekanntlich zählte auch der Vorwurf der „Talibanisierung“

der KPK zu den Versuchen, diese Institution zu diskreditieren, diesmal, indem viele ihrer Ermittler:innen mit einer gegen die *Pancasila* gerichteten, islamischen Hardliner-Politik in Verbindung gebracht wurden.

Mit anderen Worten: Der Fall der Schwächung der KPK veranschaulicht das Scheitern der *Reformasi*, die bislang auf die Schaffung neuer Institutionen und politischer Richtlinien ausgerichtet war. Die neuen Institutionen waren jedoch nicht in der Lage, die Macht der Oligarchie einzuschränken; vielmehr erwiesen sie sich als anfällig gegenüber ihrer missbräuchlichen Nutzung durch oligarchische Interessen.

## Zusammenfassung

Die Schwächung der KPK und die Verschlechterung des Schutzes der bürgerlichen und politischen Rechte während der letzten Jahre sind Folge der nahezu allgegenwärtigen prädativen Tendenzen im politischen Feld der Demokratie in Indonesien und haben ihren Grund in der Dominanz oligarchischer Machtverhältnisse. Ermöglicht wird die Dominanz der Oligarchie unter anderem durch die Schwäche aller fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte, die zur nachhaltigen Herausforderung der politisch-wirtschaftlichen Allianzen in der Lage sein könnten. Dies bedeutet, dass die Schwächung der KPK nicht als ein Phänomen des demokratischen Niedergangs anzusehen ist, wie Vertreter:innen des liberalen Pluralismus glauben. Vielmehr ist es ein wichtiger Indikator dafür, dass wir es in Indonesien mit einer Konstellation der gesellschaftspolitischen Kräfte zu tun haben, die immer noch nicht das demokratische Modell unterstützen, das dem bekannten und einflussreichen Paradigma des Ideals der ‚Transition zur Demokratie‘ zugrunde liegt.

**Abdil Mughis Mudhoffir** ist ein *Honorary Fellow* am Asia Institute der University of Melbourne und Dozent für Soziologie an der Universitas Negeri Jakarta. Er ist der Autor von *State of Disorder: Privatised Violence and the State in Indonesia* (Palgrave Macmillan, 2021).

**Vedi R. Hadiz** ist Professor und Direktor für Asienforschung am Asia Institute der University of Melbourne. Zu seinen Buchveröffentlichungen zählen *Islamic Populism in Indonesia and the Middle East* (Cambridge University Press, 2016) und, gemeinsam mit Richard Robison, *Reorganising Power in Indonesia: The Politics of Oligarchy in an Age of Markets* (Routledge, 2004).



- Aspinall, E. & Mietzner, M. (2014). Indonesian Politics in 2014: Democracy's Close Call. *Bulletin of Indonesian Economic Studies*, 50(3), 347-369.
- Fossati, D., Muhtadi, B. & Warburton, E. (2021). *Why democrats abandon democracy: Evidence from four survey experiments*. <https://doi.org/10.1177/1354068821992488>
- Hadiz, V. & Robison, R. (2004). *Reorganising Power in Indonesia: The Politics of Oligarchy in an Age of Markets*. Routledge.
- Mietzner, M. (2015). Reinventing Asian populism: Jokowi's rise, democracy, and political contestation in Indonesia. Honolulu: East-West Center.
- Mietzner, M. (2018). Fighting Illiberalism with Illiberalism: Islamist Populism and Democratic Deconsolidation in Indonesia. *Pacific Affairs*, 91(2), 261-282.
- Mietzner, M. (2021). Sources of resistance to democratic decline: Indonesian civil society and its trials. *Democratisation*, 28, 1161-1178.
- Power, T. & Warburton, E. (Hrsg.) (2010). *Democracy in Indonesia: From Stagnation to Regression?* ISEAS, Yusof Ishak Institute.
- Warburton, E. & Aspinall, E. (2019). Explaining Indonesia's Democratic Regression: Structure, Agency and Popular Opinion. *Contemporary Southeast Asia*, 41(2), 255-285.
- Winters, J. A. (2011). *Oligarchy*. Cambridge University Press.



## Wie die Pandemie die Schwäche der konstitutionellen Demokratie Indonesiens sichtbar macht

von Abdurrachman Satrio

„Für die Öffentlichkeit geschlossen.“ © Watch Indonesia!

*Die Corona-Pandemie offenbart nicht nur die Zerbrechlichkeit des indonesischen Gesundheitssystems, sondern legt auch die Schwäche des demokratischen Systems offen. Das betrifft insbesondere die Kontrollfähigkeit der politischen und juristischen Institutionen über die Regierungsmacht.*

Seit im März 2020 die ersten COVID-19-Fälle bekannt wurden, stiegen die Zahlen in Indonesien immer weiter an. Im April 2021 wurde bekannt, dass sich im Land über 2,5 Millionen Menschen mit der Krankheit infiziert hatten und über 70.000 Menschen daran gestorben waren.<sup>1</sup> Diese Zahlen werden wohl noch weiter steigen, insbesondere, nachdem Indonesien am 12. April 2021 einen Rekord verzeichnete: Erstmals innerhalb eines Jahres überstieg die Anzahl der täglich positiv gemeldeten Fälle die Grenze von 40.000 (Situmorang & Andriyanto, 2021).

Angesichts derart hoher Infektionszahlen erreicht das indonesische Gesundheitssystem gerade seinen „Tiefpunkt“: Vor allem auf Java, der bevölkerungsreichsten Insel des Landes, waren im Juli und August die Krankenhäuser voll mit COVID-19-Patient:innen, und die Sauerstoffvorräte gingen aus. Deshalb waren viele COVID-19-Patient:innen gezwungen, sich zu Hause zu isolieren und selbst zu behandeln – was vielen Menschen das Leben kostete (Situmorang & Andriyanto, 2021).

Um diese Krise zu überwinden, hat die indonesische Regierung unter Präsident Joko Widodo (Jokowi) im letzten Jahr einen Gesundheitsnotstand ausgerufen, der auf dem Gesetz Nr. 6 von 2018 zur Gesundheitsquarantäne beruht. Dieser Notstand ermächtigt die Regierung, auch in mehreren Provinzen, weitgehende soziale Einschränkungen zu verhängen, mit denen sie bestimmte gesellschaftliche Aktivitäten verhindern kann – auch solche, die religiöser Art sind oder den Bildungsbereich betreffen (Satrio, 2020a).

Fatalerweise hat sich diese Politik ein Jahr nach ihrer Einführung als ineffektiv herausgestellt. Sie konnte die Verbreitung von COVID-19 nicht eindämmen, da die Menschen immer noch zu Zielen außerhalb ihrer Region reisen durften: Während der *Lebaran*-Feierlichkeiten am 12. und 13. Mai 2021 verließen Millionen von Menschen ihren Heimatort, um die Tradition von *mudik* (des Besuchs ihrer Verwandten) zu pflegen (Dianti & Ekawati (2021), was in den zwei Monaten danach zu einem erheblichen Anstieg der COVID-19-Fälle führte.

Obwohl diese Pandemie die Zerbrechlichkeit des indonesischen Gesundheitssystems sichtbar gemacht zu haben scheint, kann nicht geleugnet werden, dass sie auch die Schwäche des demokratischen Systems im Land aufgezeigt hat. Dies betrifft insbesondere die Rolle der legislativen und judikativen Institutionen und ihre Fähigkeit, die Regierungsmacht zu kontrollieren.

### Die Schwächung der Kontrollmechanismen

Nachdem Indonesien 1998 zur Demokratie wurde, was mit einer umfassenden Änderung der Verfassung von 1945 einherging und als *Reformasi* bezeichnet wird, wurde das Land zunächst als das erfolgreichste Beispiel für einen demokratischen Wandel in Südostasien angesehen. Dies gilt insbesondere für die Jahre 2004 bis 2014 (Mietzner, 2010). Zweifelsohne kann dieser anfängliche Erfolg nicht getrennt werden von der im Zuge der Demokratisierung gestärkten Funktion der Legislative und Judikative, das Regierungsverhalten zu kontrollieren und zu verhindern, dass die Exekutive – wie es vor der *Reformasi* der Fall war – zu mächtig wird.

<sup>1</sup> Siehe die offizielle Webseite der indonesischen Regierung zur Covid-19-Pandemie: <https://covid19.go.id/>.

Allerdings ist in den letzten Jahren die Tendenz erkennbar, dass Indonesien zu seiner autoritären Tradition zurückkehrt – insbesondere, nachdem 2014 Präsident Jokowi an die Macht gekommen ist. Häufig hat er seitdem verschiedene juristische und verfassungsrechtliche Mechanismen eingesetzt, um die Macht staatlicher Institutionen zu schwächen, deren Aufgabe es ist, seine Regierung zu kontrollieren (Satrio, 2018). Während der Pandemie scheint sich diese Tendenz sogar noch zu verstärken.

Natürlich kann nicht geleugnet werden, dass die Pandemie in fast allen Ländern der Welt die Exekutive gestärkt hat – insbesondere hinsichtlich der Entscheidungsprozesse (Grogan, 2021). Aber in solchen Ländern wie Indonesien, deren Regierungen bereits vor der Pandemie versucht haben, uneingeschränkt durchzuregieren, bietet die Pandemie viele Möglichkeiten, die Staatsmacht weiter zu konsolidieren und zu vergrößern (Daly, 2021). Beispielsweise hat die Jokowi-Regierung anfangs versucht, die Pandemie durch einen zivilrechtlichen Ausnahmezustand zu bekämpfen, der auf der Grundlage der Verfassung von 1945 tatsächlich vom Präsidenten unilateral ausgerufen werden kann. Dieser Ausnahmezustand allerdings kann die Demokratie behindern, da er es der Regierung unter anderem nicht nur ermöglicht, die Bewegungs- und Redefreiheit einzuschränken, sondern auch die Kompetenzen anderer staatlicher Institutionen schwächt, die die Regierung überwachen sollen (Satrio, 2020a). Glücklicherweise wurde diese Vorgehensweise aufgrund öffentlichen Drucks bald verworfen – stattdessen wurde der Gesundheitsnotstand ausgerufen.

Auch wenn die Jokowi-Regierung mit ihrem zivilrechtlichen Ausnahmezustand keinen Erfolg gehabt hat, waren ihre Versuche, die Staatsmacht in ihrer Hand zu konzentrieren, damit noch nicht beendet: Kurz nachdem Präsident Jokowi den Gesundheitsnotstand erklärt hatte, erließ er die Notverordnung Nr. 1/2020, die die staatliche Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen der Coronavirus-Pandemie regelt. Diese Verordnung legt fest, dass die Maßnahmen, die die Regierung hinsichtlich der Pandemie trifft, von Verwaltungsgerichten nicht gekippt werden können. Außerdem verhindert sie, dass sich die Regierungsbeamt:innen, die diese Maßnahmen umsetzen, vor den Straf- oder Zivilgerichten verantworten müssen (Satrio, 2020b). Damit macht diese Notverordnung die Regierung gegen die Überwachungsrolle der Gerichte fast völlig immun. Und das, obwohl sie ohne jede rechtliche Grundlage erlassen wurde, denn der verhängte Gesundheitsnotstand an sich sieht keine Immunität gegenüber gerichtlicher Kontrolle vor (Satrio, 2020b). Darüber hinaus gibt es keinen triftigen Grund dafür, die Rolle der Gerichte während der Pandemie derart auszuschalten. Schließlich ist die Justiz – obwohl sie unter erschwerten Bedingungen arbeitet – immer noch in der Lage, ihre Verfahren über elektronische oder hybride Dienste stattfinden zu lassen (Savirani & Sulistiawati, 2021).

Zusätzlich zur Rolle der Justiz wurde auch diejenige des Parlaments (*Dewan Perwakilan Rakyat*, DPR) hinsichtlich ihrer legislativen Funktion geschwächt. Zwar hat Jokowi die Legislative bereits vor der Pandemie fast völlig gekapert, indem er die Unterstützung einer Dreiviertel-



© Watch Indonesia!

mehrheit des DPR für sich gewinnen konnte. Aber erst während der Pandemie scheint es der Regierung gelungen zu sein, die Ja-Sager:innen im DPR vollständig dazu zu bringen, ihre Maßnahmen zu legitimieren.

So konnte die Regierung gemeinsam mit dem DPR durch zweifelhaft demokratische Verfahren einige kontroverse Gesetze auf den Weg bringen – wie das Allgemeine Gesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen (Omnibusgesetz), die Revision des Gesetzes über das Verfassungsgericht und die Revisionen des Gesetzes zum Abbau von Kohle und Mineralien. Sie wurden im Schnellverfahren hinter verschlossenen Türen und ohne ausreichende Beteiligung der Allgemeinheit durchgedrückt (siehe Ayun & und Mudhoffir, 2020; Satrio & Ibrahim, 2021). Und als es gegen die Verabschiedung dieser Gesetze öffentliche Proteste gab, begründete die Regierung die mangelnde Bürger:innenbeteiligung mit der Pandemie (Ayun & und Mudhoffir, 2020).

Einige dieser Gesetze beinhalten auch Passagen, die die Leistung anderer staatlicher Kontrollorgane minimieren. Ein Beispiel dafür ist die Revision des Gesetzes über das Indonesische Verfassungsgericht (*Mahkamah Konstitusi Republik Indonesia*, MKRI). Obwohl sie den Eindruck macht, sie sei dazu da, die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts zu stärken (Butt, 2020) – da sie den Richter:innen eine längere Amtszeit ermöglicht –, entspricht sie der Absicht der Jokowi-Regierung, das Gericht zu schwächen. Dies liegt darin begründet, dass die Regierung vor der Gesetzesänderung – gemeinsam mit ihren Unterstützer:innen im DPR – mehrere Verfassungsrichter:innen (wie Enny Nurbaningsih und Arief Hidayat) ernannt hat, die der gegenwärtigen Regierung gegenüber als loyal gelten (Ridhoi, 2018). Diese Maßnahme stärkt also die Position einiger regierungstreuer Richter:innen – zumindest bis zum Ende von Jokowi's Amtszeit.

Ein weiteres Indiz ist die versuchte Schwächung der Anti-Korruptionsbehörde (*Komisi Pemberantasan Korupsi*, KPK) – eine der Strafverfolgungsbehörden, die in der Öffentlichkeit großes Vertrauen genießt. Einige ihrer dienstältesten Angestellten und Ermittler:innen wurden unter dem Vorwand entlassen, sie hätten den ‚Ziviltest‘, der Teil ihres Verbeamtungsprozesses ist, nicht bestanden. Dieser Test ist an sich schon sehr umstritten, da er überhaupt nichts mit der Arbeitsleistung der KPK-Beamt:innen zu tun hat. Vielmehr werden sie darin nach ihren persönli-

chen Ansichten – beispielsweise zu politischen und religiösen Themen – befragt (Transparency International, 2021).

### Die Verletzlichkeit der konstitutionellen Demokratie

Im Angesicht der Bemühungen der derzeitigen Regierung, die Demokratie zu schwächen, zeigen die geschilderten Vorfälle, wie die Pandemie die Fragilität der konstitutionellen Demokratie, offenbart.

Noch offensichtlicher wurde dies, als Präsident Jokowi Unterstützer:innen vorschlugen, die Verfassung hinsichtlich der Begrenzung auf zwei präsidentiale Amtszeiten dahingehend abzuändern, dass es ihm möglich würde, das Amt ein drittes Mal einzunehmen. Diese Idee kam auf, weil Jokowi's Unterstützer:innen glaubten, die pandemiebedingte Krise sei leichter zu bewältigen, wenn der Präsident länger im Amt bliebe (Hendrianto, 2021).

Unabhängig von dieser Begründung widerspricht dieser Vorschlag den Hauptanliegen der *Reformasi* und der in ihrem Zuge zwischen 1999 und 2002 vorgenommenen demokratischen Gesetzesänderungen. Sie beabsichtigen nämlich genau das Gegenteil: die (erneute) Zentralisierung der Präsidentialmacht zu verhindern. Überdies ist der Vorschlag unverhältnismäßig. Indonesien durchlebt zwar momentan eine massive Krise, die nächsten Präsidentschaftswahlen finden jedoch erst 2024 statt. Damit dürfte dem Präsidenten auch vor der Wahl noch ausreichend Zeit für die Krisenbewältigung zur Verfügung stehen.

All diese momentanen Bemühungen, die Demokratie zu schwächen, zeigen auf bemerkenswerte Weise, dass die demokratischen Reformen in Indonesien zwischen 1998 und Anfang der 2000er keine robuste konstitutionelle Demokratie aufbauen konnten. Darauf gab es bereits Hinweise, als Indonesien in den Jahren 2004 bis 2014 weithin als erfolgreichstes demokratisches Land in Südostasien betrachtet wurde. Obwohl das Land in dieser Zeit den Übergang zur Demokratie erfolgreich gemeistert zu haben schien, hing das Funktionieren seiner Demokratie hauptsächlich von der Rolle nicht gewählter Institutionen wie der KPK und dem Verfassungsgericht ab, die in der Öffentlichkeit weitgehend unumstrittenes Vertrauen genossen – insbesondere die KPK. So konstatierte der Politologe Mietzner gar, die Konsolidierung der Demokratie habe zu jener Zeit an der Rolle des Verfassungsgerichts gehangen, da es mit verfassungsrechtlichen Mitteln viele politische Konflikte friedlich und erfolgreich lösen konnte (Mietzner, 2010).

In einem idealen demokratischen System sollten politische Institutionen wie das Präsidentialamt und die Legislative die größten Verteidiger:innen demokratischer Werte sein. Schließlich sind sie es, deren Mitglieder direkt von der Bevölkerung gewählt werden. Genießen allerdings einzelne Strafverfolgungsbehörden, die noch nicht einmal gewählt werden, größeres öffentliches Vertrauen, zeigt dies, dass im System der indonesischen Demokratie ein grundsätzliches Problem vorliegt. Die Pandemie an sich stellt nicht den Hauptgrund für die Schwächung der Demokratie dar. Vielmehr ist sie ein Katalysator für bereits bestehende Probleme und bringt diese ans Tageslicht.

**Abdurrahman Satrio** ist Verfassungsrechtsforscher aus Indonesien. Kürzlich schloss Satrio sein Studium an der *Central European University* in Wien mit einem LLM-Abschluss in vergleichendem Verfassungsrecht ab. Seine Arbeiten wurden in einigen Fachzeitschriften wie dem *Vienna Journal on International Constitutional Law* und dem *Australian Journal of Asian Law* veröffentlicht. Darüber hinaus verfasst er Berichte über die Entwicklung des indonesischen Verfassungsrechts in namhaften Verfassungsrechtsblogs wie *Verfassungsblog*, *Iconnect* oder *IACL-AIDC Blog*.



- Ayun, R. Q. & Mudhoffir, A. M. (2020). Omnibus law shows how democratic process has been corrupted. *Indonesia at Melbourne*, 12. Oktober 2020. <https://indonesiaatmelbourne.unimelb.edu.au/omnibus-law-shows-how-democratic-process-has-been-corrupted/>
- Butt, S. I. (2020). The 2020 Constitutional Court Law amendments: a 'gift' to judges? *Indonesia at Melbourne*, 3. September 2020. <https://indonesiaatmelbourne.unimelb.edu.au/the-2020-constitutional-court-law-amendments-a-gift-to-judges/>
- Daly, T. G. (2021). Democracy and the Global Emergency – Shared Experiences, Starkly Uneven Impacts. *Verfassungsblog*, 15. Mai 2021. <https://verfassungsblog.de/democracy-and-the-global-emergency-shared-experiences-starkly-uneven-impacts/>
- Dianti, T. und Ekawati, A. (2021). COVID: Indonesian hospitals grapple with shortages as cases surge. *Deutsche Welle*, 7. Juli 2021. <https://www.dw.com/en/covid-indonesian-hospitals-grapple-with-shortages-as-cases-surge/a-58188012>
- Transparency International (2021, 4. Juni). Dismissals Following Controversial Civic Test Further Weaken Indonesia's Anti-Corruption Agency KPK. <https://www.transparency.org/en/press/dismissals-controversial-civics-test-further-weaken-indonesia-anti-corruption-agency-kpk>
- Grogan, J. (2021). Power, Law and the COVID-19 Pandemic – Part I: The Year of Pandemic. *Verfassungsblog*, 15. Mai 2021. <https://verfassungsblog.de/power-law-and-the-covid-19-pandemic-part-i-the-year-of-pandemic/>
- Hendrianto, S. (2021). Term Limits and the Unconstitutional Constitutional Amendment Doctrine in Indonesia. *Int'l J. Const. L. Blog*, 13. April 2021. <http://www.iconnectblog.com/2021/04/term-limits-and-the-unconstitutional-constitutional-amendment-doctrine-in-indonesia/>
- Mietzner, M. (2010). Political Conflict Resolution and Democratic Consolidation in Indonesia: The Role of the Constitutional Court. *Journal of East Asian Studies*, 397.
- Ridhoi, M. A. (2018). Pelantikan Arief Hidayat Wujud Penurunan Kualitas Hakim MK. *Tirto*. <https://tirto.id/pelantikan-arief-hidayat-wujud-penurunan-kualitas-hakim-mk-cGQo>
- Satrio, A. (2018). Constitutional Retrogression in Indonesia Under President Joko Widodo's Government: What Can the Constitutional Court Do? *Constitutional Review*, 272.
- Satrio, A. (2020a). Indonesia's Fight against COVID-19: A Battle Over the Meaning of Emergency? *Verfassungsblog*, 12. April 2020. <https://verfassungsblog.de/indonesias-fight-against-covid-19-a-battle-over-the-meaning-of-emergency/>
- Satrio, Ab. (2020b). Checking the Unchecked Power: The Role of the Indonesian Constitutional Court during the Pandemic. *IACL-IADC Blog*, 26. Mai 2020. <https://blog-iacl-aidc.org/2020-posts/2020/5/26/checking-the-unchecked-power-the-role-of-the-indonesian-constitutional-court-during-the-pandemic>
- Satrio, A. und Ibrahim, M. (2021). One Year After the Pandemic in Indonesia: From Health Crisis to the Crisis of Constitutional Democracy. *Verfassungsblog*, 15. März 2021. <https://verfassungsblog.de/one-year-after-the-pandemic-in-indonesia-from-health-crisis-to-the-crisis-of-constitutional-democracy/>
- Savirani, A. und Sulistiawati, L. Y. (2021). The Malady of Ignorance? Indonesian Parliament During the COVID-19 Pandemic. *New Mandala*, 6. April 2021. <https://www.newmandala.org/the-malady-of-ignorance-indonesian-parliament-during-the-covid-19-pandemic/>
- Situmorang, H. und Andriyanto, H. (2021). Indonesia Passes 40,000 Covid Cases Ten Days after Lockdown. *Jakarta Globe*, 12. Juli 2021. <https://jakartaglobe.id/news/indonesia-passes-40000-covid-cases-ten-days-after-lockdown>



## Die indonesische „Elitedemokratie“

### Politische Teilhabe und die Neigung zu Oligarchie: Probleme und Lösungsansätze

von Firman Noor

„Straßensperrung aufgrund von Reparaturarbeiten am Land – wir bitten um Entschuldigung!“ © LBH Makassar

*Indonesiens Demokratie unterstützt zunehmend die Interessen der Elite auf Kosten derjenigen der Bürger:innen. Hauptgründe für diese Tendenz sind, dass echte politische Teilhabe zurückgedrängt worden ist und die Oligarchien immer mehr politischen Einfluss erlangt haben. Dies hatte kürzlich einige „elitäre Maßnahmen“ wie das Omnibus-Wirtschaftsgesetz und die Einführung der zusammengelegten Wahlen von 2020 zur Folge. Mögliche Lösungen könnten darin bestehen, den Wohlstand der Menschen, das Wahlsystem, die politischen Parteien, die demokratische Kultur und die Rolle der Zivilgesellschaft zu verbessern.*

Obwohl Indonesien vor zwei Jahrzehnten offiziell zur Demokratie wurde, berichten einige Beobachter:innen von erheblichen Rückschritten: Mehrere aktuelle Studien kommen zu dem Ergebnis, die indonesische Demokratie zeige ernste Auflösungserscheinungen. Sie bescheinigen dem Land einen „demokratischen Rückschlag“ (Hadiz, 2017), eine „demokratische Regression“ (Aspinall & Warburton, 2018), einen „demokratischen Niedergang“ (Power, 2018), eine „autoritäre Wende“ (Power, 2018) oder eine „Post-Demokratie“ (Noor, 2020). Bei allen Unterschiedlichkeiten zeigen diese Untersuchungen, dass Indonesiens Demokratie immer noch Probleme hat und nicht so progressiv ist wie erwartet, da sie in erster Linie Eliten und Machthaber:innen stützt. Auch die Ergebnisse der EIU-Studie<sup>1</sup>, mit der Länder auf einem Demokratieindex eingestuft werden, unterstreichen dies. Dort heißt es, Indonesien hat sich in den letzten drei Jahren als „defekte Demokratie“ positioniert (EIU, 2018, 2019 und 2020). Die Freedom-House-Studien, die sich auf politische Rechte und bürgerlichen Freiheiten konzentrieren, kommen zu einem ähnlichen Schluss, indem sie die Qualität des politischen Systems kürzlich auf „teilweise frei“ zurückgestuft haben (Freedom House, 2015-2021).

Die Studien sind sich einig: Der Kern einer Demokratie liegt in der Qualität der politischen Teilhabe, die aber in Indonesien abgenommen hat. Dass diese Teilhabe in Indonesien rückläufig ist, bestätigen auch die Bürger:innen.

Insgesamt herrscht bei ihnen der Eindruck vor, dass sich der Raum zur politischen Teilhabe stetig verringert. Immer mehr Menschen geben an, sie hätten Angst, sich offen politisch zu engagieren. Die Menschenrechtskommission (Komisi Nasional Hak Asasi Manusia, Komnas HAM) etwa hat festgestellt, dass ca. 36,2 Prozent der Bürger:innen fürchten, in den sozialen Medien Kritik zu üben.<sup>2</sup> Eine Umfrage durch Indikator Politik, eines der führenden politischen Meinungsforschungsinstitute, zeigt, dass rund 79,6 Prozent der Befragten Angst haben, ihre Meinung offen zu äußern, und 57,7 Prozent sind der Ansicht, der Regierungsapparat gehe mit Menschen, die mit seinen Entscheidungen oder Maßnahmen nicht einverstanden sind, willkürlich um anstelle entlang geltender Gesetze und Regeln.

Einer der Hauptgründe hierfür ist das schwache Demokratieverständnis der Regierung. Politik und Verwaltung erachten die politische Teilhabe der Bürger:innen als unwichtig. Dies erschwert es der Zivilgesellschaft und den Oppositionsparteien, ihre angestammte Rolle zu erfüllen, die Regierung zu kontrollieren und Regierungshandeln kritisch zu begleiten.

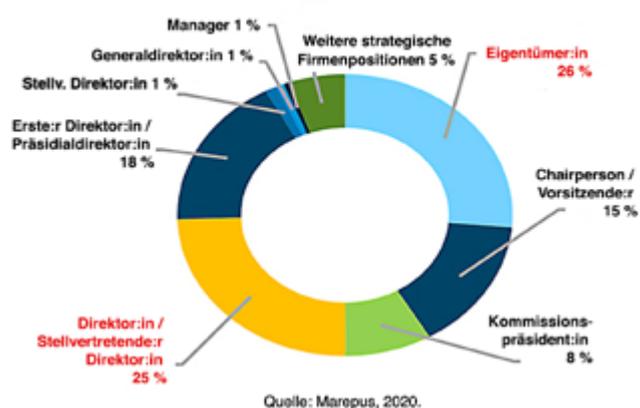
Gleichzeitig führt der Aufstieg von Oligarchien zur Schwächung demokratischer Regierungsführung und der politischen Teilhabe der Bürger:innen. Einige Studien verweisen darauf, dass die Oligarchien – die Suhartos Neue Ordnung hinterlassen hat – immer noch eine wichtige Rolle spielen und den Elitismus in der indone-

1 Eine jährliche Studie der *Economist Intelligent Unit* zur Qualität der Demokratie in den Ländern der Welt, die einen quantitativen Ansatz verfolgt. Siehe <https://www.eiu.com>.

2 <https://republika.co.id/berita/qmcp8j409/survei-komnas-ham-ungkap-ketakutan-warga-kritik-pemerintah>

sischen Politik aufrecht erhalten. Dies wird insbesondere bei lokalen Wahlen und der Bildung von Lokalregierungen spürbar, wo sie nicht selten die Wahlkampagnen finanzieren und in Entscheidungsprozesse involviert sind. Studien von Winters (2004; 2014, S. 11-33) sowie Robison und Hadiz (2004; 2014, S. 35-56) kommen zu dem Schluss, dass Demokratie und Oligarchie in Indonesien erfolgreich koexistieren. Einer ähnlichen Stoßrichtung folgend kommen auch Ford und Pepinsky (2014) zu dem Schluss, dass es der indonesischen Demokratie immer noch nicht gelungen sei, die Oligarchien zu beseitigen. Einer der Gründe dafür ist, dass die hohen Kosten des Politikbetriebs Politiker:innen geradezu dazu drängen, finanzielle Unterstützung von Oligarch:innen zu suchen. Laut Mahfud MD, dem koordinierenden Minister für Politik, Justiz und Sicherheit, pflegen 92 Prozent der regionalen Kandidat:innen Beziehungen zu Oligarch:innen.<sup>3</sup> Eine gemeinsame Studie des *Policy Research Network* und des *Lembaga Penyelidikan Ekonomi dan Masyarakat* (Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung) der *Universitas Indonesia* (UI) fand heraus, dass der Preis für einen Sitz im Parlament (*Dewan Perwakilan Rakyat*, DPR) bereits 2014 zwischen 1,18 und 4,6 Milliarden Rupiah lag. Hinzu kommt, dass eine Reihe politischer Parteien, wie z.B. Golkar, Gerindra, Nasdem und Perindo von Geschäftsleuten oder Wirtschaftsvertreter:innen geführt oder dominiert werden. Auch im Parlament stellen Repräsentant:innen der Geschäftswelt die Mehrheit. Dies entspricht Winters' (2020) Erkenntnis, dass Oligarch:innen ihre Rolle nicht nur hinter den Kulissen spielen, sondern auch wichtige Akteur:innen in der politischen Entscheidungsfindung sind. Laut Marepus Corner (2020) haben 55 Prozent der 318 aktuellen Parlamentsmitglieder einen unternehmerischen Hintergrund. Von ihnen sind 26 Prozent Firmeneigentümer:innen, und 25 Prozent sind in einem Unternehmen als Direktor:in oder Vizedirektor:in beschäftigt (siehe Abbildung).

Position von Parlamentsmitgliedern (2019-2024) in ihren Unternehmen



Offensichtlich haben nicht alle Unternehmer:innen oder Unternehmen Beziehungen zu Oligarch:innen. Allerdings besteht der größte Teil der indonesischen Oligarchie aus Menschen, die an Großunternehmen im privaten Sektor beteiligt sind. Oligarch:innen, deren Einfluss während der Anfangsphase der *Reformasi* – als die Mehrheit der Parlamentarier:innen und Regierungsvertreter:innen dem Suharto-Regime kritisch gegenüberstanden – geschwächt wurde, gewinnen nun wieder an Gewicht und Einfluss (Haris, 2004; Robison & Hadiz, 2004; Robison & Hadiz, 2014; Ford & Pepinsky, 2014, Rahmawati, 2018; Aspinall & Berenschot, 2019; Hidayaturrahman, 2020; Marepus Corner, 2020; Winters, 2004; Winters, 2014, S. 11-33).

Gemeinsam mit der schwachen (oder geschwächten) politischen Teilhabe der Bürger:innen führt die zunehmende Rolle von Oligarch:innen im Wahlkampf und bei der Parteienfinanzierung tendenziell dazu, dass die Gesetzgeber:innen ihr Entscheidungsverhalten an die besonderen Interessen ihrer Geldgeber:innen anpassen. Zusammengenommen stärkt dies die elitäre Demokratie Indonesiens.

### Elitäre Politik

Die einschneidendsten und wichtigsten Maßnahmen, die die mangelnde Teilhabe der Zivilgesellschaft und einen Regierungsstil widerspiegeln, der zunehmend die Interessen der Eliten bedient, sind das sog. Omnibusgesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Zusammenlegung von lokalen bzw. regionalen Wahlen (*Pemilihan kepala daerah*, Pilkada Serentak) 2020.<sup>4</sup> Natürlich gibt es noch weitere elitäre Aktionen, wie die jüngste Schwächung der indonesischen Kommission für Korruptionsbekämpfung (KPK) und die Verfolgung politischer Aktivist:innen unter Umgehung von Rechtsvorschriften. Das 2020 verabschiedete Omnibusgesetz, das in eine Vielzahl von Gesetzen eingreift, ist allerdings – sowohl hinsichtlich des legislativen Prozesses als auch im Hinblick auf seine Folgen – eine der kontroversesten Maßnahmen seit der *Reformasi*. Die Regierung lobt es als politischen Meilenstein zur Förderung des Wirtschaftswachstums, der es einfacher mache, in Indonesien unternehmerisch tätig zu sein.

Arbeitsrechtler:innen, Studierende und Vertreter:innen von Nichtregierungsorganisationen – einschließlich der Bürger:innenrechtsbewegung – bescheinigen dem Gesetz indessen, nicht nur der Umwelt und den demokratischen Errungenschaften Schaden zuzufügen, sondern auch Bürger:innen, insbesondere Arbeiter:innen, enorme Nachteile zu bringen. Die enthaltenen Maßnahmen stärken die Position großer nationaler Konzerne gegenüber kleinen lokalen Unternehmen und der lokalen Landwirtschaft und birgt damit das Potenzial, Gewohnheitsrechte der lokalen Bevölkerung zu beseitigen. Auch sein Entste-

3 <https://www.cnnindonesia.com/nasional/20200911163316-32-545445/mahfud-md-sebut-92-persen-calon-kepala-daerah-dibiayai-cukong>. Siehe auch <https://news.detik.com/video/200912029/mahfud-md-sebut-92-calon-kepala-daerah-dibiayai-cukong>.

4 Pilkada Serentak steht für gleichzeitige lokale Wahlen, bei denen in mehreren indonesischen Provinzen und Kreisen/Städten Gouverneur:innen, Regent:innen und Bürgermeister:innen sowie ihre Stellvertreter:innen gewählt werden. Diese Art von Wahlen wurde 2015, 2017, 2018 und 2020 schrittweise eingeführt und soll 2022, 2023 und 2027 fortgeführt werden. Nach 2027 sollen die lokalen Wahlen in sämtlichen Teilen Indonesiens alle fünf Jahre gleichzeitig stattfinden. Die Pilkada Serentak 2020 wurde am 9. Dezember 2020 in neun Provinzen, 224 Kreisen und 37 Städten abgehalten.

hungs- und Verabschiedungsprozess ist umstritten. Gemäß des vorgeschriebenen gesetzgeberischen Verfahrens sollte das Gesetz mit so vielen betroffenen Akteur:innen wie möglich diskutiert werden. Nach Auskunft von Arbeitsrechtler:innen waren allerdings nur begrenzte und ausgewählte Akademiker:innen, Unternehmer:innen und Berufsgruppen am legislativen Prozess beteiligt. Viele relevante Interessengruppen wie Umweltexpert:innen, für das Gewohnheitsrecht zuständige Institutionen, Menschenrechtsaktivist:innen und Bildungsorganisationen blieben ausgeschlossen. Unter normalen Umständen benötigt ein neues Regelwerk – insbesondere eins, das so viele Bereiche betrifft wie dieses Gesetz – mindestens ein Jahr, um den parlamentarischen Prozess zu durchlaufen. Auf Anordnung des Präsidenten nahm die Verabschiedung des Omnibusgesetzes, das etwa 80 neue Verordnungen und 1.200 Artikel umfasst, allerdings lediglich 167 Tage<sup>5</sup> in Anspruch. Zwei Oppositionsparteien, die Gerechtigkeits- und Wohlfahrtspartei (*Partai Keadilan Sejahtera*, PKS) sowie die Demokratische Partei (*Partai Demokrat*, PD) haben dieses Regelwerk abgelehnt.

Insgesamt wird das Gesetz weithin als Ausfluss elitärer Politik betrachtet, hinter der hauptsächlich oligarchische Interessen stehen. Daher kam es bereits vor seiner Verabschiedung in vielen Landesteilen zu massiven Demonstrationen, die vor allem auf Student:innen und Arbeitsaktivist:innen zurückgingen.

Auch die gleichzeitigen lokalen Wahlen fand keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Angesichts der Tatsache, dass viele aufgrund der COVID-19-Pandemie in eine schwierige Lage geraten waren, betrachteten die Bürger:innen dies nicht als prioritär. Die Ablehnung der Menschen gegen die Pilkada Serentak von 2020 war auch von der Sorge bestimmt, die Wahl könne aufgrund einer der Pandemie geschuldeten geringen Wähler:innenbeteiligung an Bedeutung verlieren. Überdies sahen sie die Transparenz der Wahl gefährdet, weil die Beteiligung der Bürger:innen an ihren einzelnen Schritten begrenzt war.

Gleichzeitig barg die Pilkada Serentak 2020 die Gefahr, aufgrund der massenhaften Zusammenkünfte zu einem neuen COVID-19-Ansteckungsherd zu werden. Während des Wahlkampfs kamen nicht nur viele Menschen zusammen, sondern auch gegen Gesundheitsvorschriften wie das korrekte Tragen von Masken wurde verstoßen. Während der Regionalwahl kam es zu solchen Übertretungen sogar in den sog. „roten Zonen“ – den Hochrisikogebieten. Deshalb schlugen einige bedeutende Nichtregierungsakteur:innen – darunter die *Nahdlatul Ulama* und *Muhammadiyah*<sup>6</sup>, die zwei wohl einflussreichsten islamischen Organisationen Indonesiens – vor, die Pilkada Serentak zu verschieben. Obwohl die Wahl letztendlich ziemlich gut funktioniert hat, ist ihre mit minimalem Dialog und wenig gesellschaftlicher Beteiligung von oben herab verordnete Anordnung und Durchführung ein weiterer Indikator für eine elitäre Politik.



© <https://www.flickr.com/photos/shanghaidaddy/3296581934>

### Mögliche Lösungen

Um Indonesiens prekäre Demokratie zu verbessern, ist ein multidimensionaler Ansatz erforderlich. Dabei müssen vier Aspekte berücksichtigt werden: Erstens muss sich die wirtschaftliche Lage der Menschen verbessern. Winters' (2014) Studie über Oligarchie hat gezeigt, dass weniger als 0,0000002 Prozent der indonesischen Bevölkerung über ein Gesamtvermögen verfügen, das 10 Prozent des indonesischen Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Damit ist eine verschwindend geringe Minderheit der Bevölkerung in der Lage, die Entscheidungen der Mehrheit der Bürger:innen zu kaufen, zu beeinflussen und zu manipulieren. Darüber hinaus übt diese Minderheit enormen Einfluss auf politische Parteien aus. Dies lässt sich bis auf die lokale Ebene herunterbrechen, wo sich Oligarch:innen sogar an der Suche nach möglichen Kandidat:innen und deren Auswahl beteiligen. Mit anderen Worten: Die wirtschaftlichen Disparitäten fördern die Entstehung einer Oligarchie, die wiederum zu einer elitären Politik führt.

Zweitens muss das Wahl- und Parteienfinanzierungssystem verbessert werden. Das momentane indonesische Wahlsystem kommt den Kandidat:innen für ein politisches Amt aufgrund der erforderlichen Schwelle,<sup>7</sup> ab der die Teilnahme an Wahlen erst möglich ist, teuer zu stehen. Dies trifft insbesondere auf lokaler Ebene zu: Hier verlangen die Parteien in vielen Fällen eine finanzielle Entschädigung im Gegenzug für eine Nominierung oder Unterstützung. Um die Unterstützung anderer Parteien für eine von ihnen vorgeschlagene Kandidatur zu gewinnen, neigen Parteien und Kandidat:innen daher dazu, hohe Geldbeiträge einzuwerben. Manchmal gehen die Kandidat:innen auch auf mehrere Parteien gleichzeitig zu und werben um deren Unterstützung.

Diese Umstände schaffen geldorientierte politische Netzwerke und haben laut Aspinnall und Berenschot (2019) Indonesien zu einem der Länder mit dem weltweit höchsten

5 <https://www.cnbcindonesia.com/news/20201006154706-4-192288/dpr-top-1200-pasa-l-omnibus-law-selesai-lewat-64-kali-rapat>

6 <https://nasional.kompas.com/read/2020/10/02/09332311/rekomendasi-lipi-dan-desakan-nu-muhammadiyah-untuk-tunda-pilkada-2020?page=all>

7 Das Wahlgesetz Nummer 7/2017 bestimmt, dass Kandidat:innen für Präsidentschafts- oder Exekutivwahlen auf lokaler Ebene (Gouverneur:in, Regent:in, Bürgermeister:in) von einer Partei oder Parteienkoalition unterstützt werden müssen, deren Stimmanteil bei den letzten Wahlen mindestens 25 Prozent betragen hat oder die 20 Prozent der Gesamtsitze im aktuellen Parlament (auf nationaler oder lokaler Ebene) auf sich vereint.

Anteil an geldorientierter Politik gemacht. Deshalb muss diese Schwelle künftig abgeschafft werden.

Schließlich stärkt auch die mangelnden Unabhängigkeit der Parteienfinanzierung die politische Rolle und den Einfluss von Oligarch:innen. Viele Parteien stützen die Finanzierung ihrer Aktivitäten und ihre Verwaltung immer noch auf externe Quellen wie Unternehmer:innen oder Oligarch:innen und nicht auf ihre eigenen Kader oder Sympathisant:innen. Durch die finanzielle Abhängigkeit der Parteien von Oligarch:innen hat sich die Lage so weit verschlimmert, dass sogar Wahlergebnisse beeinflusst werden. Um die Parteien finanziell unabhängiger zu machen und den Einfluss der Oligarch:innen zu begrenzen, ist der Staat gefordert, Förderungen oder Subventionen zur Verfügung zu stellen.

Drittens sollten politische Parteien dazu verpflichtet werden, transparenter zu agieren, das Parteileben demokratisch zu gestalten, ihre Auswahlprozesse nach dem Leistungsprinzip zu richten und ihre Kader hinsichtlich demokratischer Prinzipien und Verfahrensweisen zu schulen. Dass dies momentan nicht der Fall ist, hat zum Aufstieg einer politischen Klasse beigetragen, die dazu neigt, ausschließend, heuchlerisch und korrupt zu sein – und vor allem dazu, die Bestrebungen und Interessen der Bürger:innen zu ignorieren. Da es ihnen an finanziellen Mitteln mangelt, neigen sie dazu, die Nähe von Oligarch:innen und Eliten zu suchen, was dazu führt, dass sie ihre politischen Aktivitäten an deren Interessen ausrichten und nicht an denen der Wähler:innen.

Und viertens muss ein Gegengewicht zum formalen demokratischen Prozess geschaffen werden, indem die demokratische Kultur, die politische Bürger:innenbeteiligung und die Rolle der Zivilgesellschaft gestärkt werden. Obwohl ihr individuelles Verständnis demokratischer Prinzipien und einer demokratischen Kultur nicht besonders stark ausgeprägt ist, unterstützt die Mehrheit der Indonesier:innen momentan nach wie vor die Demokratie. Allerdings betrachten große Teile der Gesellschaft – ebenso wie die Eliten – Opposition als etwas Negatives und lassen sich leicht von der Denkweise der Machthabenden anstecken. „Konservative“ Einstellungen, Feudalismus und die Fortführung eines illiberalen demokratischen Geistes (Bourchier, 2015) führen zur Legitimierung der Oligarchie. Innerhalb dieses Rahmens wird deren Existenz immer akzeptabel bleiben, obwohl die Folgen ihres zunehmenden Einflusses häufig den Interessen der Menschen widersprechen.

Da momentan sechs der neun im Parlament vertretenen Parteien Teil der Regierungskoalition sind, ist es um so wichtiger, die politische Bürger:innenbeteiligung sowie die Rolle der Zivilgesellschaft als Korrekturorgan und

kritische Stimme zu stärken, da dies ein Gegengewicht zur Oligarchie und den Eliten bildet. Arbeitet die Zivilgesellschaft mit Oppositionsparteien und kritisch eingestellten öffentlichen Personen zusammen, kann dies eine solidere Demokratie schaffen.

**Firman Noor** ist leitender Wissenschaftler am Forschungszentrum für Politik des Indonesischen Instituts der Wissenschaften (*Lembaga Ilmu Pengetahuan Indonesia*, LIPI). Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Parteien, Wahlen, Demokratie und politische Vertretung. Außerdem ist er Dozent an der Abteilung für Politikwissenschaften der sozial- und politikwissenschaftlichen Fakultät der *Universitas Indonesia* in Jakarta. Dort hat er auch seinen BA-Abschluss gemacht. Seinen Master-Abschluss erlangte er an der Fakultät für Asienstudien an der Australischen Nationaluniversität (ANU). 2012 hat er an der Schule für Sozial- und Humanwissenschaften der *University of Exeter* promoviert und war 2016-2017 dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig.



- Aspinall, E. & Berenschot, W. (2019). *Democracy for Sale, Election, Clientism and the State in Indonesia*. Ithaca: Cornell University Press.
- Bouchier, D. (2015). *Illiberal Democracy in Indonesia, The Ideology of Family State*. London: Routledge.
- Ford, M. & Pepinsky, T. B. (Hrsg.) (2014). *Beyond Oligarchy. Wealth, Power and Contemporary Indonesian Politics*. Cornell: Cornell Southeast Asia Program Publications.
- Hadiz, V. (2017). Indonesia's Year of Democratic Setbacks: Towards a New Phase of Deepening Illiberalism? *Bulletin of Indonesian Economic Studies*, 53, 261-278.
- Haris, S. (Hrsg.) (2004). *Pemilu Langsung di Tengah Oligarki Partai. Proses Nominasi dan Seleksi Calon Legislatif Pemilu 2004*. Jakarta: Gramedia, LIPI and IMD.
- Hidayaturrachman, M. (2020). *Investor Politik dalam Pemilihan Kepala Daerah di Indonesia*. Jakarta: Lembaga Kajian Strategis dan Pembangunan.
- Marepus Corner (2020). *Peta Pebisnis di Parlemen. Potret Oligarki di Indonesia*. <https://www.researchgate.net/publication/344890558>
- Noor, F. (2020). *Demokrasi Indonesia dan Arah Perkembangannya di Masa Pandemi COVID-19*. <http://www.politik.lipi.go.id/kolom/kolom-2/politik-nasional/1394-demokrasi-indonesia-dan-arah-perkembangannya-di-masa-pandemi-covid-19>
- Power, T. P., (2018). Jokowi's Authoritarian Turn and Indonesia's Democratic Decline. *Bulletin of Indonesian Economic Studies*, 54(3), 307-338.
- Rahmawati, D. (2018). *Demokrasi dalam Genggaman Para Pemburu Rente*. Yogyakarta: Departemen Politik dan Pemerintahan, UGM.
- Robison, R. & Hadiz, V. R. (2004). *Reorganizing of Power in Indonesia: The Politics of Oligarchy in an Age of Markets*. London: Routledge Curzon.
- Robison, R. & Hadiz, V. R. (2014). The Political Economy of Oligarchy and Reorganizing of Power in Indonesia. In M. Ford & T. B. Pepinsky (Hrsg.). *Beyond Oligarchy. Wealth, Power and Contemporary Indonesian Politics*. Cornell: Cornell Southeast Asia Program Publications.
- Warburton, E. & Aspinall, E. (2019). Explaining Indonesia's Democratic Regression: Structure, Agency and Popular Opinion. *Contemporary Southeast Asia*, 41(2), 255-285.
- Winters, J. A. (2004). *Oligarchy*. New York: Cambridge University Press.
- Winters, J. A. (2014). Oligarchy and Democracy in Indonesia. In M. Ford & T. B. Pepinsky (Hrsg.). *Beyond Oligarchy. Wealth, Power and Contemporary Indonesian Politics*. Cornell: Cornell Southeast Asia Program Publications.



## Militarisierung in Indonesien

### Ein Rückfall in autoritäre Strukturen?

von Chris Lundry

© Frans Ari Prasetyo

*Beobachter:innen der indonesischen Politik sorgen sich darüber, das Land könne in autoritäre Strukturen und Militarismus zurückfallen, was die noch junge Demokratie schwächen würde. Aufgrund der jüngsten Ereignisse unter Präsident Joko Widodo (Jokowi) fürchten Kritiker:innen, er wende sich von seinem Reformkurs ab und verfolge eine elitäre Politik, die den Raum für erneute militärische Einflussnahme auf die indonesische Politik weit öffne.*

#### Straflosigkeit

Am 12. August 2021 verlieh Jokowi den *Bintang Jasa Utama* (die höchste Dienstausszeichnung) an Eurico Guterres, den ehemaligen Anführer einer pro-indonesischen Miliz in Osttimor (heute: Timor-Leste). Während des dortigen Referendums von 1999, das zur Unabhängigkeit Timor-Lestes führte, wurde ich Zeuge der Gewalttätigkeiten seiner Miliz. Er ist die einzige Person, die für diese Verbrechen verurteilt, jedoch 2008 begnadigt wurde. Er hat zudem in der unruhigen Provinz Westpapua eine Miliz namens *Laskar Merah Putih* gegründet, um die nach Selbstbestimmung strebenden Papuas einzuschüchtern.

Wie vorauszusehen war, wurde seine Auszeichnung nicht gewürdigt, ganz im Gegenteil riefen internationale, indonesische sowie osttimoresische Menschenrechtsgruppen dazu auf, sie zurückzunehmen.<sup>1</sup> Cris Carrascalão, der Sohn des osttimoresischen Politikers Manuel Carrascalão, beschrieb in einem offenen Brief an Jokowi, wie sein Bruder von Guterres' Miliz ermordet wurde – gemeinsam mit Dutzenden anderer ziviler Opfer.<sup>2</sup>

Doch die Jokowi-Regierung wusste, was sie tat, als sie ihm die Auszeichnung verlieh. Sie demonstrierte damit, dass kriminelles Verhalten und die Verletzung der Menschenrechte keine Hindernisse für eine hohe staatliche Auszeichnung darstellen. Und vielleicht noch beunruhigender: Sie zeigt, dass kriminelle Gewalt im Namen des

Staates legitim ist und straffrei bleibt, solange sie dem staatlichen Interesse dient. Guterres war ein rekrutierter Untergebener des ehemaligen, zeitweise in Ungnade gefallenen Generals Prabowo Subianto – ein Schwiegersohn Suhartos und zweimal gescheiterter Präsidentschaftskandidat –, der als Drahtzieher der Gewalt in Osttimor gilt. Obwohl er die Wahl von 2019 verloren hat, ist er so einflussreich, dass Jokowi ihn zum Verteidigungsminister ernannte. Es ist naheliegend, dass Prabowo bei der Auszeichnung für Guterres die Finger mit im Spiel hatte. Die Auszeichnung vermittelt die Botschaft, dass Loyalität belohnt wird, und dem Militär gibt es die Gewissheit, wieder im Spiel zu sein.

#### Das Militär und COVID-19

Demokratiebefürworter:innen sorgen sich über das Management der COVID-Krise. Das nämlich steht unter der Leitung von Generalleutnant Doni Monardo, während der Armeestabschef General Andika Perkasa als stellvertretender Leiter der COVID-Bewältigungskommission dient. Darüber hinaus ist auch Jokowi's Gesundheitsminister, Terawan Agus Putranto, ein General. Ihm hat die indonesische Ärztekammer, die sich übrigens 2019 gegen seine Ernennung aussprach, wegen Übertretungen die ärztliche Zulassung entzogen. Angesichts einer Regierung voller Militärs und wirtschaftsfreundlicher Politiker:innen konstatieren Kritiker:innen einen Mangel an zuverlässigen Fachkräften im Gesundheitswesen. Sie argumentieren, dass anstelle eines sicherheitspolitischen Ansatzes gegenüber COVID-19, der überdies rechtsstaatlichen Prinzipien widerspreche, ein gesundheitspolitischer Ansatz weitaus angemessener sei (Wiratraman, 2020). Eine frühe Einschätzung des konservativen Think-

1 <https://www.voaindonesia.com/a/presiden-diminta-cabut-bintang-jasa-utama-eurico-guterres/6004000.html>; <https://www.cnnindonesia.com/nasional/20210812203821-32-679745/kasus-ham-jokowi-didesak-cabut-bintang-jasa-eurico-guterres>

2 <http://reconciliationtimor.ca/timor/open-letter-to-the-president-of-indonesia-from-a-victim-and-survivor/>

tanks *Center for Strategic and International Studies* (CSIS) sprach von einer nur „teilweisen Militarisierung“ und erschien dankbar, dass die Situation nicht vollständig militarisiert ist – obwohl „nicht militarisiert“ vielleicht noch besser wäre (Laksana & Taufika, 2020).



© Frans Ari Prasetyo

### Institutionen und Gesetze

Jokowi hat wichtige Schlüsselpositionen in seiner Regierung mit pensionierten und aktiven Generälen besetzt. Pensionierte Militärgeneräle haben nun Ämter wie das des Ministers für religiöse Angelegenheiten (Fahlur Razi) und des Koordinationsministers für maritime Angelegenheiten (Luhut Pandjaitan) inne. Fahlur sorgte im Juli für Aufsehen, als er vorschlug, das Militär in die Wahrung der religiösen Harmonie einzubeziehen. Pensionierte Polizeigeneräle dienen als Innenminister (Tito Karnavian) und Chef des Nationalen Geheimdienstes (Budi Gunawan), ebenso wie als Vorsitzende anderer wichtiger Behörden. Alex Arifianto zufolge „[...] wird die Dominanz dieser pensionierten Offiziere in seiner [Jokowis] Verwaltung für die ‚autoritären‘ Maßnahmen der Regierung im vergangenen Jahr verantwortlich gemacht“ (Parameswaran, 2020).

Dass das Militär versucht, sich mehr Raum zu verschaffen, schürt angesichts der Tatsache, dass Generäle auch früher in den Kabinetten vertreten waren, Ängste vor einem möglichen demokratischen Rückfall. Laut einem Bericht im *Asia-Pacific Journal* hat das Militär neue Kommandos eingerichtet und Posten geschaffen, mit denen es versucht, den Spielraum zurückzugewinnen, der in den ersten Phasen der Demokratisierung eingeschränkt worden war. Überdies versucht das Militär, sich in der Debatte über die Staatsdoktrin *Pancasila* stark zu machen sowie seine Rolle in der Terrorismusbekämpfung, die eigentlich im Zuständigkeitsbereich der Polizei liegt, auszubauen (Honna, 2020).

Indessen nutzt auch die Polizei zivile Unruhen als Vorwand. Der nationale Polizeichef Idham Azis richtete „Cyber-Patrouillen“ ein, die darauf angelegt sind, die sozialen Medien zu überwachen und die Verbreitung von Falschinformationen und „Hoaxes“ zu verhindern – aber auch um Personen aufzuspüren, die soziale Medien nutzen, um den Präsidenten zu verleumden; beides wird mit

Gefängnisstrafen geahndet. Diese „Cyber-Patrouillen“ wurden unmittelbar nach dem Ausbruch von Protesten anlässlich der Verabschiedung des Omnibusgesetzes eingeführt. Ein durchgestochenes internes Polizeidokument skizzierte Möglichkeiten, die Proteste zu kontrollieren und eine Cyber-Gegenkampagne zu starten (Timmerman, 2020).

Prabowo ermöglicht mehr Verbindungen zu potenten Geldgeber:innen. Mit ihm als Parlamentsmitglied konnte sich Jokowi die Unterstützung einer Koalition sichern, die etwa 75 Prozent des Parlaments umfasst – eine unangreifbare Mehrheit. Jokowi's Abkehr von der Demokratie lässt viele fürchten, dass in Indonesien Geld mehr wert ist als Gerechtigkeit (The Economist, 2020). Diese Interpretation wird von zwei im Jahr 2020 verabschiedeten Gesetzen gestützt: dem Bergbaugesetz und dem Omnibusgesetz. Das Bergbaugesetz diente in erster Linie dazu, den Bergbausektor zufriedenzustellen. Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt berücksichtigt es kaum. Das Gesetz war im letzten Jahr aufgrund erheblicher Straßenproteste zunächst gescheitert, aber in diesem Jahr nutzte die Regierung die durch die COVID-Maßnahmen begünstigten Einschränkungen der öffentlichen Reaktionsmöglichkeiten, es doch noch zu verabschieden.

Im Oktober 2020 wurde das Omnibus-Wirtschaftsgesetz eingeführt, das u.a. durch die Verringerung bürokratischer Anforderungen und Kürzungen für Arbeitnehmer:innen beabsichtigt, das Wirtschaftswachstum zu begünstigen. Dass mitten in einem pandemiebedingten wirtschaftlichen Abschwung Arbeitnehmer:innenleistungen gekürzt werden, zeigt, dass Profit über Menschen gestellt wird. Obwohl das Gesetz mit großer parlamentarischer Unterstützung verabschiedet wurde, hat es in ganz Indonesien zu Protesten geführt. Begleitet von Vorwürfen der Polizeibrutalität und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit hat die Polizei hunderte Demonstrant:innen verhaftet.

Auch ein drittes Gesetz hat in Indonesiens politischer Öffentlichkeit Aufsehen erregt: Mit dem ursprünglichen Ziel, die Spaltungen, die aus den Wahlen von 2019 resultierten, zu überwinden, schlug die Demokratische Partei des Indonesischen Kampfes (*Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan*, PDI-P) (vor, angesichts zunehmender religiöser Intoleranz und rechter islamischer Strömungen die fünf *Pancasila*-Prinzipien zu überarbeiten, auf denen der indonesische Staat aufgebaut ist. In diesem Vorschlag wurde die säkulare Natur des Staates betont. Der Gesetzesvorschlag wurde von großen religiösen Organisationen abgelehnt, aber vom Militär, das sich damit vielleicht erhoffte, eine weitere Rolle einnehmen zu können, unterstützt. Gleichsam aber spiegelt diese Debatte die traditionelle Spaltung zwischen dem Militär und religiösen Gruppen wider, die bis zur Staatsgründung zurückreicht. Für 2020 wurde das Gesetz zu den Akten gelegt, könnte aber während der laufenden Legislaturperiode bis 2024 jederzeit erneut auf den Tisch kommen.

Die Kommission für Korruptionsbekämpfung (KPK) betreffenden Gesetzesänderungen, die im September 2019 durchgeboxt wurden, führten ebenfalls zu Protestaktionen und Großdemonstrationen von Demokratieverfechter:innen. Mit den Gesetzen wurde die KPK massiv geschwächt und in ihren Möglichkeiten zur Korruptions-

verfolgung behindert. Inner- und außerhalb Indonesiens war die KPK durchweg für ihre Unabhängigkeit und Fähigkeit, Korruption aufzudecken, gelobt worden. Diese Rolle steht nun infrage.

Und schließlich wäre auch das vorgeschlagene gesetzliche Verbot von sog. LGBTIQ-Aktivitäten und vorehelichem Geschlechtsverkehr, das von Islamist:innen und Konservativen gefordert wird, ein Schlag gegen die Demokratie in einem Land, das traditionell für seine tolerante – wenn auch heteronormative – Gesellschaft bekannt ist. Zwar wurde dieses Gesetz 2020 zunächst zu den Akten gelegt, aber – ähnlich dem *Pancasila*-Gesetz – könnte es später wieder auf die parlamentarische Tagesordnung gebracht werden.

### Westpapua: Weiterhin Unruhen

Westpapua leidet unter schweren rassistischen und gewalttätigen Ausschreitungen der Polizei, des Militärs und einiger Bürgerwehrgruppen. Die indonesische Regierung hat in Westpapua teilweise das Internet abgeschaltet, „Trollfarmen“ eingerichtet und weitere 10.000 Sicherheitskräfte dorthin entsandt. Die britische Menschenrechtsorganisation TAPOL spricht von 61 Toten, 284 Verletzten und fast 23.000 Vertriebenen seit den Anti-Rassismus-Aufständen von 2019. Der Bericht hebt auch die völlige Straflosigkeit von Sicherheitskräften hervor (TAPOL, 2020). Von der *Black Lives Matter*-Bewegung inspiriert, versucht die Bewegung *Papuan Lives Matter* nun, auf das Schicksal der Westpapas aufmerksam zu machen. Doch die Gewalt, die sich auch gegen religiöse Persönlichkeiten richtet, hält an.

### Anlass zur Sorge

Junge Demokratien sind am fragilsten und laufen Gefahr, in autoritäre Strukturen zurückzufallen. Nach 32 Jahren brutaler Militärdiktatur hat sich Indonesiens Demokratisierung ungleichmäßig entwickelt und ist noch nicht gefestigt. COVID-19 hat es der Regierung ermöglicht, eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, die Demokratiefürsprecher:innen Sorge bereiten und das Vertrauen der Öffentlichkeit untergraben (Honna, 2020).

Gleichzeitig verfolgt das Militär einen offensichtlich aggressiven Kurs, seine Rolle auszudehnen (Sambhi, 2021). Auch Indonesiens Nachbarländer können nicht auf eine lange demokratische Geschichte zurückblicken, und sowohl die Philippinen als auch Thailand haben in letzter Zeit Rückschritte gemacht. Ob sich Indonesien ihnen anschließt, muss sich noch zeigen, aber die Anzeichen sind beunruhigend.

**Chris Lundry** ist Professor und Forscher am *El Centro de Estudios de Asia y África, El Colegio de México*. Er befasst sich mit Ostindonesien und Timor-Leste sowie mit Südostasien im Allgemeinen. Zu seinen Interessen gehören u.a. Menschenrechte, Demokratisierung, Separatismus und Rebellion, Religion und Politik sowie Terrorismus. Er hat in folgenden Zeitschriften veröffentlicht: *American Behavioral Scientist, Estudios de Asia y África, Situations: Cultural Studies in the Asian Context, Asia Policy* und *Contemporary Islam*, um nur einige zu nennen. Sein demnächst erscheinendes Buch (*El Colegio de México*, 2022) beschäftigt sich mit dem Separatismus in Ostindonesien.



- Honna, J. (2020). Military Politics in Pandemic Indonesia. *Asia-Pacific Journal*, 18(5). <https://apjff.org/2020/15/Honna.html>
- Laksana, E. A. & Taufika, R. (2020). How militarized is Indonesia's COVID-19 management? Preliminary assessment and findings. *CSIS Commentaries*, 20. Mai 2020. [file:///C:/Users/user/AppData/Local/Temp/DMRU\\_075\\_EN\\_LaksanaTaufika.pdf](file:///C:/Users/user/AppData/Local/Temp/DMRU_075_EN_LaksanaTaufika.pdf)
- Parameswaran, P. (2020). Interview: Indonesian Politics During Jokowi's Second Term. *The Diplomat*, 10. März 2020. <https://thediplomat.com/2020/03/interview-indonesian-politics-during-jokowis-second-term>
- Sambhi, N. (2021). Generals Gaining Ground: Civil-military relations and democracy in Indonesia. *Brookings*, 22. Januar 2021. <https://www.brookings.edu/articles/generals-gaining-ground-civil-military-relations-and-democracy-in-indonesia/>
- TAPOL (2020). *The 2019 West Papua Uprising: Full Report*. <https://www.tapol.org/news/2019-west-papua-uprising-full-report>
- The Economist (2020, 17. Oktober). How not to reform Indonesia. <https://www.economist.com/asia/2020/10/15/how-not-to-reform-indonesia>
- Timmerman, A. (2020). Omnibus Law: Indonesian police launch 'cyber patrols' as protesters coordinate mass action. *South China Morning Post*, 6. Oktober 2020. <https://www.scmp.com/week-asia/politics/article/3104412/indonesians-begin-protests-against-omnibus-jobs-law-amid-online>
- Wiratraman, H. P. (2020). Does Indonesian COVID-19 Emergency Law Secure Rule of Law and Human Rights? *Journal of Southeast Asian Human Rights*, 4(1), 237-241.



## Westpapua 2021: Die Verlängerung der Sonderautonomie und das neue „Terrorismus“-Label

### Ein Indikator für Indonesiens Schwächung der Demokratie

von TAPOL

© Andreas Harsono

*Im Juli 2021 hat die indonesische Regierung das seit 2001 für Westpapua geltende „Sonderautonomiegesetz“ gegen den Widerstand weiter Teile der Zivilgesellschaft um weitere 20 Jahre einseitig verlängert. Gleichzeitig stufte die indonesische Regierung kurz zuvor die größte bewaffnete westpapuanische Widerstandsbewegung, die Nationale Befreiungsarmee von Westpapua, als „terroristische Organisation“ ein. Neben der Konflikteskalation und der Verschlechterung der Menschenrechtslage der Zivilbevölkerung verweisen diese Entwicklungen und die Art und Weise ihrer Entstehung und Motive auf einen weiteren Verfall demokratischer Regierungsführung in Westpapua und Indonesien.*

Im Juli 2021 hat die indonesische Regierung das für Westpapua geltende „Sonderautonomiegesetz“ geprüft und dessen Verlängerung einseitig beschlossen. Damit wird das bisherige Gesetz weitere 20 Jahre verlängert. Die Einführung der Sonderautonomie 2001 gab Anlass für einige Westpapas, dass eine echte Autonomie möglich sein könnte. Für viele Westpapas erfüllten sich in der Zwischenzeit jedoch ihre Befürchtungen, dass die Einführung der Sonderautonomie lediglich ein politischer Schachzug der Zentralregierung in Jakarta war, um das Thema der unerfüllten Bestrebungen der Westpapas nach Selbstbestimmung zu umgehen und eine Travestie wie die des Referendums von 1969 zu vermeiden. Gleichzeitig kam es 2021 im zentralen Hochland zu immer mehr Konflikten zwischen dem westpapuanischen bewaffneten Widerstand und Sicherheitskräften. Die indonesischen Behörden stufen daraufhin die größte bewaffnete westpapuanische Widerstandsbewegung, die Nationale Befreiungsarmee von Westpapua (*Tentara Pembebasan Nasional Papua Barat*, TPNPB) als „terroristische Organisation“ ein. Diese Entwicklung war ein Schlüsselfaktor für die massive Verschlechterung der Menschenrechtslage für die Zivilbevölkerung.

Als Bestandteile langfristiger Trends verdeutlichen diese Entwicklungen in vielerlei Hinsicht, dass sowohl die Zentralregierung in Jakarta als auch die Sicherheitskräfte – Militär, Polizei und Geheimdienste – ihre Machtbefugnisse erweitert haben. Insgesamt deutet dies auf den weiteren Rückgang der Demokratie in Westpapua und Indonesien hin.

#### Sonderautonomie

Jene, die bezweifelten, dass die Sonderautonomie von 2001 den Westpapas politische Veränderungen bringen würde, hatten rückblickend recht: In den Folgejahren gingen die Menschenrechtsverletzungen nicht zurück, und die Rolle der Sicherheitskräfte hat sich weiter vergrößert. Im Grunde wurde dies von den Behörden als Alternative zu einem zukünftigen demokratischen Referendum über die Zukunft der Region betrachtet, das den Westpapas bereits 1969 verweigert worden war. Darüber hinaus hatte der Widerstand gegen die Sonderautonomie (*otonomi khusus* oder *otsus*) auch noch unmittelbare Gründe, nämlich Ungerechtigkeit und Ungleichheit in zwei Bereichen: Erstens gab es dauerhafte wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen Westpapas und indonesischen Siedler:innen und zweitens eine Unzufriedenheit über Menschenrechtsverletzungen und mangelnde Demokratie. Eine ganze Generation von Westpapas ist nun unter den Bedingungen der Sonderautonomie aufgewachsen und wurde Zeuge der zunehmenden Präsenz der Sicherheitskräfte, die von Rohstoffindustrien wie Abholzung, Bergbau und Palmölplantagen profitiert haben. Außerdem wurden Institutionen wie die Papuanische Volksversammlung (*Majelis Rakyat Papua*, MRP), die unter der Sonderautonomie zur Vertretung der indigenen Westpapas eingeführt wurde, beeinflusst oder übergangen (TAPOL, 2021). Sogar die beiden westpapuanischen Provinzparlamente, die nicht gerade als Brutstätte Jakarta feindlicher Rhetorik bekannt sind, wurden trotz der

gesetzlichen Pflicht, sie bei Änderungen der Sonderautonomie zu konsultieren, ignoriert.

Mit der Sonderautonomie kam auch das Versprechen, die politischen Parteien Westpapas zu legalisieren, wie es im Rahmen der Sonderautonomie in Aceh der Fall war, wo örtliche Parteien legalisiert wurden. Dass dies nicht geschehen ist, kann durch die besondere Bedeutung erklärt werden, die Westpapua für die indonesische Regierung hat. Die Frage der politischen Parteien verdeutlicht, wie stark die politische Debatte in Westpapua im Griff der Zentralregierung ist. Außerdem zeigt sie, dass dies nur die Spitze des Eisbergs ist: Von politischen Aktivist:innen und der Zivilgesellschaft organisierte Demonstrationen wurden aufgelöst, und ihre Teilnehmer:innen wurden vielfach kriminalisiert und von der Polizei und den Behörden grob behandelt. Außerdem wurden politische Aktivist:innen wegen Verrats angeklagt, insbesondere wenn sie an heiklen politischen Ereignissen wie den westpapaunischen Nationaltag am 1. Dezember erinnern oder Symbole wie die Morgensternflagge zeigten.<sup>1</sup>

### Die Einstufung des bewaffneten Widerstands in Westpapua als terroristisch

Nicht die westpapaunischen Lokalbehörden, sondern die Nationalregierung in Jakarta profitiert von der Weiterführung der Sonderautonomie. Beispielsweise hat letztere durch Artikel 76 des geänderten Gesetzes die Macht, neue Landkreise und Bezirke zu erschaffen – ohne vorherige Konsultation. Davor konnten neue Provinzen nur gebildet werden, wenn Dörfer und Siedlungen den Bezirks- und Provinzregierungen dafür ihre Zustimmung gaben.<sup>2</sup> Diese Praxis, die seit ihrer ersten Einführung vor 20 Jahren als *pemekaran* (Erweiterung) bekannt ist, wurde zu einem Markenzeichen der Dezentralisierung. Die Sicherheitskräfte bekamen damit die Möglichkeit, die Gründung neuer Bezirke und Provinzen so zu gestalten, dass sie in abgelegenen Gebieten oft zu den mächtigsten staatlichen Institutionen wurden und dort die lukrativen Konzessionen ausländischer und nationaler Konzerne überwachen (und damit für sich selbst neue Einkommensquellen erschließen) konnten. So bilden *pemekaran* und die Stationierung permanenter Kampftruppen in bestehenden und neu gebildeten Provinzen und Bezirken den Punkt, an dem die beiden Themenbereiche der orts- und der bewaffneten Konflikte am deutlichsten aufeinandertreffen.

Weniger offensichtlich mag aber sein, dass sich seit 2021 ein weiteres Thema umfassend auf die Menschenrechte und die Rolle der Sicherheitskräfte in Indonesien auswirkt, und zwar die Einstufung der TPNPB als Terrororganisation. Oberflächlich kann diese Einstufung als spontane Reaktion darauf betrachtet werden, dass der Vorsitzende des Nationalen Geheimdienstes (*Badan Intelijen Nasional*, BIN) am 25. April durch die TPNPB ermordet wurde. Zur Erklärung ist dies sicherlich wichtig, berück-



Graffiti in Vanuatu. © Esteban Maurer, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Graffiti\\_in\\_Vanuatu\\_Advocating\\_for\\_West\\_Papuan\\_Liberation.png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Graffiti_in_Vanuatu_Advocating_for_West_Papuan_Liberation.png)

sichtigt aber nicht die strategischen und materiellen Vorteile für die Sicherheitskräfte, Westpapas bewaffneten Widerstand als „terroristisch“ zu bezeichnen.

So erlaubt es diese Einstufung dem Militär nun offiziell, bei Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung in Westpapua eine zentrale Rolle zu spielen. Die militärische Rolle bei Anti-Terroreinsätzen gründet sich auf zwei Entwicklungen: einer von 2018 und einer zweiten aus der Reformasi-Zeit zwischen 1998 und 2004. 2018 wurden die Gesetze zur Terrorbekämpfung dahingehend verändert, dass das Militär nun offiziell bei Maßnahmen zur Terrorbekämpfung eine entscheidende Rolle innehat. Diese Gesetzesänderung war bereits im nationalen Parlament debattiert, aber erst nach den islamistischen Selbstmordanschlägen in Surabaya 2018 verabschiedet worden – als Präsident Widodo drohte, sie ohne legislative Zustimmung per Dekret einzuführen (woraufhin sich das Parlament ohne großen Widerstand fügte).

Erneut muss hier ein längerfristiges Muster beachtet werden, da sich die Rolle des Militärs bei Anti-Terroroperationen nicht über Nacht ergeben hat. Vor zwei Jahrzehnten wurde das Militär an Maßnahmen beteiligt, um die örtliche Gewalt im zentralsulawesischen Poso zu beenden. Zwischen 2000 und 2007 haben sowohl das Militär als auch die Polizei ihre Präsenz erweitert und neue Distriktkommandos (*Komando Distrik Militer*, KODIM) und Polizeiwachen (*Polisi Resor*, Polres) gegründet. Offiziere, die im südsulawesischen Regionalkommando (*KODAM VII/Wirabuwana*) stationiert waren, wurden befördert, und Militärunternehmen profitierten von Aktivitäten wie Erpressung, Hahnenkämpfe, Prostitution, Sicherheitsdienste, Schmuggel, illegaler Abholzung und Waffenhandel, wobei letzterer selbst direkt zum Konflikt beigetragen hat (Sangaji, 2007).

Der ursprüngliche Grund für die Sulawesi-Expansion war, dass nach 1998 zwischen verschiedenen Gemeinschaften Gewalt ausgebrochen war. Später wurde die Begründung erweitert, das Gebiet habe sich zu einer Basis für islamistische Terrorist:innen entwickelt, darunter auch für Angehörige von Al-Qaida und IS. Doch obwohl die kommunale Gewalt bis 2009 aufgrund von Dialog und

1 Die Morgensternflagge ist ein Symbol für den westpapaunischen Nationalismus und wurde von der indonesischen Regierung verboten. Der Nationaltag erinnert an den 1. Dezember 1961, als Westpapua von den Niederlanden unabhängig wurde.

2 Undang-undang 78, 2007 tentang tata cara pembentukan, penghapusan dan penggabungan daerah, 16.

anderen Friedensmaßnahmen aufhörte, konnten sich die Ostindonesischen Mudschahidin (*Mujahidin Indonesia Timur*, MIT) bis 2012 neu aufstellen – als schlecht ausgestattete Dschihad-Gruppe und selbsterklärte IS-Verbündete mit weniger als 50 Mitgliedern. Gegen die MIT gab es erstmals im Oktober 2015 gemeinsame Polizei- und Militäreinsätze (*Operasi Maleo IV*) und später im Januar 2016 einen Einsatz (*Operasi Tinombala I*) mit 3.000 Polizei- und Militärkräften. Nach der *Operasi Tinombala I* genehmigte die Regierung die Wiedereinführung von *KODAM XIII/Merdeka* in Nordsulawesi – angeblich um den Zustrom ausländischer Kämpfer:innen und den Waffenschmuggel aus den südlichen Philippinen zu stoppen. Bis März 2018 wurde die Operation alle drei Monate verlängert – und bis ins Jahr 2019 fortgeführt –, obwohl die MIT Ende 2017 nur noch sieben Mitglieder hatte und ihre Anführer:innen bereits 2016 getötet worden waren (Diprose & Azca, 2019). Wie am Beispiel Sulawesi deutlich wird, hat das Terrorismus-Etikett dem Militär mehr Spielraum bei der Aufstandsbekämpfung und gleichzeitig der Konsolidierung seiner wirtschaftlichen Interessen verschafft.



© Carole Reckinger

### Vermeidung des Kriegsvölkerrechts

Ein weiterer strategischer Vorteil bei der Anwendung der Terrorismus-Einstufung besteht darin, dass die Regierung so ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen umgehen kann. Im Rahmen des Kriegsvölkerrechts können TPNPB-Angehörige als Kämpfer:innen und nicht als Terrorist:innen eingestuft werden, da sie an einem bewaffneten Konflikt beteiligt sind, offensichtlich mit einer organisierten Kommandostruktur in einem definierten Gebiet tätig sind und politische Ziele haben, nämlich die Einführung eines unabhängigen Staates. Würden die Behörden das Völkerrecht beachten, müssten sie und die TPNPB außerdem die Genfer Konventionen, z.B. zum Umgang mit Kriegsgefangenen, berücksichtigen. Unter dem Vorwand, Zivilist:innen vor der TPNPB schützen zu wollen, hat die indonesische Regierung die Terroreinstufung dazu verwendet, diese Tatsachen und Pflichten absichtlich zu ignorieren. Zugleich ist es gut dokumentiert, dass das Militär und die Polizei häufig

an Menschenrechtsverletzungen gegen Zivilist:innen in Westpapua beteiligt sind. Vor dem Hintergrund, dass Militäroffiziere schon häufiger betont haben, in Westpapua sei es für das Militär schwierig, zwischen Zivilist:innen und der Guerilla zu unterscheiden, überrascht dies nicht (BBC Indonesia, 2018). In der Folge richten sich Einsätze der Sicherheitskräfte auch häufig gegen die lokale Bevölkerung für ihre angebliche Unterstützung der TPNPB (siehe z.B. Tapol, 2020). Laut einigen Militäroffizieren besteht ein wichtiger Unterschied zwischen der TPNPB und den Islamist:innen darin, dass letztere – im Gegensatz zur TPNPB – normalerweise nicht von der lokalen Bevölkerung unterstützt werden. Mit anderen Worten, die Widerstandsbewegung untersteht im bewaffneten westpapuanischen Konflikt dem indonesischen Strafrecht und jetzt auch den Anti-Terrorgesetzen, die – beispielsweise aufgrund längerer Gefängnisstrafen – strenger sind als erstere.

Eine weitere Methode, mit der die Behörden versucht haben, ihren Pflichten zu entgehen und Kämpfer:innen in Westpapua als Kriminelle und Terrorist:innen zu diffamieren, besteht in der polizeilichen Anti-Terroreinheit *Densus 88* (auch D-88). Aufgebaut wurde sie nach dem Bombenanschlag von Bali im Oktober 2002 mithilfe der westlichen Verbündeten Indonesiens – insbesondere der Vereinigten Staaten und Australien. Aber obwohl die terroristische Bedrohung in Indonesien rückgängig war, wurde die Einheit nicht aufgelöst. D-88-Einsätze im zentralsulawesischen Poso gegen angeblich von Al-Qaida beeinflusste Zellen wurden nicht nur in Indonesien unterstützt, sondern auch durch westliche Verbündete und Anti-Terrorexpert:innen. Allerdings war die *Densus 88* bei ihren Einsätzen, darunter auch in Java, übermäßig gewalttätig: Sie führte ihre Aktionen ohne vorherige Haftbefehle durch, ihr wurde vorgeworfen, Verdächtige zu ermorden oder zu foltern, wie Videoaufnahmen aus Poso von 2007 nahelegen. Auch in Westpapua ist die Einheit schon seit Langem aktiv und für die Ermordung von Anführer:innen der friedlichen Unabhängigkeitsorganisation KNPB (*Komite Nasional Papua Barat*, Nationalkomitee von Westpapua) und der TPNPB verantwortlich.

### Schlussfolgerungen

Der Einsatz der D-88 in Westpapua und die weitere Stationierung und Ausweitung von Sicherheitskräften folgt einem Muster, wie es aus Sulawesi bekannt ist. Den Hauptgrund dafür haben wir benannt: die zunehmende Macht der Sicherheitskräfte durch mehr Personal und Standorte – und damit verbunden mehr geschäftliche Möglichkeiten sowie lokaler und nationaler Einfluss. Angesichts der zunehmenden Militarisierung ist Jakartas unilaterale Revision und Neueinführung des Gesetzes zur Sonderautonomie in diesem Jahr weitgehend irrelevant. Sie verdeutlicht nur, dass das ursprüngliche Gesetz Möglichkeiten zur Verbesserung der politischen Vertretung der Westpapas enthielt, die nie verwirklicht wurden. Klar ist hingegen, dass die Behörden alle abweichenden Meinungen der Menschen in Westpapua unterdrücken wollen.

In den Augen der meisten Indonesier:innen beschränkt sich die zunehmende Militarisierung auf Westpapua und Poso. Allerdings hat die D-88 auch in Java in der

Verfolgung vermeintlicher Terrorist:innen ihr Mandat missbraucht, ohne dass sie dabei von Regierungsinstitutionen (wie der Nationalen Menschenrechtskommission Komnas HAM) zur Verantwortung gezogen wurde – nicht zuletzt aus Furcht vor Konsequenzen, wenn sie die Rechtmäßigkeit der D-88-Aktivitäten infrage stellen. Auch in Java spielt das Militär eine sichtbare öffentliche Rolle und agiert völlig offen. Es mischt sich in politische Angelegenheiten ein, und ausgeschiedene Armeeeoffiziere erhalten Posten in der Regierung und im öffentlichen Dienst. Sogenannte Anti-Terroreinsätze durch Sicherheitskräfte in Westpapua haben also in Wirklichkeit eine größere Bedeutung wie angenommen. Dies bedeutet zugleich, dass es gemeinsamen Anstrengungen der Öffentlichkeit in Indonesien und anderen Ländern bedarf, um das Militär gemeinsam zur Verantwortung zu ziehen und die Straflosigkeit zu beenden.

von, dass eine unabhängige Einschätzung der Lage zu dem Ergebnis kommen würde, dass die TPNPB-Mitglieder nach internationalem Recht nicht als „Terrorist:innen“, sondern als Kämpfer:innen eingestuft werden müssten, womit sie der Genfer Konvention von 1994 unterlägen anstelle eines staatlich definierten Anti-Terrorgesetzes.

In diesem Zusammenhang sollte sich die internationale Gemeinschaft darüber hinaus für eine „humanitäre Gefechtspause“ einsetzen, um die steigenden Zahlen von Binnenflüchtlingen in mehreren Regionen des zentralen Hochlands zu bewältigen. Der Anstieg der unter dem Konflikt leidenden Zivilbevölkerung ist unmittelbar mit der Einstufung der TPNPB zur „Terrororganisation“ verbunden und findet bisher kaum ein Medienecho in den internationalen Medien.

Außerdem rufen wir die indonesische Regierung auf, die Einstufung der TPNPB als terroristische Organisation und die Beteiligung des Militärs an „Anti-Terror“-Einsätzen zu beenden. Wie hier betont wurde, ermöglicht dies dem Militär, seine territoriale Struktur und seine Geschäftsinteressen auszuweiten und zu konsolidieren. Ferner sollte es ein Moratorium für die Schaffung neuer Distrikte geben. Denn diese hat der wirtschaftlichen Marginalisierung der Westpapas keineswegs ein Ende gesetzt, sondern lediglich zur Militarisierung Westpapas geführt.

TAPOL engagiert sich für Menschenrechte, Frieden und Demokratie in Indonesien. Die im Vereinigten Königreich beheimatete Organisation setzt sich dafür ein, das Bewusstsein für Menschenrechtsfragen in Indonesien, auch im umkämpften Gebiet Westpapua, zu schärfen. Auf der Grundlage von Kampagnen arbeitet TAPOL eng mit lokalen Organisationen in Indonesien zusammen, um für Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten und die internationale Gemeinschaft zum Handeln zu ermutigen.



BBC Indonesia (2018, 9. Dezember). Penembakan Nduga: Beda dengan teroris, gerilyawan Papua punya 'hubungan dengan warga'. <https://www.bbc.com/indonesia/indonesia-46498239>

Diprose, R. & Azca, M. N. (2019). Past Communal Conflict and Contemporary Security Debates in Indonesia. *Journal of Contemporary Asia*, 49(5), 780-793.

Sangaji, A. (2007). The masyarakat adat movement in Indonesia: A critical insider's view. In J. Davidson & D. Henley (Hrsg.). *The Revival of Tradition in Indonesian Politics. The Deployment of Adat from Colonialism to Indigenism*. London: Routledge.

TAPOL (2020, 12. Februar). 243 deaths in West Papua: the international community must call for an impartial investigation and an end to the security forces' operations. <https://www.tapol.org/news/243-deaths-west-papua-international-community-must-call-impartial-investigation-and-end>

TAPOL (2021, 25. Mai). Briefing: Special autonomy – big on funds, short on human rights and democracy. <https://www.tapol.org/news/briefing-special-autonomy-%E2%80%93-big-funds-short-human-rights-and-democracy>

© TAPOL

## Empfehlungen

Die internationale Gemeinschaft muss dringend den Zugang unabhängiger (zwischenstaatlicher und nichtstaatlicher) Organisationen zu den vom Konflikt in Westpapua betroffenen Gebieten verlangen. Wir sind überzeugt da-



# Die Militarisierung des Umweltschutzes am Citarum-Fluss

von Frans Ari Prasetyo



Tägliche Militärpräsenz in Sektor 1 und im Baumschulsektor am Citarum. © Frans Ari Prasetyo

*Nach über 20 Jahren Demokratisierung, die durch den Rückzug des Militärs aus der indonesischen Politik geprägt war, erlebt das Militär eine politische Renaissance. Auch die Bereiche Naturschutz und Ökologie bleiben dabei nicht ausgespart. Am Beispiel des Citarum Harum-Projekts, das vorgeblich darauf ausgelegt ist, den Fluss innerhalb von sieben Jahren im Sinne von Naturschutz und Ökologie „harum“ (wohlriechend) zu machen, beschreibt und analysiert der Autor diese Entwicklung.*

In Indonesien strebt das Militär nach stärkerem Einfluss auf politische Angelegenheiten. Diese Tendenz zur Stärkung der Beziehungen des Militärs zu Macht und Politik stammt nicht erst aus der Zeit der demokratischen Konsolidierung, sondern greift auf eine längere Tradition zurück: Das Erbe des militärisch gestützten Autoritarismus der 32 Jahre währenden *Orde Baru* (Neue Ordnung) Suhartos hat die indonesische Innenpolitik geschwächt. Nun scheinen die Regierungen unter Präsident Joko „Jokowi“ Widodo (2014-2019 und 2019-2024), statt weiter auf Demokratisierung zu setzen, eine Art „Neo-Orde-Baru“ einzuführen. Landwirtschaftliche Enteignung, Umweltzerstörung, geheime Absprachen, Korruption und Vetternwirtschaft – alles Praktiken, die während der *Orde Baru* gang und gäbe waren – werden gefördert oder zumindest geduldet. Ähnlich wie damals ist die wirtschaftliche Entwicklung heute durch eine neoliberale Vision des gesellschaftlichen Wandels geprägt und wird mit massiven staatlichen Interventionen, einer Ideologie des freien Marktes und einem starken Militär durchgesetzt. Unter Jokowi blüht eine von Cliquenbildung und einem Persönlichkeitskult gekennzeichnete bürokratische und technokratische Verwaltung, die von der Nationalistischen Partei (*Partai Gerakan Indonesia Raya*, Gerindra) und vom Militär unterstützt wird. Die Technokrat:innen bringen sog. „Unterentwicklung“ mit einer der Demokratie inhärenten Schwäche in Verbindung und folgern daraus, dass die gewünschte Industrialisierung unter einer autoritären Regierung besser funktionieren würde.

Vor diesem Hintergrund avancieren Flüsse zum Inbegriff kommodifizierter Räume<sup>1</sup>, die von Macht, Kontrolle und Gebietsansprüchen geprägt sind. Im Umgang mit städtischen Flusslandschaften bricht sich eine Krisenrhetorik Bahn, die die Flüsse und ihre Einzugsgebiete als gefähr-

dete Räume betrachtet, da sie von Menschen bevölkert seien, die das Land verschmutzten und zur Bodenverschlechterung beitrügen. An diesem Punkt überschneidet sich der Naturschutzdiskurs mit der Militarisierung, was sich wiederum auf viele landwirtschaftliche Bereiche in Flussnähe auswirkt. Die damit verbundenen militärischen Maßnahmen stärken die Territorialmacht und die Reichweite des Staates, indem sie das Land und die Ökologie entlang des Flusses in Militärgebiete bzw. militärische Einflusszonen verwandeln. Diese Entwicklung baut auf dem historischen Einfluss der militaristischen *Orde Baru* und ihrer Aneignung von Ressourcen und der Unterwerfung der Gesellschaft auf. Nach über 20 Jahren *Reformasi*, die durch den Rückzug des Militärs aus der indonesischen Politik geprägt waren, kehrt es in den Bereichen Naturschutz und Ökologie nun wieder zurück – beispielsweise mit dem *Citarum Harum*-Projekt im Einzugsbereich des Citarum-Flusses.

## Das (militärische) Projekt *Citarum Harum*

Neben seiner landschaftsökologischen Bedeutung ist der Citarum auch für die industrielle Entwicklung von großer Bedeutung: Er sorgt nicht nur für den größten Teil der Wasser- und Stromversorgung in den indonesischen Ballungsgebieten Jakarta und Bandung Raya, sondern versorgt auch die Industriegebiete in der Provinz Westjava. Der Citarum ist etwa 297 km lang und entspringt aus sieben Quellen beim Situ-Cisanti-See im Hochland des Wayang-Bandung-Berges. Von dort fließt er hinab bis in die Javasee. Sein Einzugsbereich ist 11.537,2 km<sup>2</sup> groß und umfasst 13 Kreise/Städte, 166 Unterdistrikte und 1.296 *Kelurahan* (Dörfer) mit insgesamt etwa 30 Millionen Einwohner:innen. Er versorgt etwa 2.800 Fabriken, von denen die meisten an seinem Oberlauf liegen und zur Textilindustrie gehören, und etwa neun Millionen Menschen leben mit ihm in engem Kontakt.

Bereits seit der Kolonialzeit konkurrieren dort große Plantagen, ein staatliches Forstunternehmen und die örtliche Bevölkerung um die Nutzung und den Besitz von in

<sup>1</sup> In der geographischen Stadtforschung wird mit Kommodifizierung der Prozess der (zunehmenden) Privatisierung zuvor öffentlicher Räume bezeichnet.

seinem Einzugsgebiet liegendem Land. Daran hat sich in Präsident Widodos Amtszeit nicht viel geändert, und im Zuge seiner „historischen“ Verbindungen zu Wirtschaft und Politik verfolgt das Militär im Einzugsbereich des Citarum, und insbesondere an seinem Oberlauf, massive Eigeninteressen.

Wie bereits nach den Wahlen 2014 spricht Jokowi auch nach seiner Wiederwahl 2019 immer wieder davon, mit seinen Programmen zur Sozialpolitik und zur Umverteilung von Land die Lücke zwischen Reich und Arm schließen zu wollen. Obwohl die bisherigen Reformen (insbesondere die Landreformen) bis 2019 eher an Augenwischerei erinnerten, hat er versprochen, diesen Kurs fortzuführen. Bei einem Treffen des Globalen Landforums 2018 hat er die Präsidialverordnung zur Agrarreform Nr. 86/2018 erlassen, die durch einen Kredit der Weltbank unterstützt wurde. Das Treffen wurde von massiven Protesten begleitet. Vielen Bürger:innen war klar, dass es im Ergebnis die Kontrolle über und die Aneignung von Land an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei weiter verschärfen würde – auch entlang des *Citarum*, insbesondere im Bereich des Oberlaufs, der bereits durch Jokowi's Präsidentialverordnung Nr. 15/2018 erschlossen wurde. Das Dekret wurde als Maßnahme propagiert, um den Kampf gegen Verschmutzung zu beschleunigen und ökologische Schäden im Einzugsgebiet des Flusses rückgängig zu machen und in Zukunft zu verhindern – das sogenannte *Citarum Harum*-Projekt. Damit soll der Fluss – allen Verlautbarungen zufolge im Sinne von Naturschutz und Ökologie – innerhalb von sieben Jahren *harum* (wohlfriechend) gemacht werden. Zum formalen Vorsitzenden des Projekts wurde der Gouverneur von Westjava, und der Oberbefehlshaber von *Kodam III/Siliwangi*<sup>2</sup> wurde zum stellvertretenden Kommandanten für die Gestaltung des Ökosystems ernannt.



Militäroperation im Projekt *Citarum Harum*.  
© Frans Ari Prasetyo

Die Militärangehörigen haben für ihre Aktivitäten ein Basislager eingerichtet, leben unter den Bewohner:innen und verwenden täglich militärische Symbolik – indem sie beispielsweise alle, denen sie begegnen, mit lauten Rufen

2 Komando Daerah Militer III/Siliwangi, ein regionales Militärkommando der indonesischen Armee, das Banten und die Provinz Westjava umfasst.

und erhobener Faust grüßen. Die militärischen Operationen im Citarum-Gebiet wurden 2018 in 22 Sektoren und einen Gärtnereisektor eingeteilt und für mindestens sieben Jahre geplant. Tatsächlich aber war das Militär in den letzten drei Jahren meist nur in den Sektoren eins und zwei am Oberlauf aktiv. Im Sektor eins wird es vorgeblich zum Landschaftsschutz und zur Aufforstung am Situ Cisanti eingesetzt, dem Ursprung der Citarum-Quellen. Tatsächlich aber verfolgt es mit dem Mittel der Kontrolle über ökologische Ressourcen, Land und Wasser starke Eigeninteressen, die insbesondere im Zusammenhang mit der Ausweitung von Kaffeeplantagen stehen. Im Sektor zwei, einem Gebiet, in dem Textilfabriken angesiedelt sind, ist das Militär ermächtigt, Firmen, die den Fluss verschmutzen, zu bestrafen, indem es deren Abflussrohre oder gar ihre Fabriken schließt.



Das Zementwerk im Kendeng-Gebirge, Teil der Bergbau-Oligarchie in Indonesien. © Frans Ari Prasetyo

An mehreren festgelegten Orten in 22 Sektoren und einem Gärtnereisektor im Citarum-Einzugsgebiet sind 7.100 Soldat:innen stationiert. Am Oberlauf befinden sich 1.400 Soldat:innen, und in Sektor eins und der Gärtnerei sind 200 Soldat:innen mit dem Schutz der Umwelt beauftragt. Sie haben das Gebiet um Situ Cisanti zu einer Baumschule für die Wiederaufforstung und Kaffeeplantagen gemacht, die häufig auch als *kilometer 0* (Null) bezeichnet wird. Darüber hinaus überwachen sie die Wasserressourcen – angeblich um den Fluss von Müll, Parasiten, Moos und Algen frei zu halten. Beobachtungen zufolge scheint das Ausbaggern von Sedimenten und die Entfernung von Schlamm zur Säuberung des Wassers momentan allerdings eher dem Zweck, ein Tourismusgebiet zu erschließen, zu dienen. Dies steht mit dem ausgewiesenen Vorhaben in Verbindung, der Abholzung und Bodenerosion am Oberlauf vorzubeugen sowie das Quell- und Einzugsgebiet zu renaturieren und wieder aufzuforsten. Dazu sollen mit den Samen, die im Sektor eins gewonnen werden, Tausende von Bäumen gepflanzt werden – darunter der gefährdete Tarum-Baum, der Namensgeber für den Citarum-Fluss ist, und große Nutzholzbäume wie Teak, Mahagoni, Sandelholz, Meranti, Sonokeling und Merbau sowie große Fruchtbäume wie Durian, *Jengkol*, *Petai*, *Nangka* und andere. Das Militär will auf 80.000 Hektar zwölf Millionen Bäume pflanzen, bis jetzt jedoch wurden erst 1,4 Millionen auf 667 Hektar gepflanzt –



Saguling-Damm am Oberlauf des Citarum. © Frans Ari Prasetyo

mehrheitlich Kaffeebäume im Gebiet des Oberlaufs. Dies ist keine Wiederaufforstung, sondern eine Landumwidmung in Plantagen, die rein wirtschaftliche Interessen verfolgt. Insgesamt deuten die beschriebenen Aktivitäten darauf hin, dass sich das Militär nicht so sehr für Umweltschutz interessiert, sondern für Landkontrolle, wirtschaftliche Gewinne und (neue) Rohstoffquellen.

So hat das Militär dieses ökologische Renaturierungsprojekt für seine eigenen Zwecke übernommen. Der größte Teil des Citarum-Einzugsgebiets, insbesondere am Oberlauf, ist ländlich geprägt. Die militärische Präsenz dort erinnert nicht nur Beobachter:innen, sondern auch die Bevölkerung an das „ABRI Masuk Desa“<sup>3</sup>-Programm des Regimes der Neuen Ordnung.

2019 hat Jokowi die gesetzliche Grundlage für diese Entwicklung geschaffen, indem er die Präzisionsverordnung Nr. 37 zur funktionalen Stellung der TNI (*Tentara Nasional Indonesia*, Nationale Armee Indonesiens) erließ, durch die indirekt die *dwifungsi ABRI*<sup>4</sup> wiederbelebt wurde. Das wirkt sich nicht nur auf das Citarum-Schutzprojekt aus, sondern dient gleichzeitig als Grundlage dafür, Präsenz

3 Wörtlich übersetzt: ABRI (*Angkatan Bersenjata Republik Indonesia*, Bewaffnete Streitkräfte der Republik Indonesien) betritt das Dorf. Ein Gemeinschaftsprogramm zur Beteiligung des Militärs an Entwicklungsprojekten, die gleichzeitig der Überwachung und Kontrolle von Bürger:innen dienen.

4 Wörtlich übersetzt: Duale Funktion. Eine Doktrin, die von Suhartos militärisch dominierter Regierung der Neuen Ordnung eingeführt wurde und dem Militär eine soziopolitische Rolle gab, die durch Parlamentssitze, hohe Positionen im öffentlichen Dienst und die Beteiligung an Entwicklungsprojekten im Land geprägt war.

und Aktivitäten des Militärs in Papua zu rechtfertigen. Die Planung und Gestaltung des Citarum Harum-Projekts gehen auf Ideen des Militärs zurück. Als Gegenleistung für die stärkere militärische Unterstützung, die Joko Widodo für seine Regierung brauchte, war es offensichtlich nicht genug, das Militärbudget im Staatshaushalt (*Anggaran Pendapatan dan Belanja Negara*, APBN) zu erhöhen und Militärvertreter:innen in strategische Regierungspositionen zu bringen. Darüber hinaus hat Jokowi den Citarum praktisch an das Militär übergeben.

Die Ausweisung ökologischer Zonen am oberen Citarum erweist sich als explizite zivile Militärstrategie – innerhalb einer Agrarstrategie, die ein reguliertes, legitimes und militarisiertes Gebiet schaffen soll, in dem der Schutz der Flussökologie als Mittel zur Landkontrolle und Erhöhung der Agrarproduktion dient. Diese militärstaatliche Struktur zur Verwaltung des Citarum-Einzugsgebiets durch Konzentration, Kontrolle und Vereinnahmung von Land, die von ungehinderten Aneignungs- und Enteignungsmaßnahmen am Oberlauf begleitet sind, steht für eine allgemeinere Entwicklung, die ich militarisierten Kapitalismus nenne. Dabei verursacht das Citarum Harum-Projekt des indonesischen Militärs keine ökologischen Schäden an sich, sondern versucht, die Lage durch Schutzmaßnahmen zur Sicherheit der Flussökologie zu verbessern. Dazu gehören Maßnahmen zur Flurbereinigung und Vermeidung ökologischer Schäden durch Monokulturen und Wasserverschmutzung, allerdings mit Mitteln der militärischen Flächenkonzentration und Intervention. Die Maßnahmen und die Bildung militärischer Enklaven zeitigen auch sozialräumliche Widersprüche. Diese bergen das Risiko, in unbeherrschbare gewaltvolle Konflikte umschlagen zu können.

Am Startpunkt für jegliche Kritik an der militärischen Beteiligung am politischen und/oder wirtschaftlichen Bereich muss eine multidimensionale Analyse stehen. Letztlich haben alle militärisch geprägten politischen Regierungen in Indonesien, indem sie sich auf die Loyalität des Militärs verließen und ihm erlaubten, sich in die Politik einzumischen, den Autoritarismus wieder gestärkt. Die Aktivitäten im Einzugsbereich des Citarum sind dafür ein lebendiges Beispiel.

**Frans Ari Prasetyo** ist unabhängiger Wissenschaftler und Fotograf. Er ist beim *Ethnography Lab* an der University of Toronto tätig und seit den frühen 2000ern aktives Mitglied bei *Network of Friends*. Mit verschiedenen Basisgemeinden, Untergrundkollektiven und Vertreter:innen der marginalisierten Stadtbevölkerung arbeitet er in Projekten zu städtischer Politik.



## Umweltpolitik in Indonesien im Spiegel des Demokratieverfalls

von Dirk Tomsa

Wattengebiet in Kendari, Südostsulawesi. © Dirk Tomsa

*Seit einigen Jahren nimmt die Qualität der indonesischen Demokratie kontinuierlich ab. Die demokratische Rückentwicklung, die sich durch Polarisierung, Populismus, mehr Korruption und staatliche Gewalt gegen Regierungskritiker:innen äußert, wirkt sich auch auf die Umweltpolitik des Landes aus. In diesem Artikel werden einige dieser Auswirkungen dargestellt. Obwohl die Regierung einige bemerkenswerte Schritte unternommen hat, Lösungsansätze für ihre dringendsten Umweltprobleme wie Abholzung, Klimawandel und Verlust an Artenvielfalt zu finden, behindern langfristige institutionelle, strukturelle und mentale Faktoren einen effektiveren Natur- und Umweltschutz. Die demokratischen Rückschritte verschärfen diese Probleme noch.*

Indonesien ist Heimat einiger der größten Regenwälder der Erde, verliert aber auch jedes Jahr große Teile davon durch Abholzung, Brandrodung und andere Maßnahmen zur Umwidmung in Agrarflächen. Die Bewaldung sank von etwa 80 Prozent der gesamten Landfläche im Jahr 1950 auf schätzungsweise 53 Prozent im Jahr 2015 (FAO, 2016), obwohl in einem aktuellen Bericht des indonesischen Umwelt- und Forstministeriums (Indonesian Ministry of Environment and Forestry, 2020) behauptet wird, 64 Prozent der Landfläche des Landes seien noch immer bewaldet. Solche Regierungsdaten beziehen allerdings auch Sekundärwald und Plantagen in ihre Definition von Wald mit ein.

Bekannte Tiere wie das Sumatra-Nashorn, der Sumatra-Tiger, der Orang-Utan und viele andere weniger bekannte Tier- und Pflanzenarten sind bereits gefährdet. Darüber hinaus haben viele vom Wald abhängige menschliche Gemeinschaften ihr Land verloren, weil sich Palmöl- und Bergbaukonzerne weiter ausgebreitet haben. Waldbrände haben regionale Luftverschmutzungskrisen ausgelöst, und Indonesien ist heute einer der weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen. Gleichzeitig ist das Land sehr anfällig für die zerstörerischen Folgen des Klimawandels geworden, da es wegen seiner tropischen und insularen Geografie stark von steigenden Meeresspiegeln, extremen Wetterereignissen und entsprechenden Störungen für Landwirtschaft und Fischerei betroffen ist.

Außerdem wird die indonesische Artenvielfalt durch Jagd und Wilderei bedroht. Eine Studie zum Rückgang der Orang-Utans in Borneo zwischen 1999 und 2015 kam

beispielsweise zu dem Ergebnis, dass auch in Gebieten, in denen der Wald noch intakt war, große Verluste durch Jagd zu verbuchen waren (Voigt et al., 2018). Neben großen Säugetieren sind auch Singvögel durch illegalen Handel gefährdet. Weil die Käfighaltung der Tiere so beliebt ist, haben sich Singvogelfallen derart verbreitet, dass einige Naturschützer:innen den Käfigvogelhandel – neben dem Verlust an Lebensräumen – heute als die größte Bedrohung der indonesischen Avifauna betrachten.

Die Besorgnis über die indonesischen Umweltprobleme ist natürlich nicht neu. Aber während der ersten *Reformasi*-Jahre herrschte weithin die Hoffnung, die Demokratie könnte zu einer besseren Umweltpolitik führen – insbesondere als Indonesiens sechster Präsident, Susilo Bambang Yudhoyono, ein neues Gesetz über Umweltschutz und -management auf den Weg brachte und neue Abholzungs- und Brandgenehmigungen zur Landumwidmung per Moratorium aussetzte.

Der momentane Präsident Jokowi hat dieses Moratorium nicht nur verlängert, sondern sogar dauerhaft gemacht. Außerdem hat er auch unkonventionellere Schritte unternommen, um das Problem der Rodung anzugehen. So hat er etwa gedroht, Militär- und Polizeibedienstete zu entlassen, die die Brandrodung von Wäldern in den ihnen unterstellten Regionen nicht verhindern konnten. Darüber hinaus hat er die für den Umweltschutz verantwortlichen Institutionen durch ein neues Umwelt- und Forstministerium umstrukturiert. Und im Juni 2018 hat die Regierung ihre Liste landesweit geschützter Pflanzen- und Tierarten auf den neuesten Stand gebracht und von 677 auf 919 Arten erweitert, um den Behörden besse-

re Rechtsmittel für den Kampf gegen den Rückgang der Artenvielfalt zu geben.



© Jumasyanto Sukarno / Greenpeace

Diese Schritte zur Verbesserung der indonesischen Umweltpolitik hatten einige bemerkenswerte Ergebnisse: So hat die indonesische Abholzungsrate 2020 einen neuen Tiefstand erreicht. Aber angesichts der dubiosen Regierungsdefinition von „Wald“ und der Schwierigkeit, den Einfluss anderer Faktoren außerhalb staatlicher Kontrolle zu messen (z.B. der wirtschaftlichen Schäden durch die COVID-19-Pandemie), sorgen sich viele Umweltschützer:innen, dies könne ein vorübergehender Effekt sein, da viele institutionelle, strukturelle und mentale Hindernisse für einen besseren Schutz weiterhin bestehen.

Erstens wird der institutionelle Rahmen des Landes immer noch durch Mängel, Schlupflöcher und Umsetzungsprobleme behindert. So wurde die überarbeitete Artenliste von 2018 ursprünglich als wichtiger Schritt gelobt, aber nachfolgende Änderungen hoben den Schutz einiger weltweit bedrohter Arten im Land wieder auf. Ähnliche Schlupflöcher finden sich auch in anderen wichtigen Regelwerken, darunter auch im Verbot der Zulassungen zur Landumwidmung und im Umweltgesetz von 2009. Noch weiter verschärft wird die institutionelle



Entwaldung für eine Ölpalmpflanzung in Sumatra. © Frans Ari Prasetyo

Ineffizienz dadurch, dass bestehende Gesetze nur halbherzig durchgesetzt werden. Um diese Mängel zu beheben, setzen sich Organisationen wie die Weltbank dafür ein, umweltpolitische Erwägungen besser in die Planungsprozesse zur Land- und Ressourcenverwendung zu integrieren.

Solche institutionellen Reformen müssen allerdings durch Bemühungen ergänzt werden, die grundlegenden Strukturen der politischen Ökonomie Indonesiens zu verändern, die traditionell von Renditestreben und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen geprägt ist. Palmöl- und Holzexporte tragen jährlich Milliarden Dollar zur indonesischen Volkswirtschaft bei. Der Großteil der Gewinne fließt an oligarchische Konzerne und ihre globalen Handelspartner:innen, aber auch Millionen kleinerer Akteur:innen profitieren davon, dass sie in die komplexen Lieferketten des globalen Kapitalismus integriert sind. Solange die indonesische Strategie der Wirtschaftsentwicklung so sehr von der Ausbeutung der Natur abhängt, ist eine weitere Degradierung von Land und Wäldern fast unvermeidlich.

Noch verstärkt werden diese strukturellen und institutionellen Hindernisse für den Umweltschutz durch das mangelnde Umweltbewusstsein vieler Indonesier:innen und durch tief verwurzelte kulturelle Traditionen, die immer noch Umweltschäden verursachen und die Artenvielfalt verringern. Der Handel mit Singvögeln ist nur ein Beispiel dafür, wo sich diese Faktoren überschneiden: Daten aus Meinungsumfragen zeigen, dass Bewusstsein und Betroffenheit über die Verbindung zwischen dem Halten von Singvögeln und dem Rückgang der Artenvielfalt niedrig sind, ebenso wie die allgemeine Sorge über die Umwelt oder den Klimawandel (LSI, 2021).

Ein Weg, das Umweltbewusstsein zu vergrößern, könnte darin bestehen, den Umweltschutz in den nationalen Schullehrplan zu übernehmen, denn laut Parker (2017) bieten sowohl die Lehrpläne als auch die Schulbücher weiterführender Schulen bisher kaum Aufklärung über die Umwelt. Noch komplizierter wird es dadurch, dass die indonesische Regierung externe Kritik oder auch nur umweltpolitische Ratschläge oft als Angriff auf die nationalen Interessen betrachtet – insbesondere was die Nachhaltigkeit der Palmölindustrie betrifft.

Angesichts des komplexen Zusammenspiels institutioneller, struktureller und kultureller Faktoren erscheinen die Aussichten auf besseren Umweltschutz in Indonesien gering. Noch mehr Grund zur Sorge ist allerdings, dass der jüngste Rückgang der demokratischen Qualität neue Probleme schafft, die den Spielraum für Dialog und Kooperation zwischen der Regierung auf der einen und Wissenschaftler:innen, Umweltaktivist:innen sowie internationalen Nichtregierungsorganisationen auf der anderen Seite weiter verringert. Hier sind mindestens vier wichtige Merkmale der demokratischen Regression Indonesiens relevant:

Erstens wird es aufgrund der zunehmenden Neigung der Regierung, Kritiker:innen strafrechtlich zu verfolgen und zum Schweigen zu bringen, immer schwieriger, gegen die Korruption im Forstsektor oder die negativen Effekte von Infrastrukturprojekten auf die Umwelt die Stimme zu erheben. So hat Indonesien Anfang 2020 einen französischen Wissenschaftler des Landes verwiesen,

der die staatliche Erfassungsmethode von Waldbränden kritisiert hatte. Auch berichten lokale indonesische Forscher:innen von Einschüchterung und *Doxing*<sup>1</sup>.

Zweitens haben die vereinten Kräfte von Populismus und islamischem Konservatismus den Spielraum für wissenschaftsorientierte Politik eingeschränkt und nationalistische Diskurse über Wissenschaft und Lebensmittelsicherheit auf Kosten des Umweltschutzes befeuert. Das ehrgeizige „Food-Estate-Programm“ der Regierung enthält beispielsweise Pläne, große geschützte Waldgebiete in Landwirtschaftsflächen umzuwandeln – und dies auch in politisch heiklen Gebieten wie in Westpapua.

Drittens wird die zunehmende oligarchische Dominanz wahrscheinlich schlimme Auswirkungen auf die Umwelt haben. Besonders besorgniserregend sind in dieser Hinsicht die Schwächung der Kommission für Korruptionsbekämpfung (KPK) und die Verabschiedung des umstrittenen Omnibusgesetzes zur Arbeitsplatzförderung. So hat das Omnibusgesetz wichtige umweltpolitische Regeln aufgehoben oder verändert, um Investitionen zu vereinfachen. Gleichzeitig hat die KPK einen Großteil ihrer Macht verloren, die sie einst so effektiv einsetzen konnte, um illegale Bündnisse zwischen Lokalregierungen und der Holzwirtschaft aufzudecken.

Und viertens hat die soziopolitische Polarisierung zwischen radikalen Islamist:innen und Unterstützer:innen von Präsident Jokowi zu einer Überbetonung moralischer und nationalistischer Werte geführt – nicht nur im öffentlichen politischen Diskurs, sondern auch in den Lehrplänen der Schulen, wo es so gut wie keinen Umweltunterricht gibt.

Alles in allem lässt die politische Entwicklung in Indonesien Schlimmes für die bereits angeschlagene Umwelt des Landes befürchten. Der Niedergang der Demokratie

1 Unter *Doxing* versteht man das internetbasierte Zusammentragen und anschließende Veröffentlichen personenbezogener Daten, zumeist mit böswilligen Absichten gegenüber den Betroffenen.



Ölpalmplantage in Sumatra. © Frans Ari Prasetyo

muss dringend gestoppt werden – nicht nur um Indonesiens Demokratie zu retten, sondern auch um das einmalige Naturerbe des Landes besser schützen zu können.

**Dirk Tomsa** ist außerordentlicher Professor für Politik an der *La Trobe University* im australischen Melbourne. Zu seinen größten Forschungsinteressen gehören Wahlen, politische Parteien und Umweltpolitik in Indonesien und Südostasien.



- FAO (2016). *Global forest resources assessment 2015: How are the world's forests changing?* 2<sup>nd</sup> Edition. Rom: FAO.
- LSI (2021). *Persepsi public tentang pengelolaan dan potensi korupsi sumber daya alam*. Jakarta: LSI.
- Ministry of Environment and Forestry, Republic of Indonesia (2020). *The state of Indonesia's forests 2020*. Jakarta: Government of Indonesia.
- Parker, L. (2017). A write-off. *Inside Indonesia*, 127 (January-March 2017). <https://www.insideindonesia.org/a-write-off>
- Voigt, M. et al. (2018). Global demand for natural resources eliminated more than 100,000 Bornean orang-utans. *Current Biology*, 28(5), 761-769.



## Wie Fahrer:innen der Plattformökonomie in Indonesien Strategien entwickeln und gemeinsame Aktionen organisieren

von Fahmi Panimbang

© Adrian Mulya

*Seit Anfang 2015 haben sich Millionen prekär Beschäftigte der aufstrebenden indonesischen Plattformökonomie angeschlossen. Dass sich diese „Gig-Economy“ so schnell ausbreitet, führt zu sozialen Veränderungen – darunter horizontale Konflikte zwischen Beschäftigten im Mitfahrsektor und die algorithmische Ausbeutung von Arbeitnehmer:innen durch die Plattformunternehmen. Als Antwort auf diese Veränderungen versuchen die Fahrer:innen, sich gemeinschaftlich zu organisieren. In diesem Artikel wird diskutiert, mit welchen Organisationsstrategien sie auf die veränderten Arbeitsbeziehungen reagieren.*

### Hintergrund

Seit Anfang 2015 haben sich Millionen prekär Beschäftigte der aufstrebenden indonesischen Plattformökonomie angeschlossen. Die Digitalwirtschaft im Land breitet sich durch den riesigen und weiter wachsenden Markt schnell aus. 2018 gab es mindestens 1.807 aktive Start-ups – die größte Zahl in den ASEAN-Ländern (*Association of South-east Asian Nations*) und die sechstgrößte weltweit (Adiningsih et al., 2019). Die beiden führenden Unternehmen im indonesischen Mitfahrsektor sind *Go-Jek* und *Grab*. Beide sind schon seit fast einem Jahrzehnt im Geschäft.

*Go-Jek* ist ein indonesischer Konzern, der 2010 gegründet wurde. Allein in Indonesien waren 2019 über 2,5 Millionen Fahrer:innen in über 167 Städten und Distrikten für *Go-Jek* tätig (Adiningsih et al., 2019). Das Unternehmen ist auch in Vietnam, Thailand, Singapur und den Philippinen aktiv.

*Grab*, der zweite große Akteur und heute in Singapur ansässig, wurde 2012 in Malaysia gegründet und kam 2014 auf den indonesischen Markt. *Grab* ist in 100 Städten des Landes vertreten, ebenso wie in vielen Städten anderer südostasiatischer Staaten. Anfang 2018 hat die Anzahl der *Grab*-Fahrer:innen in Indonesien die Zwei-Millionen-Grenze überschritten. 2019 hat das Unternehmen bereits über neun Millionen Fahrer:innen in ganz Südostasien beschäftigt und 14 unterschiedliche Arten von On-Demand-Dienstleistungen angeboten (Jayani, 2019). Dass sich diese „Gig-Economy“ so schnell ausbreitet, führt zu sozialen Veränderungen – darunter horizontale Konflikte zwischen Beschäftigten im Mitfahrsektor und die algorithmische Ausbeutung von Arbeitnehmer:innen durch die Plattformunternehmen. Als Antwort auf diese

Veränderungen versuchen die Fahrer:innen, sich gemeinschaftlich zu organisieren. In diesem Artikel wird diskutiert, mit welchen Organisationsstrategien sie auf die veränderten Arbeitsbeziehungen reagieren.

### Verdrängung traditioneller Transportmittel durch Plattformunternehmen

Die Kehrseite der momentanen Beliebtheit der Gig-Economy, die insbesondere im Mitfahrsektor von Plattformunternehmen wie *Go-Jek* und *Grab* dominiert wird, besteht aus wiederholten Zusammenstößen zwischen traditionellen Fahrer:innen und solchen, die über eine App gebucht werden können. Diese Konfrontationen entstanden aus dem starken Widerstand der traditionellen Transportunternehmen gegen app-basierte Transportdienste und führten zu Protesten und Gewalt (Ford und Honan, 2019; Panimbang et al., 2020). Tatsächlich haben die neuen Transportdienste versucht, den traditionellen Sektor durch die Abwerbung von Fahrer:innen zu schwächen. Einige Zusammenstöße zwischen Fahrer:innen in mehreren Städten haben es in die Schlagzeilen geschafft und kontroverse öffentliche Debatten ausgelöst. Die Reaktion der Regierung auf die Proteste und Konflikte der Fahrer:innen war unentschieden und langsam.

Als diese horizontalen Konflikte mit der Zeit abebbten, begannen die Unternehmen wieder, Tausende neue Fahrer:innen einzustellen, was die vielen ungelösten Probleme weiter vertiefte. So hat *Go-Jek* beispielsweise im August 2015 Zehntausende traditionelle Fahrer:innen rekrutiert und zu eigenen Mitarbeiter:innen gemacht – Tausende pro Tag (Aulia, 2015).

Bis heute sind noch mehr traditionelle Fahrer:innen zum app-basierten Transportsektor gewechselt – insbesondere, weil sie von den Unternehmen weiterhin gezielt rekrutiert werden. Die speziellen Anforderungen der Unternehmen für den Wechsel zu ihren Plattformen wurden für traditionelle Fahrer:innen erheblich erleichtert. So wurde deren Widerstand geschwächt, und sie wurden aus ihrem angestammten Aktivitätsbereich verdrängt.

### Rechtliche Kontroversen und das Machtbewusstsein der Eliten

Zwischen 2015 und 2016 gab es öffentliche Debatten über die rechtlichen Aspekte app-basierter Transporte, und mit der Zeit hat die Regierung dazu viele neue Regulierungen erlassen. Bis Anfang 2016 waren solche neuartigen Transportunternehmen nach indonesischem Recht illegal. Dann aber gelang es Plattformunternehmen, ihre Legalisierung von der Regierung zu erwirken.

Präsident Joko Widodo (Jokowi) hat die app-basierten Unternehmen mehrfach öffentlich in Schutz genommen. Seine Unterstützung für sie beruht vielleicht nicht nur auf dem beliebten Argument, die digitale Wirtschaft im Land müsse gefördert werden, sondern könnte auch mit der Tatsache zusammenhängen, dass die Familien des *Go-Jek*-Geschäftsführers und der obersten Konzernleitung zur indonesischen Machtelite gehören.

Erwähnenswert ist auch, dass Jokowi an mehreren öffentlichen *Go-Jek*-Veranstaltungen teilgenommen hat – eine offensichtliche Geste der Anerkennung. Beispielsweise hat er bei einer solchen Veranstaltung mit Fahrer:innen in Jakarta am 11. April 2019 gefragt, ob ihm jemand im Publikum über *Gofood*, *Go-Jeks* Menülieferdienst, einmal *Saté Ayam* (Hähnchenfleisch-Saté) in den Bogor-Präsidentenpalast geliefert habe. Als ein Fahrer die Hand hob, wurde er zu einem kurzen Gespräch auf die Bühne eingeladen und bekam vom Präsidenten ein Fahrrad geschenkt. Im Jahr davor, als *Go-Jek* seine vietnamesische Tochtergesellschaft *Go-Viet* ins Leben rief, war der Präsident dafür sogar bis nach Hanoi gereist.



© Adrian Mulya

Auch *Grab* hat vom Schutz der Regierung profitiert, wenn auch weniger offensichtlich als *Go-Jek*: Engagiert in dieser Sache zeigt sich besonders Luhut Panjaitan, einer der vertrautesten Assistenten des Präsidenten, der auch Koordinationsminister für maritime Angelegenheiten und Investitionen ist und zwischen 1999 und 2000 indonesi-

scher Botschafter in Singapur war. Unter anderem arbeitet *Grab* seit 2019 offiziell mit der Regierung zusammen, indem der Konzern an sieben Flughäfen in Sumatra app-basierte Transportleistungen anbietet (Reily, 2019).

Die häufig unsichtbaren politischen Entscheidungsprozesse und die Macht der Elite, die hinter dem Aufstieg der app-basierten Transportunternehmen stehen, führen zu realen Sorgen, was den Broterwerb der Angestellten betrifft – nicht nur der traditionellen Fahrer:innen, die nach und nach aus dem Sektor gedrängt wurden, sondern auch der vielen app-basierten Fahrer:innen, deren Einkommen durch den starken Wettbewerb um die begrenzte Zahl von Kund:innen immer stärker sinkt.

### Organisationsstrategien und gemeinsame Aktionen der Fahrer:innen

Nachdem die traditionellen Transportdienste nach und nach verdrängt wurden und an Bedeutung verloren, lassen app-basierte Fahrer:innen – trotz ihrer Schwierigkeiten – interessante Reaktionen auf ihre Arbeitsbedingungen erkennen: Sie organisieren sich auf verschiedenste Weise, insbesondere in Gemeinschaften und Verbänden. Ihre organisatorischen Strukturen und Funktionsweisen sind sehr flexibel und informell, was es ihnen erleichtert, landesweite Verbindungen und Netzwerke zwischen verschiedenen Fahrer:innenorganisationen zu schaffen. Jeden Tag kommunizieren die Fahrer:innen über digitale Kommunikationskanäle und bei täglichen persönlichen Treffen an ihren Pausenplätzen – und können sich so vernetzen. Dies ist in der Geschichte der Arbeitnehmer:innenorganisationen Indonesiens eine völlig neue Entwicklung.

Hervortun sich bei dieser neuen Zusammenarbeit die freiwilligen Fahrer:innengruppen, die als Schnellreaktionsteams (*Unit Reaksi Cepat*, URC) bekannt sind. Die URCs sind Einsatzgruppen von Fahrer:innen, die notfalls, beispielsweise bei einem Verkehrsunfall, Hilfe leisten. Sie bestehen aus mehreren Delegationen mit jeweils zwei bis vier Mitgliedern aus jeder Fahrer:innengemeinschaft. URCs gibt es in den meisten Städten und Regionen des Landes. Obwohl diese Teams nur auf Stadt- oder Kreisebene tätig sind, können sie sich leicht mit fast jedem anderen URC im ganzen Land in Verbindung setzen. Dies findet über Kommunikationsplattformen statt – insbesondere über die beliebtesten und am leichtesten zugänglichen Messenger-Dienste wie WhatsApp –, über die die Fahrer:innen Informationen miteinander austauschen und oft Tag und Nacht ohne Unterbrechung in Kontakt mit ihrem Netzwerk an Kolleg:innen stehen. Dieser ständige Kontakt ist möglich, da die Fahrer:innen zu bestimmten Zeitpunkten anhalten müssen, um ihre Telefone aufzuladen oder sich nach einer langen Fahrt auszuruhen. Viele wollen vielleicht auch einfach anderen Gemeinschaftsmitgliedern ihre Position übermitteln, um sich gegen Notfälle oder Verbrechen abzusichern. Diese gegenseitige Unterstützung wird von den Fahrer:innen als sehr hilfreich für ihre Arbeitsorganisation eingeschätzt (Panimbang, 2021).

Eine weitere wichtige Funktion dieser Organisationen besteht im Aufbau von Netzwerken und Bündnissen. Als Symbole für ihre Vernetzung und Kontaktaufnahme dienen dabei gemeinschaftliche Abzeichen und Anhänger. Die gemeinschaftlichen Logos und Mottos, die auf Flaggen, Abzeichen und Aufkleber gedruckt sind, beto-

nen den kollektiven und solidarischen Anspruch. Dabei gehören Solidarität (*solidaritas*) und Zusammengehörigkeit (*kebersamaan*) zu den beliebtesten Begriffen. Diese Aufkleber und Abzeichen werden bei Besuchen mit anderen Fahrer:innengemeinschaften ausgetauscht. Wie viele davon eine Gemeinschaft besitzt, ist ein Zeichen für ihre Fähigkeit zur Vernetzung. Je mehr Aufkleber auf ihrem Banner oder der Wand ihres Treffpunkts kleben, desto größer ist ihr Netzwerk und die Anzahl der geknüpften Freundschaften. Mit dieser Vernetzungspraxis spielen Fahrer:innengemeinschaften oder -verbände, die aktiv an Vereinstreffen wie Jahrestagen oder sozialen Aktionen beteiligt sind, eine wichtige Rolle beim Aufbau alternativer sozialer Beziehungen. So schaffen die Fahrer:innen ein Gegengewicht zu ihrer Mobilität und Bewegung und machen jeden Ort zu einem gemeinschaftlichen Ort. Noch wichtiger: Angestellte oder Fahrer:innen werden überall wie Familienmitglieder aufgenommen (Panimbang, 2021). Hat beispielsweise ein:e Fahrer:in einer Gemeinschaft aus einer weit entfernten Gegend ein Problem oder einen Unfall, muss ihm oder ihr eine Gemeinschaft in der Nähe des Unfallorts helfen. So etwas wird dann von Einsatzleiter:innen über WhatsApp kommuniziert. Dabei scheinen sich alle Fahrer:innen auf ein ungeschriebenes Gesetz zu einigen: „Wenn ihr auch so behandelt werden möchtet, müsst ihr euren Kolleg:innen helfen.“

Ein weiteres Beispiel für die Solidarität unter den Mitgliedern ist die gegenseitige Hilfe während der Probleme durch die COVID-19-Pandemie, als die Transportaktivitäten weitgehend zum Erliegen kamen: Einige Fahrer:innenvereine sammelten Geld von Mitgliedern, die zusätzlich zum app-basierten Transport noch andere Jobs hatten, und verteilten es an andere, die ausschließlich vom Verdienst ihrer Fahrtätigkeit abhängig waren. Gemeinsam mit den Verbindungen und der Freundschaft der Fahrer:innen ist diese praktische Solidarität an vielen Orten tief verwurzelt.



© Lembaga Informasi Perburuhan Sedane (LIPS)

Inzwischen sind diese Fahrer:innenorganisationen zu Hotspots gemeinsamer Mobilisierung geworden, weshalb sie von den staatlichen Behörden und den Plattformunternehmen – die jegliche mögliche Störung durch Fahrer:innen erkennen und verhindern wollen – als strategische Akteure betrachtet werden. Weil sie bei den Protestbewegungen zwischen 2015 und 2018 eine wichtige Rolle gespielt haben, werden darüber hinaus einige dieser Or-

ganisationen, insbesondere die URC-Teams, von der Polizei und den Plattformunternehmen streng überwacht.

## Schlussfolgerung

Es ist offensichtlich, dass das gemeinschaftliche Handeln app-basierter Fahrer:innen einen wichtigen kollektiven Einfluss auf die öffentliche Politik Indonesiens ausübt. Durch Fahrer:innengemeinschaften und -vereine können sich die Plattformarbeiter:innen zusammenschließen und den Staat und das Kapital herausfordern. Bei einigen Protestaufrufen wurden sie bereits gemeinsam aktiv, und sie haben Strategien entwickelt, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern – wie es jene von ihnen zeigen konnten, die an Regulierungsdiskussionen mit dem Transportministerium beteiligt waren (Panimbang et al., 2020).

Die Gemeinschaftsaktionen der Fahrer:innen haben die Regierung und die Plattformunternehmen gezwungen, ihre Politik teilweise zu ändern. So müssen die Unternehmen nun Lebensversicherungen und Unfallentschädigungen zur Verfügung stellen, was als Fortschritt angesehen werden kann, auch wenn die Fahrer:innen dafür eine monatliche Prämie zu zahlen haben. Dies sind Beispiele für einen ständigen Machtkampf zwischen den Arbeiter:innen und Fahrer:innen der Gig-Ökonomie auf der einen und ihren Arbeitgeber:innen, den Plattformunternehmen, und der Regierung auf der anderen Seite. Wie dieser Artikel zeigt, haben Jokowi und seine Regierung die Plattformunternehmen offensichtlich stärker unterstützt als deren Angestellte. Das kürzlich eingeführte Omnibusgesetz, das Indonesiens arbeitende Bevölkerung benachteiligt, zeigt, dass sich unter der aktuellen Regierung der bürgerliche und demokratische Spielraum verkleinert. Allem Anschein nach versuchen die Fahrer:innenorganisationen mit ihren Strategien und gemeinsamen Aktionen weiterhin, die Arbeits- und Sozialbeziehungen im Land in ihrem Sinne zu gestalten.

**Fahmi Panimbang** ist Arbeitswissenschaftler in Indonesien. Zu seinen Publikationen gehört *Resistance on the continent of labour: Strategies and initiatives of labour organizing in Asia* (2017), veröffentlicht vom Asia Monitor Resource Centre (AMRC) in Hongkong.



- Adiningsih, S., Lokollo, E. M., Setiaji, S. N., Ardiansyah, S. R., Islam, M. & Rahmawaty, U. F. R. (2019). *Transformasi ekonomi berbasis digital di Indonesia: Lahirmnya tren baru teknologi, bisnis, ekonomi, dan kebijakan di Indonesia*. Jakarta: Gramedia Pustaka Utama.
- Aulia, M. (2015). Go-Jek rekrut ribuan orang per hari. *Medcom.Id*, 14. August 2015. <https://m.medcom.id/amp/aNro2gEb-go-jek-rekrut-ribuan-orang-per-hari>
- Ford, M. & Honan, V. (2019). The limits of mutual aid: Emerging forms of collectivity among app-based transport workers in Indonesia. *Journal of Industrial Relations*, 61(4), 528-548.
- Jayani, D. H. (2019). Para penantang Gojek dan Grab di bisnis ojek online. *Katadata*, 16. November 2019. <https://katadata.co.id/infografik/2019/11/16/para-penantang-gojek-dan-grab-di-bisnis-ojek-online>
- Panimbang, F. (2021). Solidarity across boundaries: a new practice of collectivity among workers in the app-based transport sector in Indonesia. *Globalizations*, 26. Februar 2021. DOI:10.1080/14747731.2021.1884789
- Panimbang, F., Arifin, S., Riyadi, S. & Utami, D. S. (2020). *Resisting exploitation by algorithms: Drivers' contestation of app-based transport in Indonesia (Trade Unions in Transformation 4.0)*. Jakarta: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Reily, M. (2019). Menko Luhut Dukung Grab Sediakan Layanan di Tujuh Bandara Sumatera. *Katadata*, 11. Juli 2019. <https://katadata.co.id/berita/2019/07/11/menko-luhut-dukung-grab-sediakan-layanan-di-tujuh-bandara-sumatera>



## Eine neue Gruppe von Staats- und Gesellschafts-„Feinden“

### Zur Situation der LGBTI\*-Community in Indonesien

von Papang Hidayat

© Watch Indonesia!

*Der politische Führungswechsel im Jahr 2014 nährte anfänglich die Hoffnung auf neue positive Impulse für Demokratie und Menschenrechte, hatte doch Präsident Joko Widodo, unterstützt von pluralistisch orientierten Kräften, Menschenrechts- und Antikorruptionsaktivist:innen sowie vielen anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Die an Jokowi geknüpften Hoffnungen in Sachen Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung, Demokratie und Minderheitenschutz lösten sich jedoch binnen kürzester Zeit in Luft auf. Mit der Verschärfung der politischen Polarisierung nahmen die Spannungen entlang der Grenzen religiöser Identität zu, und aus der Mehrheitsgruppe häuften sich Angriffe im Namen der Religion auf vulnerable Minderheitengruppen, so auch auf die Gruppe der LGBTI\*.*

#### Wachsender Einfluss religiöser Identitätspolitik

Expert:innen und Beobachter:innen der Menschenrechtsslage und der demokratischen Entwicklung sind sich einig, dass in Indonesien im letzten Jahrzehnt im Hinblick auf die Menschenrechte und die Qualität der Demokratie Rückschritte zu verzeichnen sind, u.a. aufgrund einer wachsenden Politisierung der religiösen Identität. Einer der Indikatoren dieser Entwicklung ist die zunehmende Verfolgung von marginalisierten Gruppen. Das lässt sich beispielhaft belegen an der Verfolgung der Gruppe lesbischer, schwuler, bisexueller, transgender- und intersexueller Personen (LGBTI\*) bzw. der Menschen, die in Indonesien als LGBTI\* wahrgenommen werden. Auch wenn derzeit in Indonesien die Angehörigen dieser Gruppe vielfach Zielscheibe öffentlichen Hasses sind, sollen auch einzelne neuere Entwicklungen genannt werden, die Anlass zur Hoffnung auf mögliche Fortschritte geben. Bedauerlicherweise verläuft die indonesische Entwicklung konträr zu der in etlichen anderen Staaten, die weiterhin das Ziel verfolgen, diskriminierende Praktiken gegenüber LGBTI\* zu unterbinden – sei dies durch eine Politik der Entkriminalisierung oder auch mittels ausdrücklicher rechtlicher Garantien. Der politische Führungswechsel im Jahr 2014 nährte anfänglich die Hoffnung auf neue positive Impulse im Bereich von Demokratie und Menschenrechten, hatte doch der ‚volksnahe‘ Joko Widodo (Jokowi) – unterstützt von pluralistisch orientierten Kräften, Menschenrechts- und Antikorruptions-

aktivist:innen sowie vielen anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen – die Präsidentschaftswahlen gewonnen und nicht sein Gegenkandidat, der von konservativen islamischen Kräften unterstützte Prabowo Subianto, Ex-Schwiegersohn Suhartos und Ex-General mit einer düsteren Geschichte von Menschenrechtsverletzungen. Die an Jokowi geknüpften Hoffnungen in Sachen Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung, Demokratie und Minderheitenschutz lösten sich jedoch binnen kürzester Zeit in Luft auf. Mit der Verschärfung der politischen Polarisierung nahmen die Spannungen entlang der Grenzen religiöser Identität zu, und aus der Mehrheitsgruppe häuften sich Angriffe im Namen der Religion auf vulnerable Minderheiten, so auch auf die Gruppe der LGBTI\*. Ein Blick auf Menge und Qualität der Angriffe auf vulnerable Minoritäten weist seit 2014 mehrfach auf neue „Rekorde“ hin – auch wenn nicht alle von ihnen direkt der Politik von Präsident Jokowi zuzuschreiben sind. Im April 2016 wurde in Aceh eine Frau christlicher Konfession mit 28 Stockhieben bestraft, weil sie alkoholische Getränke verkauft hatte (The Straits Times, 2016). Im Mai 2017 verurteilte ein Gericht in Jakarta den chinesisch-stämmigen Christen Basuki Tjahaja Purnama (auch bekannt unter dem Namen „Ahok“) wegen Blasphemie zu zwei Jahren Gefängnis, weil er eine Bestimmung im Heiligen Buch der Muslime kommentiert hatte (Human Rights Watch, 2017). Ahok war zu diesem Zeitpunkt Gouverneur von Jakarta, und dies war die erste Verurteilung we-



© Andreas Harsono

gen Blasphemie gegen einen hochrangigen Amtsträger, der zugleich ein politischer Verbündeter von Präsident Jokowi war. Nur wenige Tage später bestrafte die örtlichen Behörden in Aceh zwei schwule Männer mit jeweils 85 Stockhieben (BBC, 2017).

Die Verfolgung der LGBTI\*-Community und die Angriffe auf sie beschränkten sich nicht auf einzelne Fälle. Vielmehr erlebte die Community nach 2016 erhebliche Rückschläge in ihrer Bemühung um ein gleichberechtigtes Leben. Dies folgte im Anschluss an eine Reihe irreführender, irrationaler und hetzerischer Aussagen seitens öffentlicher Amtsträger:innen und Politiker:innen, die in ihrem Gehalt an Aussagen im früheren Nazi-Deutschland erinnerten. Nun hatte die indonesische LGBTI\*-Community schon früher unter der Diskriminierung durch Staatsbedienstete wie auch seitens der Öffentlichkeit zu leiden; seit 2016 sind die Verfolgungs- und Diskriminierungspraktiken jedoch viel weiter verbreitet und haben sich intensiviert. So legte eine Umfrage des Thinktanks SMRC (*Saiful Mujani Research Center*) aus dem Jahr 2016 das hohe Maß an Ablehnung gegenüber der LGBTI\* in der Öffentlichkeit offen: Die Ablehnung ist so groß, dass die Gruppe der LGBTI\* an zweiter Stelle hinter dem islamischen Staat (IS, 25,5 Prozent) genannt wurde und mit einer Ablehnung von 16,6 Prozent die „konventionellen“ Trägergruppen öffentlicher Ablehnung überrundete, wie etwa Kommunist:innen (11,8 Prozent) und Juden (fünf Prozent).<sup>1</sup> Wir erleben auch, dass Politiker:innen und konservative religiöse Gruppen mit ihren Forderungen nach einem härteren Strafrecht gegenüber LGBTI\*-Menschen in der Öffentlichkeit geradezu wetteifern.

1 Vgl. die Zusammenfassung der Meinungsforschungsstudie in: <https://databoks.katadata.co.id/datapublish/2016/12/27/smrc-isis-kelompok-yang-paling-tidak-disukai>. Vgl. ferner: Komnas HAM (2016). *Upaya Negara Menjamin Hak-Hak Kelompok Minoritas di Indonesia*; Sebuah Laporan Awal. Jakarta: Wahid Foundation, a National Survey Report, LGBTI people is the most disliked group above the communist, Jewish people, Christians, Shi'a followers, Wahhabi followers, Buddhists and Chinese Indonesian (siehe <https://drive.google.com/file/d/0B91i4HE8Ta2mZ21iRkp6MX-VIT3M/view>); Reuters (2018). *Most Indonesians feel 'threatened' by LGBT community*; survey. 25. Januar 2018. <https://www.reuters.com/article/us-indonesia-lgbt/most-indonesians-feel-threatened-by-lgbt-community-survey-idUSKBN1FE1KG>.

Bevor wir jedoch die explosiven Auswirkungen negativer Äußerungen von Amtsträger:innen über LGBTI\* näher in den Blick nehmen, ist es wichtig, den relevanten rechtlichen Rahmen zu kennen.

### Relevanter Rechtsrahmen

Das indonesische Strafrecht sieht keine Bestrafung einer Person wegen einer von der Bevölkerungsmehrheit abweichenden sexuellen Orientierung oder Genderidentität vor. Damit kann im indonesischen Rechtssystem – gemäß dem Strafgesetzbuch – eine Person nicht allein deswegen verurteilt werden, weil sie lesbisch, schwul, bisexuell oder transgender ist. Es gibt jedoch auch keine gesetzlichen Bestimmungen, die LGBTI\*-Rechte ausdrücklich anerkennen. Die indonesische Verfassung von 1945 besagt in Artikel 28I (2) jedoch, dass „jeder Mensch [...] das Recht [hat], frei zu sein von Diskriminierung auf welcher Grundlage auch immer, sowie Anspruch hat auf Schutz vor diskriminierender Behandlung“. Leider gibt es mit dem Gesetz über die Einwohnerverwaltung (UU Nr. 23/2006) einen Rechtsrahmen, der nur das binäre Geschlechtersystem, männlich und weiblich, anerkennt (Artikel 60 und 64). Zur Strafverfolgung von LGBTI\* werden daher häufig andere problematische Rechtsvorschriften herangezogen, beispielsweise das Pornographiegesetz (Gesetz Nr. 44/2008).<sup>2</sup> Anders ist die Rechtslage in der Provinz Aceh, der einzigen Provinz, die aufgrund des Sonderautonomiestatus neben des säkularen Rechts auch islamisches Recht anwenden darf. Das dortige Strafrechtssystem nach islamischem Recht (*Qanun Jinayat*) stellt seit 2014 einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen LGBTI\*-Personen ausdrücklich unter Strafe. Seit Anfang 2016, dem Beginn der Anti-LGBTI\*-Provokationen durch Amtsträger:innen, erleben wir jedoch, dass auch in anderen Gebieten Indonesiens auf Provinz- oder Distriktebene vermehrt Regelungen und Vorschriften in Kraft gesetzt werden, die – obgleich nicht im Einklang mit dem nationalen Rechtssystem – darauf abzielen, LGBTI\* zu kriminalisieren. Hinzu kommen Versuche, derartige Vorschriften auch im nationalen Strafgesetz zu verankern. Angemerkt sei hier, dass schon vor der Verabschiedung des *Qanun Jinayat* in Aceh einzelne Regionen Indonesiens regionale Vorschriften erlassen hatten, die die Bestrafung von LGBTI\* ermöglichten (UNDP & USAID, 2014, S. 25-26), und dass derartige Vorschriften den Rahmen der Dezentralisierungspolitik sprengen.<sup>3</sup>

2 Einige Fälle der Strafverfolgung von LGBTI\*-Personen auf Basis des Pornographiegesetzes sind aufgeführt im Bericht von Human Rights Watch (2008). *Scared in Public and Now No Privacy*; Human Rights and Public Health Impacts of Indonesia's Anti-LGBT Moral Panic. 1. Juli 2008. <https://www.hrw.org/report/2018/07/01/scared-public-and-now-no-privacy/human-rights-and-public-health-impacts>

3 Sechs Politikbereiche sind von der Dezentralisierung und Regionalautonomie ausgeschlossen: Außenpolitische Beziehungen, Verteidigung, Sicherheit, Religion, Justizsystem sowie Finanzen und Steuern.

## Massive Angriffe oder Verfolgung von LGBTI\* seit 2016

Am Anfang der Angriffe stand die Erklärung des damaligen Ministers für Forschung, Technologie und Hochschulbildung im Januar 2016, dass LGBTI\* nicht den indonesischen moralischen Werten entsprechen und ihnen daher ein Auftreten in Universitäten untersagt werde (The Jakarta Post, 2016). Derartige Angriffe von Amtsträger:innenn waren keineswegs neu, doch war die Anti-LGBTI\*-Stimmung bislang stets nach einiger Zeit wieder abgeebbt. Dieses Mal jedoch schlossen sich weitere Amtsträger:innen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens den Anti-LGBTI\*-Erklärung des Ministers an. Der damalige Verteidigungsminister stellte in einer ‚bombastischen‘ Erklärung fest, dass das LGBTI\*-Phänomen Teil eines Stellvertreterkrieges sei, der von anderen Ländern als ein moderner Krieg ohne die Entsendung von Truppen geführt werde, und dass die LGBTI\*-Ideologie an Gefährlichkeit Atombomben und Nuklearwaffen bei Weitem übersteige (Tempo.co, 2016). Zwischenzeitlich hatten auch einige Universitätsleitungen mehrfach damit gedroht, Studierende, die als LGBTI\* erkennbar seien, zu exmatrikulieren. Auch die indonesische Rundfunkkommission (*Komisi Penyiaran Indonesia*, KPI) – eine unabhängige staatliche Behörde – reagierte umgehend und verbot öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten die Ausstrahlung von Inhalten, die als eine Pro-LGBTI\*-Kampagne anzusehen seien (CNN Indonesia, 2016), während das Ministerium für Kommunikation und Informationstechnologie Hunderte von Websites sperrte, die als für LGBTI\* werbend eingeschätzt wurden (Kemkominfo, 2016). Die Liste hetzerischer Äußerungen ist noch sehr viel länger und keineswegs auf die oben genannten Beispiele begrenzt. LGBTI\* wurden hierbei als soziale Übel, Überträger:innen von HIV/AIDS oder sexuell abnorme Personen stigmatisiert, um ihre Wahrnehmung als nationale Bedrohung zu unterstreichen.

Aber die Angriffe auf LGBTI\*-Menschen blieben nicht auf Worte beschränkt. Die Äußerungen der Amtsträger:innen wurden zum Auslöser weitaus größerer Gefahren – und zwar mindestens in zweierlei Hinsicht:

Zum einen führten sie in verschiedenen Landesteilen zur Zunahme tätlicher Angriffe und direkter Bedrohungen von Menschen aus der Gruppe der LGBTI\*. In Yogyakarta (Zentraljava), das lange als Bastion von Pluralismus und Toleranz galt, griffen islamische Bürgerwehren einen der sicheren Häfen der Transfrauen-Community an: ein Transfrauen-*Pesantren* (islamisches Internat, in dem Transfrauen leben und ihren Glauben praktizieren und vertiefen konnten), das schließlich mitsamt den dort Wohnenden umziehen musste. Eine Studie dokumentierte Vorfälle im Folgejahr und stellte fest, dass allein in jenem Jahr 973 Menschen aus der LGBTI\*-Community aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität Opfer diskriminierender Praktiken und Gewalt wurden, wobei die Art der Angriffe von der Unterbindung sozialer Aktivitäten bis hin zu Mord reichten (LBH Masyarakat, 2018, S. 7-9). Die größte Gruppe unter den Opfern stellten hierbei Transfrauen (715 Personen) – auf Indonesisch oftmals mit dem Akronym *waria* (*wanita-pria*, „Frau-Mann“) bezeichnet –, weil sie die sichtbarste LGBTI\*-Gruppe sind; nachdem die patriarchalischen

Strukturen in der Gesellschaft, in der sie leben, immer noch dominieren, werden Männer mit femininer Identität als minderwertig angesehen, da sie sich den Frauen, der Nummer zwei aus Sicht der patriarchalischen Gesellschaft, angleichen.



© Andreas Harsono

Der brutalste Angriff fand in der Region Indonesiens statt, in der die LGBTI\*-Community am stärksten gefährdet ist, nämlich in Aceh. Im Januar 2018 leitete der Polizeichef von Nordaceh in der Stadt Lhoksukon persönlich eine Operation zur Festnahme von Personen, die sich in fünf Schönheitssalons aufhielten, einem der wenigen Orte, an dem Transfrauen „von der Gesellschaft geduldet“ einer Arbeit nachgehen können. Insgesamt zwölf als Transfrauen angesehene Personen wurden in das Hauptquartier der Polizeiwache von Nordaceh gebracht, wo sie stundenlang zu „echten Männern“ um-„trainiert“ wurden. Alle zwölf Personen wurden einer inhumanen Behandlung unterworfen, die in die Kategorie der Folter fallen könnte, da sie ihre Oberbekleidung ausziehen mussten, ihnen die Haare bis zur Glatze geschert wurden und sie zu körperlichen Übungen aus dem Trainingsprogramm von Soldat:innen gezwungen wurden. Fast alle von ihnen wurden geschlagen oder getreten, eines der Opfer wurde von einem Polizisten mit vorgehaltener Waffe bedroht, wobei der Polizist schließlich neben dem Ohr des Opfers einen Schuss auslöste. Nach den erfahrenen Gewalttaten kamen sie in Zellen, wo sie zum Schlafen nur den nackten Boden hatten. Erst mittags am Folgetag wurden sie von der Polizei freigelassen, nachdem sie einen Vortrag eines islamischen Geistlichen über sich hatten ergehen lassen müssen, der ihnen sagte, dass die Tötung von LGBTI\*-Menschen erlaubt sei, da diese schlimmer seien als Ungläubige (Amnesty International, 2018). Dieser Angriff in Aceh auf die zwölf Transgender-Frauen geriet schnell in die Berichterstattung nationaler und internationaler Medien. Das nationale Polizeihauptquartier reagierte umgehend auf die von der Polizei in Nordaceh verübten Übergriffe: Einige der Polizisten wurden mit internen Disziplinarstrafen belegt, während der Leiter des Polizeiressorts lediglich versetzt wurde. Zwei Jahre später wurde er zum Polizeichef von Merauke in Papua ernannt, wo er innerhalb kurzer Zeit viele politische papuanische



© Andreas Harsono

Aktivist:innen festnehmen und inhaftieren ließ (siehe The Guardian, 2021).

Für die Transfrauen-Community in Aceh waren die Auswirkungen des Vorfalles desaströs. In mehreren Bezirken Acehs mussten fast alle Schönheitssalons, die von Transfrauen betrieben werden, monatelang schließen, während diejenigen, die geöffnet bleiben konnten, von den lokalen Behörden, insbesondere der Scharia-Polizei oder der Stadtpolizei (*satpol PP*), genau ins Auge gefasst wurden. Es kam laufend zu Einschüchterungen der Besitzer:innen und Angestellten, sowohl durch verbale Belästigungen als auch durch Verwaltungsmaßnahmen wie die Infragestellung ihrer Gewerbeerlaubnis.

Zum anderen griffen konservative Gruppen und Politiker:innen die oben beschriebenen Hassreden von Amtsträger:innen gegen die LGTBI\*-Community auf, um die Rechtslage in Indonesien zu verändern. So reichte im Jahr 2017 eine Gruppe von Einzelpersonen – darunter auch Hochschullehrer:innen – im Namen der *Aliansi Cinta Keluarga* („Allianz für Familienliebe“, AILA) beim Verfassungsgericht einen Antrag auf gerichtliche Überprüfung des Gesetzes über das Strafgesetzbuch ein. Ihr Ziel bestand darin, dass die Straftat des Ehebruchs (ein Antragsdelikt) näher spezifiziert werden solle, nämlich als außereheliche einvernehmliche sexuelle Handlungen sowohl heterosexueller als auch homosexueller Art, bei der mindestens einer der Partner:in ehelich gebunden ist. Die Richter:innen des Verfassungsgerichtshofs lehnten die gerichtliche Überprüfung mit hauchdünner Mehrheit (5:4) ab, wobei sie keine Menschenrechtsargumente, sondern lediglich einen verfahrensrechtlichen Grund anführten, dass nämlich das Gericht keine neuen Rechtsnormen festlegen könne, sondern dass dies Aufgabe des Parlaments sei (BBC Indonesia, 2017).

Umgehend brachten Parlamentarier:innen Vorschläge für neue Strafrechtsparagrafen ein, die einvernehmliche sexuelle Aktivitäten zwischen LGTBI\* kriminalisierten oder auf diskriminierende Weise Straftaten aus den Bereichen Pädophilie, Pornographie etc. mit der LGTBI\*-Minorität in Verbindung brachten (CNN Indonesia, 2019). Auf Druck zivilgesellschaftlicher Gruppen sowie auch internationaler Verbände, die mit ihrer Lobbyarbeit einflussreiche Staaten zu einem Agieren hinter den Kulissen bewegen konnten, gelang es, diese „LGBTI\*-Kriminalisierungsparagrafen“ im neuen Ent-

wurf des Strafgesetzbuchs zu verhindern.<sup>4</sup> Auf Provinz- wie auch Distriktebene hingegen wurden unter Berufung auf Dezentralisierung und Regionalautonomie seit den stigmatisierenden Angriffen Anfang 2016 über 40 Regionalverordnungen erlassen, die LGTBI\* und auch Frauen diskriminieren (KBR, 2017).

### Nicht alles ist negativ – es gibt einzelne Fortschritte

Die Streichung der expliziten „LGBTI\*-Kriminalisierungsparagrafen“ aus dem Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs war nicht die einzige positive Entwicklung bezogen auf die vulnerable Minorität. In der Provinz Nusa Tenggara Timur (NTT), in der die Mehrheit der Einwohner:innen katholische Christ:innen sind, wurde eine Transfrau nach einem Auswahlprozess als Staatsbeamtin vereidigt (BBC, 2020). In der Provinz Yogyakarta wiederum hat am „Amtsgericht“ (*Pengadilan Negeri*, Gericht der 1. Instanz) von Wates ein Richter dem Antrag eines Transmannes auf Änderung des Geschlechtseintrages stattgegeben. Ein gerichtlicher Beschluss über die Änderung des Geschlechtseintrags ist eigentlich nichts Neues im indonesischen Rechtssystem; bedeutsam an diesem Amtsgerichtsbeschluss ist, dass hier erstmalig auf ein Menschenrechtsargument zurückgegriffen wurde, indem in der Begründung auf ein nicht-bindendes internationales Menschenrechtsinstrument verwiesen wird, und zwar auf die Yogyakarta-Prinzipien von 2017<sup>5</sup> – ein Menschenrechtsinstrument, in dem die LGTBI\*-Rechte ausgearbeitet sind und das insofern einzigartig ist, als es durch den Konsens internationaler Menschenrechtsexpert:innen zustande gekommen war.<sup>6</sup> Es ist bedauerlich, dass das indonesische Rechtssystem gerichtliche Entscheidungen kaum als Rechtsquelle anerkennt; trotzdem könnte dieser Beschluss auch anderen Richter:innen als Referenz dienen.

### Schlussbemerkung zur Lage seit der Corona-Pandemie

Die Rechtslage für LGTBI\*-Menschen in Indonesien ist nach wie vor fragil. Auch ist das Thema LGTBI\* weiterhin ein beliebtes Instrument im Werkzeugkasten von Politiker:innen, um auf Stimmenfang zu gehen und ihre individuellen Interessen zu verfolgen. Gewaltausbrüche und Verfolgungen, wie sie auf die Ereignisse von Anfang 2016 folgten, sind weiterhin möglich. Eine aktuelle Studie einer führenden indonesischen LGTBI\*-Organisation beschreibt die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf LGTBI\*-Menschen und die Verschärfung der Vul-

4 Eine relativ aktuelle Fassung des „Gesetzesentwurfs über ein neues Strafgesetzbuch“ ist abrufbar unter: <http://reformasikuhp.org/data/wp-content/uploads/2015/02/RKUHP-FULLL.pdf>. Tempo.co, Ketua DPR Sebut Eropa Minta Larangan LGBT di RKUHP Dicabut, 20.9.2019. <https://nasional.tempo.co/read/1250334/ketua-dpr-sebut-eropa-minta-larangan-lgbt-di-rkuhp-dicabut>. Journalistische Berichterstattung über neuerliche Veränderungen des im Sept. 2021 immer noch nicht in der parlamentarischen Beratung befindlichen Entwurfs sind zu finden unter: <https://news.detik.com/berita/d-5595827/12-poin-draf-ruu-kuhp-yang-tengah-disosialisasikan?single=1>; <https://www.tribunnews.com/nasional/2021/06/15/lengkap-14-isu-kontroversi-dalam-rkuhp-yang-telah-diperbarui-oleh-tim-ahli-pemerintah?page=4>.

5 Das Menschenrechtsinstrument der Yogyakarta-Prinzipien ist zu finden unter: <https://yogyakartaprinciples.org/>.

6 Der Beschluss des Gerichts PN Wates ist abrufbar unter: <https://putusan3.mahkamahagung.go.id/direktori/putusan/zaeb8bb719fdac66a154313630363439.html>.

nerabilität dieser Gruppe. Dies umfasst beispielsweise Schwierigkeiten beim Zugang zu Sozialhilfe und Impfprogrammen aufgrund fehlender Ausweispapiere oder auch der häufigere Verlust des Arbeitsplatzes infolge verbreiteter Diskriminierung in der Arbeitswelt (Konsortium CRM & Kurawal Foundation, 2021).



© Andreas Harsono

**Papang Hidayat** arbeitet derzeit als unabhängiger Berater; während seiner Tätigkeit für KontraS (Kommission für Verschwundene und Opfer von Gewalt) und Amnesty International engagierte er sich in der Lobbyarbeit und bei Kampagnen für LGBTI\*-Rechte.



Amnesty International (2018, 14. Februar). Indonesia: Police must protect -not attack- transgender women living under threat in Aceh. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/02/indonesia-police-must-protect-not-attack-transgender-women-living-under-threat-in-aceh/>

BBC (2017, 17. Mai). Indonesia's Aceh: Two gay men sentenced to 85 lashes. <https://www.bbc.com/news/world-asia-39945651>

BBC Indonesia (2017, 14. Dezember). MK tolak kriminalisasi LGBT dan hubungan di luar nikah. <https://www.bbc.com/indonesia/indonesia-42348089>

BBC Indonesia (2020, 3. August). Kisah waria menjadi pejabat publik, 'dulu berjubah biarawan sekarang berdaster'. <https://www.bbc.com/indonesia/indonesia-53565485>

CNN Indonesia (2016, 14. Februar) KPI Larang TV dan Radio Kampanyekan LGBT. <https://www.cnnindonesia.com/teknologi/20160213123910-213-110694/kpi-larang-tv-dan-radio-kampanyekan-lgbt/>

CNN Indonesia (2019, 19. September). RKUHP Dinilai Akan Perparah Diskriminasi terhadap LGBT. <https://www.cnnindonesia.com/nasional/20190918210559-12-431758/rkuhp-dinilai-akan-perparah-diskriminasi-terhadap-lgbt>

Human Rights Watch (2017, 9. Mai). Indonesia Sends Jakarta Governor to Prison for Blasphemy; Discriminatory Laws Put Religious Minorities at Risk. <https://www.hrw.org/news/2017/05/09/indonesia-sends-jakarta-governor-prison-blasphemy>

KBR (2017, 12. Januar). Peneliti Temukan 2016 Terbit 40 Perda Langgar Hak Perempuan dan LGBTIQ. <https://kbr.id/nasional/01-2017/peneliti-temukan-2016-terbit-40-perda-langgar-hak-perempuan-dan-lgbtiq/88116.html>

Kemkominfo (2016, 17. Februar). Kemkominfo Blokir 477 Situs Radikalisme, Pornografi, dan LGB. [https://kominfo.go.id/content/detail/6832/kemkominfo-blokir-477-situs-radikalisme-pornografi-dan-lgbt/0/sorotan\\_media](https://kominfo.go.id/content/detail/6832/kemkominfo-blokir-477-situs-radikalisme-pornografi-dan-lgbt/0/sorotan_media)

Konsortium Crisis Response Mechanism (CRM) & Kurawal Foundation (2021, März). Kelompok Keragaman Seksual dan Gender di Tengah Pusaran Pandemi: Antara Kerentanan dan Resiliensi: Studi Dampak COVID-19 terhadap Situasi Sosial, Ekonomi, dan Hukum Kelompok Keragaman Seksual dan Gender di Indonesia. [https://lbhmasarakat.org/wp-content/uploads/2021/04/Buku\\_Dampak-COVID-19-terhadap-Situasi-Sosial-Ekonomi-dan-Hukum-Komunitas-LGBTIQ-di-Indonesia-1-1.pdf](https://lbhmasarakat.org/wp-content/uploads/2021/04/Buku_Dampak-COVID-19-terhadap-Situasi-Sosial-Ekonomi-dan-Hukum-Komunitas-LGBTIQ-di-Indonesia-1-1.pdf)

LBH Masyarakat (2018, Mai). Bahaya Akut Persekusi LGBT, S. 7-9. <https://lbhmasarakat.org/wp-content/uploads/2018/05/Seri-Monitor-dan-Dokumentasi-Bahaya-Akut-Persekusi-LGBT.pdf>

Tempo.co (2016, 23. Juni). Minister: LGBT Movement More Dangerous than Nuclear Warfare. <https://en.tempo.co/read/747534/minister-lgbt-movement-more-dangerous-than-nuclear-warfare>

The Guardian (2021, 2. August). Australia trained Indonesian police officer accused of West Papua violence. <https://www.theguardian.com/world/2021/aug/03/australia-trained-indonesian-police-officer-accused-of-west-papua-violence>

The Jakarta Post (2016, 25. Januar). LGBT not welcome at university: Minister. <https://www.thejakartapost.com/news/2016/01/25/lgbt-not-welcome-university-minister.html>

The Straits Times (2016, 14. April). Women, 60, caned for selling alcohol in Aceh. <https://www.straitstimes.com/asia/se-asia/woman-60-caned-for-selling-alcohol-in-aceh>

UNDP & USAID (2014, Oktober). Hidup Sebagai LGBT di Asia: Laporan LGBT Nasional Indonesia, S. 25-26. [https://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/2496/Being\\_LGBT\\_in\\_Asia\\_Indonesia\\_Country\\_Report\\_Bahasa\\_language.pdf](https://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/2496/Being_LGBT_in_Asia_Indonesia_Country_Report_Bahasa_language.pdf)



## Die Emanzipation der Frauen und der Maunbootizmu

von Berta Antonieta Tilman Pereira



© ACbit/Mauela Leong Pereira

*Der Begriff des Maunbootizmu<sup>1</sup> steht für eine Reihe ungeschriebener hierarchischer Regeln in Timor-Leste, die nach der Unabhängigkeit entstanden sind. Sie schreiben älteren, männlichen Befreiungskämpfern – insbesondere jenen, die die Härten der Besatzung überlebt und den Kampf um die Unabhängigkeit gewonnen haben – eine zentrale Rolle zu. Auf traditionelle und koloniale Konzepte fußend, reproduziert er eine Kultur der Unterordnung, der Abhängigkeit, des Gehorsams und der Passivität, die vor allem junge Menschen und Frauen hemmt.*

### Geschichte und Kontext

Timor-Leste erlangte vor fast zwei Jahrzehnten seine Unabhängigkeit. Am 20. Mai 2002 wurde die Demokratische Republik Osttimor in ihre Freiheit entlassen – die ihr 1975 verweigert worden war, als Indonesien nach dem Abzug der portugiesischen Kolonialmacht die Macht übernahm. Dieses Land, das im 21. Jahrhundert geboren wurde, aus dem Nichts zu einer Nation aufzubauen, kostete viel Arbeit und Engagement. Im Zeitalter der Moderne musste Timor-Leste seine nationale Identität bestimmen und gleichzeitig seine kulturellen Werte und Bräuche schützen. Dies berührt auch die Frage der zukünftigen Rolle von Frauen in Staat und Gesellschaft. Während der indonesischen Besatzung (1975-1999) haben die osttimoresischen Frauen brutale Militäreinsätze erlebt. Sie erlitten sexualisierte Gewalt und Folter. Viele von ihnen haben sich mutig und aus freien Stücken für den Traum der nationalen Befreiung geopfert. Die nationale Befreiung führte allerdings nicht automatisch auch zur Befreiung der Frauen.

In der Übergangsperiode zwischen 1999 und 2002, vor der ersten verfassungsgemäßen Regierung, stand das Land unter der Verwaltung der Vereinten Nationen.<sup>2</sup> Hinsichtlich der Frauen und der Beziehungen zwischen den Geschlechtern hat sich die Übergangsregierung (*United Nations Transitional Administration in East Timor*, UNTAET)

damals hauptsächlich auf *Gender Mainstreaming*<sup>3</sup> als Strategie zur Verbesserung der Lage der Frauen konzentriert. Frauen sollten in die Bereiche der Förderung nachhaltiger Entwicklung, des Friedens, der Sicherheit, der Verwaltung und der Menschenrechte mit einbezogen werden. Gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft führte die UNTAET mehrere Ausbildungs- und Hilfsprojekte durch und stützte sich auf Geschlechteranalysen, um die Beteiligung von Frauen zu gewährleisten. Und tatsächlich wurde Timor-Leste zu einem Land mit einem der weltweit höchsten Frauenanteile im Parlament. Allerdings konnte *Gender Mainstreaming* auf dieser Ebene das tief verwurzelte patriarchalische Establishment nicht ernsthaft infrage stellen. Die ausschließliche Fokussierung auf die Verbesserung der politischen Teilhabe und Frauen in Führung zu bringen, hat sich nicht als Lösung zum Rückbau des Patriarchats erwiesen. Zu verwurzelt ist es in den kulturellen Normen und Bräuchen. Heute schenkt die Regierung weitergehenden Maßnahmen, die für das Wohlergehen von Frauen von großer Bedeutung sind, immer noch zu wenig Aufmerksamkeit. Sie konzentriert sich in erster Linie auf die Entwicklung

1 Wörtlich: großer Bruder.

2 <https://peacekeeping.un.org/en/mission/past/etimor/UntaetB.htm>

3 „*Gender Mainstreaming* bedeutet, dass die Politik, dass aber auch Organisationen und Institutionen jegliche Maßnahmen, die sie ergreifen möchten, hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und von Männern untersuchen und bewerten sowie gegebenenfalls Maßnahmen zur Gleichstellung ergreifen. Das heißt, in allen Phasen der Planung, Durchführung und Auswertung von Maßnahmen müssen die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern und die Auswirkungen auf beide Geschlechter berücksichtigt werden.“, zit. nach <https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/gender-mainstreaming/>.

der Infrastruktur und vernachlässigt politische Reformen in so wichtigen Bereichen wie Ausbildung, Gesundheit, Trinkwasser und Hygiene.

Nach der Unabhängigkeit schlugen einige Intellektuelle vor, über die Rückkehr zu präkolonialen und vor der indonesischen Besatzung existierenden kulturellen Wurzeln eine echte timoresische Identität zu schaffen. Laut ihnen besteht der einzige Weg zu einer einheitlichen nationalen Identität darin, zu historischen Traditionen zurückzukehren. Die Bräuche und Traditionen, auf die sie sich beziehen, wurzeln allerdings im feudalen Zeitalter. Die enthaltenen Ideen und Glaubenssätze prägen die Stellung der Frauen in der osttimoresischen Gesellschaft bis heute und führen zu ihrer Entrechtung und Einstufung als Bürgerinnen zweiter Klasse.



FALINTIL-Kämpferin in TNI-Kleidung. © Jörg Meier

### **Maunbootizmu – die hartnäckige Dominanz männlicher Freiheitskämpfer in Timor-Leste**

Der Begriff des *Maunbootizmu* steht für eine Reihe ungeschriebener hierarchischer Regeln, die nach der Unabhängigkeit entstanden sind. Sie schreiben älteren, männlichen Nationalbefreiungskämpfern – insbesondere jenen, die die Härten der Besatzung überlebt und den Kampf um die Unabhängigkeit gewonnen haben, darunter die Generation 1975 – eine zentrale Rolle zu. Der *Maunbootizmu* ermöglicht es älteren Männern zu führen, Entscheidungen zu treffen und die Entscheidungsfindung zu beeinflussen. Außerdem reproduziert er eine Kultur der Unterordnung, der Abhängigkeit, des Gehorsams und der Passivität.

Ähnlich wie in anderen ehemaligen Kolonien hat auch in Timor-Leste das Narrativ des ruhmreichen männlichen

Helden Fuß gefasst. Allerdings konnten insbesondere die älteren männlichen Befreier ihre politische Macht nur aufgrund eines – auch kolonialen – patriarchalen Erbes erlangen. Gleichzeitig waren ihre Opfer und ihr Leiden während der indonesischen Besatzung ein wichtiger Grund für ihren Machtgewinn.

Dass ältere Männer bevorzugt werden, ist nicht nur in formalen Systemen wie dem Staat oder der Kirche anzutreffen, sondern reicht bis in die kleinsten gesellschaftlichen Nischen. In der Regel werden ältere Männer für geeigneter gehalten, innerhalb von Familien oder Dörfern Konflikte zu lösen. Diese Männer können Onkel<sup>4</sup> oder *lian nain* (wörtlich: Hüter des Wortes) sein – Personen, die von der Gemeinschaft übereinstimmend dazu ausgewählt wurden, als Problemlöser zu agieren. Die Hauptrolle für das Überleben dieser Form traditioneller Hierarchie spielt ein Glaubenssystem namens *Lulik* (Trindade, 2011), dem sich die meisten Osttimores:innen stark verbunden oder verpflichtet fühlen. *Lulik* besteht aus ungeschriebenen Regeln, Bräuchen und Werten. Im Gegensatz zum herkömmlichen Recht ist es ein spirituelles Glaubenssystem, das über bloße Regeln hinaus als unsichtbarer Regulierungsrahmen dient. *Lulik* prägt soziale Hierarchien, innerhalb derer meist ein älterer Mann zum Herrscher über die Familie oder Gemeinschaft bestimmt wird. In diesem System haben die *lian nain* die Macht, traditionelles Wissen über die Beziehung zwischen Mensch, Natur und Ahnen weiterzugeben. Allgemein ermöglicht dieses System älteren Männern in der Gemeinschaft eine absolute Führungsrolle, die überdies nicht angezweifelt werden darf. Ihre Position zu hinterfragen, wird als Angriff auf die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung betrachtet, der die Harmonie und Balance der Gesellschaft stören und z.B. einen Fluch nach sich ziehen könnte, der nachfolgenden Generationen schadet (Trindade, 2011). Dieses System von Ansichten und kulturellen Bräuchen hindert die Menschen daran, Fragen zu stellen oder zu argumentieren – nicht zuletzt aus Angst vor den Folgen, die dies nach sich ziehen könnte. *Lulik* gilt als das System, das alles zusammenhält und eine Struktur bietet, die nicht von freier Wahl oder Eignung, sondern von Alter und Geschlecht bestimmt ist. Die damit verbundene Hierarchie führt zu einer Haltung, die es jungen Menschen und Frauen nicht erlaubt, Verantwortung zu übernehmen – selbst wenn sie genug Wissen, Intelligenz und Erfahrung mitbringen.

Ein weiterer entscheidender Faktor, der einen Aufstieg von Frauen und jungen Menschen verhindert, ist, dass jene, insbesondere Männer, die die Härten der Besatzung überlebt und den Kampf um die Unabhängigkeit gewonnen haben – allen voran die erste, sogenannte „1975-Generation“ – andere Menschen ohne diese Erfahrung für weniger qualifiziert, verdienstvoll oder fähig halten wie sich selbst. Immerhin hat die „Widerstandsgeneration“ für das Recht gekämpft, sich selbst zu regieren – und nicht dafür, dass sie von anderen regiert werden, auch nicht von anderen Osttimores:innen.

4 „Onkel“ bezeichnet hier nicht nur männliche Geschwister eines Elternteils, sondern auch Männer, die in der Großfamilie oder kommunalen Gemeinschaft eine ähnliche Generationenstellung einnehmen.

Alles in allem fördert die Dominanz des *Maunbootizmu* eine Kultur der Unterwerfung und Unterordnung – eine Kultur der Minderwertigkeit gegenüber einer Autorität. Im aktuellen politischen Diskurs werden die Fähigkeiten der jüngeren Generation betont, die Nation voranzubringen. Wie aber sollen sich junge Menschen politisch beteiligen können, wenn sie häufig immer noch in einer Kultur der Unterordnung leben? (Brinke, 2018). So werden insbesondere die politischen Ambitionen junger Frauen doppelt behindert: aufgrund ihres Geschlechts und ihres Alters.



© ACbit/Mauela Leong Pereira

### Die Doppelte Ausbeutung von Frauen im Zeitalter des *Maunbootizmu*

Osttimoresische Frauen werden durch traditionelle Bräuche zurückgehalten, die ihnen, wenn sie Entscheidungen treffen wollen, mit Ächtung drohen. Wie unsere Nationalheldin Rosa „Muki“ Bonaparte<sup>5</sup> in ihrem berühmten Manifest von 1975 schrieb:

„Das Hauptziel der Frauen, die an der Revolution teilnehmen, ist streng genommen nicht die Emanzipation von Frauen als Frauen, sondern der Triumph der Revolution und damit die Befreiung der Frauen als soziale Wesen, die einer doppelten Ausbeutung unterworfen sind: sowohl durch traditionelle als auch durch koloniale Ansichten.“

Während der indonesischen Besatzung sorgten Frauen unter enormen persönlichen Risiken für Ernährung der in den Bergen versteckten Widerstandskämpfer:innen. Beim langen Kampf um die nationale Unabhängigkeit haben Frauen großen Mut bewiesen. Sie waren stark, und ihr Beitrag war willkommen. Ohne die revolutionären Taten osttimoresischer Frauen während des Unabhängigkeitskampfes hätte das Ergebnis sehr anders ausfallen können. Obwohl Frauen heute genauso stark sind wie damals, müssen sie immer noch um ihre politische und wirtschaftliche Befreiung kämpfen – und gegen jene patriarchal, kolonial und durch Traditionen geprägten Kräfteverhältnisse, die sie ständig entrechten.

5 Rosa „Muki“ Bonaparte war Frauenrechtsaktivistin, Mitglied des FRETILIN-Nationalkomitees und Generalsekretärin der *East Timor Popular Women's Organization (Organizasaun Popular da Mulher de Timor)*. Am 8. Dezember 1975, einen Tag nach der indonesischen Invasion, wurde sie am Hafen von Dili zum letzten Mal lebend gesehen.

Nicht nur werden osttimoresische Frauen – von den meist männlichen Verfechtern der Rückkehr zu vorkolonialen, traditionellen gesellschaftlichen und kulturellen Ordnung – vom politischen Diskurs ferngehalten. Darüber hinaus befinden sie sich zudem auf gesellschaftlicher Ebene auf der niedrigsten Hierarchiestufe innerhalb traditioneller timoresischer Gemeinschaften. Auch diese Art der Diskriminierung ist sowohl in traditionelle als auch in koloniale Rechts- und Glaubenssysteme verankert.

Frauen stehen in ihren eigenen Familien und Gemeinschaften am Rand und sind häufig Opfer doppelter Ausbeutung. In der Minute, in der ein Mädchen geboren wird, wird es in ihrer eigenen Familie bereits als Außenseiterin betrachtet, da die meisten Frauen traditionell zu der Familie gehören sollen, in die sie einheiraten – und zu ihrem zukünftigen Ehemann –, was in Tetum als *kaben sai* bezeichnet wird. Die Frau wird als Mittel betrachtet, um die Blutlinie ihres Mannes fortzuführen. Sie ändert ihre Clanzugehörigkeit hin zu der ihres Ehemanns und gehört zum *uma lulik* oder heiligen Generationshaus ihres Mannes. Unabhängig davon, ob sie verheiratet ist oder nicht, wird sie nie Land besitzen dürfen und im Falle der Heirat muss sie ihre Familie verlassen, um mit der ihres Mannes zu leben. Nach der Heirat wird sie dann von ihrer neuen Familie als *feto foun* oder „neue Frau“ betrachtet, und es wird von ihr erwartet, dass sie sämtliche Hausarbeiten erledigt.

Ebenso wie der *Maunbootizmu* wird auch diese Sitte der traditionellen Heirat als Ausdruck des Nationalstolzes betrachtet.

### Transaktionale wirtschaftliche Heirat

Auch das *Barlaki*, ein weiteres traditionelles Heiratssystem, verdeutlicht die Unterwerfung der Frauen durch die Männer. *Barlaki* ist ein wirtschaftlicher Akt, bei dem Waren ausgetauscht werden, um zwei Familien miteinander zu vereinen. Sie ist insofern durch den *Maunbootizmu* beeinflusst, als dass die „Onkel“ (*maunboots*) der beiden Familien gemeinsam über den Tausch von Kühen aus der Familie des Mannes gegen die Frau zusammen mit Schweinen und *Tais*<sup>6</sup> entscheiden. Die Frau ist verpflichtet, Nachkommen zu gebären, um die Familie des Mannes fortzuführen. Bekommt sie keine Kinder, sinkt ihr Wert als Frau, und der Mann fühlt sich ermutigt, eine andere Frau zu heiraten. Durch das System des Warenaustauschs im Rahmen einer Heirat werden Frauen so weit zu Objekten und Waren gemacht, dass sie mit Kühen und Schweinen gleichgesetzt werden. Außerdem wird *Barlaki* von manchen Männern als Legitimation häuslicher Gewalt fehlinterpretiert; weil sie für die Ehefrau ein Vermögen ausgegeben haben, leiten sie einen Eigentumsanspruch ab, den sie sich gegebenenfalls im Recht sehen durchzusetzen. Da sich *Barlaki* mit der patriarchalen Tradition der kolonialen Kommodifizierung von Frauen überschneidet, konnte dieses System hundert Jahre Kolonialismus und diverse repressive Regime überleben.

6 *Tais* (Tetum; Fataluku: *Lau*) sind traditionelle Webtücher, die von den Frauen in Timor-Leste hergestellt werden. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil des kulturellen Erbes des Landes und werden als zeremonieller Schmuck, als Zeichen des Respekts und der Wertschätzung gegenüber Gästen, Freund:innen und Verwandten, als Wohndekoration und als persönliche Kleidung verwendet.

Während des Übergangs von der Gemeinschaftsproduktion zur familieneigenen Landwirtschaft und Pflanzung durch Landeigentümer, die von der portugiesischen Kolonialmacht eingeführt wurden, hat sich der Status der Frauen geändert: Sie wurden als Mittel zur Geburt von Plantagenarbeiter:innen betrachtet und mussten gleichzeitig in der Küche arbeiten, für Kinder sorgen, Wasser holen, Feuerholz sammeln und auf den Feldern arbeiten. Darauf folgte dann die Arbeitsteilung, in deren Rahmen von Frauen erwartet wurde, zu Hause zu arbeiten und Kinder zu gebären, während die Männer auf der Plantage arbeiteten, um die Abgaben an die Kolonialherren bezahlen zu können.

### Die Emanzipation der Frauen im Zeitalter des *Maunbootizmu*

Die Emanzipation der Frauen spielte erst dann eine Rolle, als 1975 die *Organisação Popular Mulheres Timorenses* (OPMT) gegründet wurde. Durch die OPMT wurde die verbreitete Ansicht infrage gestellt, Frauen seien verletzlich und den Männern untergeordnet. Zeitgleich mit dem Beginn ihrer Alphabetisierungskampagne namens *Alfabetisação* verfolgte die Organisation das Ziel, alle Menschen aus der hemmenden traditionellen Mentalität zu befreien und Frauen die umfassende Emanzipation zu ermöglichen. Die Bewegung fand allerdings mit der brutalen indonesischen Besatzung ein jähes Ende. Rosa „Muki“ Bonaparte und ihre Freund:innen und Mitstreiter:innen wurden im Dezember 1975 getötet, und die Emanzipation der Frau wurde im darauffolgenden Unabhängigkeitskampf vernachlässigt.

Nach 24 Jahren brutaler Besatzung beeinflussten die in der Interimsregierungszeit tätigen internationalen Organisationen die Frauenorganisationen in Osttimor insofern, als die Idee einer 30-prozentigen parlamentarischen Frauenquote aufkam. Auch wenn diese Quote nie gesetzlich verankert wurde, geriet damit die Idee der Geschlechtergleichheit in den Vordergrund – statt die der Emanzipation der Frauen, für die die OPMT 1975 gekämpft hatte.

Während auf höherer politischer Ebene und beim Aufbau der Verfassung der Diskurs über weibliche Führungspositionen im Vordergrund stand, hat das Ausbildungssystem den Status quo hinsichtlich der gesellschaftlichen Stellung von Frauen nicht infrage gestellt. Mit denselben Lehrplänen wie vor der Unabhängigkeit lernen junge Menschen nach wie vor traditionelle Konzepte der Geschlechterbeziehungen und der gesellschaftlichen Ordnung. Diese lassen Emanzipation und das Hinterfragen tradiert Rollen zuweisungen keinen Raum. Gleichzeitig tauchten erneut katholische Missionar:innen auf und predigten, Frauen müssten gute Christinnen und Dienerinnen der Kirche sein.

Nach der Unabhängigkeit übten im Wesentlichen drei im *Maunbootizmu* verankerte Faktoren einen großen Einfluss auf Frauen aus: 1. die politische Agenda internationaler Organisationen, Frauen zu ermächtigen und in leitende Positionen zu bringen; 2. die Orientierung an überkommenen Lehrplänen, die tief in der kolonialen Tradition christlicher Werte – wie der Pflicht, eine gute Ehefrau zu sein – verankert sind und gleichzeitig Schüler:innen dazu erzieht, Teil des Systems und gute Arbeiter:innen zu werden und 3. das *Barlaki*-Heiratssystem, das immer



© ACbit/Mauela Leong Pereira

noch weithin üblich ist und als wichtiger Teil der nationalen Identität propagiert wird.

Diese drei Komponenten betreffen Frauen – abhängig davon, wo und wie sie leben – auf unterschiedliche Weise. Obwohl internationale Organisationen zur Entwicklung eines Diskurses beigetragen haben, laut dessen Frauen und Männer gleiche Rechte – wie Wahlrecht, gleichen Zugang zu Beschäftigung und gleiche Bezahlung – haben sollen, wurden die traditionellen Regeln und Glaubenssätze auf diese Weise nicht wirklich hinterfragt. Letztlich konnten sich die Frauen dadurch auch nicht vom *Maunbootizmu* und dem *Barlaki*-Heiratssystem befreien.

Außerdem bringt eine Gleichheit im Sinne gleichen Zugangs zu bezahlter Beschäftigung Frauen in die Gefahr der doppelten Ausbeutung: Während nun beispielsweise manche Frauen aufgrund ihrer Ausbildung einen Arbeitsplatz bekommen können, der ihnen vorher verweigert wurde, bringt ihnen dies noch keine Emanzipation oder echte Unabhängigkeit: Mittelschichtsfrauen, die Geld verdienen, tragen immer noch die doppelte Last der Haus- und der Lohnarbeit – oder sie geben ihre Diskriminierung weiter, indem sie junge weibliche Haushalts hilfen aus dem Dorf anstellen.

Bessere finanzielle und wirtschaftliche Möglichkeiten allein bringen die Frauen noch nicht dazu, sich zu organisieren und an einer Bewegung zu beteiligen, die das Erbe der OPMT weiterführt.

### Schlussfolgerung

Wir sollten uns um eine Gesellschaft bemühen, in der Frauen nicht als Tauschobjekte für Waren betrachtet werden – um eine Gesellschaft, in der sich die Frauen ihrer Unterdrückung bewusst sind und sich zusammenschließen, um diese zu beenden. Dabei sollten wir nicht erwarten, dass diese Veränderungen aus der *Maunbootizmu*-Hierarchie hervorgehen. Traditionelle Ausbildungssysteme, die nur darauf ausgerichtet sind, qualifizierte Arbeitnehmer:innen zu schaffen und es den Frauen zu ermöglichen, die „gläserne Decke“ zu durchbrechen, werden die Mentalität des *Maunbootizmu* nicht verändern. Nur wir Frauen selbst können etwas ändern. Der Kampf um Emanzipation besteht nicht darin, dass ein paar erfolgreiche Frauen Karriere machen, sondern



© Argelio Bernardino Vilela (Mua-malay Z-Ray)

darin, dass unsere Gesellschaft auf die Bräuche und Systeme aufmerksam wird, die wir geschaffen und die wir seit Jahrhunderten am Leben erhalten. Wollen wir damit weitermachen, oder wird es Zeit für Veränderungen, um eine neue Gesellschaft aufzubauen?

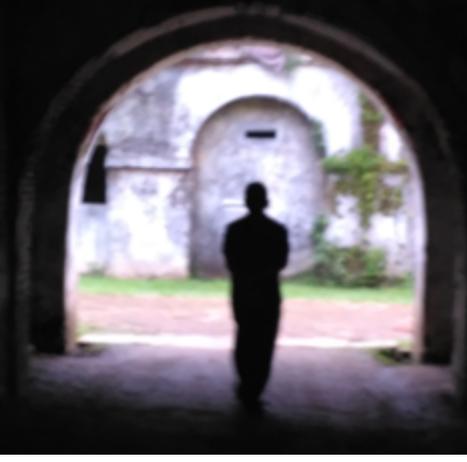
Da das momentane politische Establishment von der *Maunbootizmu*-Kultur aufgebaut wurde und dominiert wird, müssen sich die Frauen radikalisieren und emanzipieren. Dazu brauchen wir Zeit, Mut und den Willen zur Veränderung.

**Berta Antonieta Tilman Pereira** ist Feministin und arbeitet und forscht zu den Themen Geschlechteremanzipation und wirtschaftliche Entwicklung in Timor-Leste. Sie setzt sich für Frieden und einen gerechten, transparenten und nachhaltigen Entwicklungsprozess in Timor-Leste ein, in dem alle Bürger:innen von den Ressourcen des Landes profitieren und die Verantwortung für deren Schutz übernehmen. Sie engagiert sich in verschiedenen Graswurzelbewegungen wie *Grupu Feminista* und *Buibere nia Riska*.



Brinke, S. (2018). Citizens by Waiting: Timorese Young Adults between State Politics and Customary Authority. *Citizenship Studies*, 22(8), 882-896. DOI: 10.1080/13621025.2018.1538318

Trindade, J. (2011). Lulik: The Core of Timorese Values. [www.academia.edu/7450617/Lulik\\_The\\_Core\\_of\\_Timorese\\_Values](http://www.academia.edu/7450617/Lulik_The_Core_of_Timorese_Values)



## Straflosigkeit verlernen

### Das Engagement der jungen Generation in Indonesien und Timor-Leste

von Aghniadi und Kania Emmanuella Mamonto

© Albertus Arga Yuda für Asia Justice and Rights

*Die Jugend in Indonesien und Timor-Leste begibt sich auf eine Reise zum „Verlernen der Straflosigkeit“ und fordert – gegen den Widerstand einer Gesellschaft, die vergessen will – ihren politischen Raum. Dass für vergangene Menschenrechtsverletzungen keine politische Verantwortung übernommen wird, trägt gemeinsam mit dem Mangel an institutionellen Reformen weiterhin zur Straflosigkeit für vergangene Menschenrechtsverbrechen bei, deren Folgen sich auch auf junge Menschen auswirken.*

Dreiundzwanzig Jahre nach der 1998 eingeleiteten *Reformasi* nimmt die indonesische Jugend Fortschritte im Land wahr: Die Rechenschaftspflichten für Menschenrechtsvergehen wurden gestärkt, der Schutz der Menschenrechte in die Verfassung aufgenommen, Rechtsmechanismen zur Verfolgung von Genoziden oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeführt und eine Kommission für Korruptionsbekämpfung gegründet. Im Widerspruch dazu allerdings wurde das 2004 verabschiedete Gesetz zur Etablierung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission nur zwei Jahre später wieder aufgehoben, und die Versprechen, in Papua und Aceh verbindlich agierende lokale Wahrheitskommissionen einzuführen, bleiben weiterhin uneingelöst. Bis heute erleben Tausende Opfer Diskriminierung und ihre Belange werden übergangen. Gleichzeitig werden frühere Menschenrechtsvergehen nicht aufgearbeitet und die Täter:innen bleiben weiterhin straffrei. Solange die Straflosigkeit für vergangene Menschenrechtsverbrechen jedoch besteht, bleiben alle im Rahmen des demokratischen Wandels ergriffenen Bemühungen, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte zu stärken, gefährdet. Nach vierundzwanzig Jahren systematischer Menschenrechtsverletzungen während der Neuen Ordnung eröffnete die *Reformasi* in Indonesien 1999 die Möglichkeit, durch die Vereinten Nationen in Osttimor ein Referendum über den zukünftigen Status des heutigen Timor-Leste abzuhalten. Dabei stimmte die Mehrheit der Osttimores:innen für die Unabhängigkeit. Um die Men-

schenrechtsverletzungen während der indonesischen Besetzung zwischen 1975 und 1999 zu untersuchen, wurde 2002 die *Comissão de Acolhimento, Verdade e Reconciliação de Timor-Leste* (CAVR, Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission) gegründet, die 2005 ihren Schlussbericht mit dem Titel „*Chega!*“ (Genug, nie wieder) veröffentlichte. Direkt nach der Gründung der CAVR riefen die Regierungen von Timor-Leste und Indonesien die bilaterale Kommission für Wahrheit und Freundschaft (indonesisch: *Komisi Kebenaran dan Persahabatan Indonesia-Timor Leste*, KKP; Tetum: *Komisaun Verdade no Amizade*, CVA, 2005-2008) ins Leben. 2008 stellte diese dann ihre Ergebnisse und Empfehlungen vor und bestätigte die Feststellung der CAVR, dass während des Referendums 1999 Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgeübt wurden. Die tatsächlichen Gründe für die politische Gewalt, die unter der Zivilbevölkerung immenses Leiden verursacht hatte, wurden jedoch noch nicht in Lernerfahrungen für Politiker:innen und die nachfolgende junge Generation umgesetzt. In Indonesien und Timor-Leste sehnen sich die jungen Menschen heute jedoch danach, mit dem Wissen und den Fähigkeiten ausgestattet zu werden, die sie dazu befähigen der Wahrheit auf die Spur zu kommen, alle Informationen angemessen zu berücksichtigen und schließlich eine Entscheidung darüber zu treffen, welche Zukunft sie sich für ihr Land wünschen. In beiden Ländern suchen junge Menschen immer noch nach der „fehlenden Verbindung“ zwischen den Verbrechen der Vergangenheit und den heutigen Problemen ihrer Länder.

## Jugendliche einbeziehen

Obwohl Jugendliche in beiden Ländern die größte demographische Gruppe darstellen, werden sie häufig übergangen. Deshalb ist, um die politische Teilhabe als Voraussetzung für die Gestaltung eines gerechten Übergangs zu einem demokratischen Rechtsstaat (*Transitional Justice*) zu verbessern, nicht nur die Beteiligung von Politiker:innen und Überlebenden wichtig, sondern auch die der Jugend. Als zivilgesellschaftliche Organisation, die versucht, nicht nur Gerechtigkeit, sondern auch demokratischen Wandel und Verantwortlichkeit zu fördern, hält AJAR (*Asia Justice and Rights*) eine Strategie der öffentlichen Beteiligung für erforderlich, in dessen Rahmen über juristische Prozesse aufgeklärt wird und Möglichkeiten zur Einbringung geschaffen werden. Aufgrund vergangener Erfahrungen erachtet AJAR diese Vorgehensweise für den nachhaltigsten Weg, Opfer, Überlebende, Menschenrechtsaktivist:innen und anerkannte Reformist:innen in die auf der Regierungsebene und ihren Institutionen stattfindenden Transformationsprozesse einzubeziehen.



© ACbit/Mauela Leong Pereira

Begegnungsprogramme stellen dabei einen guten Einstieg für junge Menschen dar, um mehr über das Konzept der „Übergangsjustiz“ zu lernen. AJAR hat ein solches Programm aufgelegt und dafür eine Methode entwickelt, die Jugendliche miteinbezieht und sie befähigt, ihre Teilhabemöglichkeiten wahrzunehmen. Auf den Erfahrungen eines der ersten Projekte von AJAR aufbauend, das zum Ziel hatte, weibliche Überlebende in der Übergangphase nach bewaffneten Konflikten zu stärken,<sup>1</sup> ermöglicht das Programm Begegnungen zwischen Überlebenden und Opfern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene. Die in der Partizipativen Aktionsforschung verankerten Methoden und Strategien des Ausgangsprojekts wurden weitergeführt und an die konkreten Gemeinschaften und Gegebenheiten angepasst.

1 Mithilfe seiner Wurzeln in der Theorie und Methodik der Partizipativen Aktionsforschung dokumentiert das Projekt Zeugenaussagen, gemeinschaftliche Heilung und Gruppendiskussionen als Wege zur Entwicklung von Fürspracheinitiativen auf lokaler Ebene, die hier aufgerufen werden können: Aktionsforschung mit weiblichen Überlebenden von Folter und Gewalt, <https://asia-ajar.org/2014/01/action-research-with-women-survivors-of-torture-and-violence/>

Der dabei verfolgte Ansatz ermutigt Teilnehmer:innen dazu, Normen zu „verlernen“ und sich den vielen Arten der Straflosigkeit zu widersetzen. Dies wurde schließlich zu einer umfassenden Methodik fortentwickelt, die AJAR das „Verlernen der Straflosigkeit“<sup>2</sup> nennt.

## Timor-Leste

Timor-Leste ist ein junges, unabhängiges Land, das sich auf moderne demokratische Werte beruft. So wurden in die 2002 geschaffene Verfassung zahlreiche Menschenrechtsprinzipien aufgenommen, und der Staat bekennt sich zur Rechtsstaatlichkeit und hat eine Reihe von demokratischen Kontrollmechanismen eingeführt.

Allerdings werden diese juristischen und formalen Vorgaben nicht angemessen umgesetzt. Nachdem Timor-Leste 2002 die Regierungsmacht von den Vereinten Nationen übernommen hatte, entbrannte ein politischer Machtkampf, der bis heute anhält. Vor diesem Hintergrund stehen der Realisierung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie immer noch viele Herausforderungen gegenüber. Die Politiker:innen im Land gehören überwiegend der älteren Generation an oder sind ehemalige Unabhängigkeitskämpfer:innen oder Veteran:innen. Deren Mehrheit ist konservativ eingestellt und hat die Traditionen des vor der Zeit des indonesischen Militärregimes existierenden autoritären kolonialen Regimes übernommen. Die von ihnen vertretene politische Kultur steht oft nicht im Einklang mit dem Geist und den Werten der Menschenrechte, die formal in der Verfassung verankert sind.

Vor diesem Hintergrund ist demokratische Teilhabe für aufstrebende junge Menschen von vornherein nur bedingt möglich. Im Wahlkampf werden Jugendliche von den politischen Parteien beispielsweise meist nur als Statist:innen eingesetzt, um Veranstaltungen zu füllen. Am Beispiel älterer Parteiführer:innen lernen junge Parteimitglieder eine politische Kultur kennen, die häufig in den Traditionen früherer Konflikte und Regime verhaftet ist, die nicht zuletzt auch mangelnde Transparenz und Verantwortlichkeit mit sich führt. Diese Tendenz einer politischen Sozialisation, die sich an abgelebten, vor-demokratischen Werten orientiert, wird ferner durch auch an höheren Schulen immer noch eingesetzten Lehrmaterialien aus der Zeit der indonesischen Besatzung gefördert. So bietet das an Universitäten verwendete Material nach wie vor keinerlei Informationen über die Gründung und die historische Entwicklung des Landes.

Um die Bedingungen für eine echte politische Teilhabe zu schaffen, brauchen junge Osttimores:innen jedoch Möglichkeiten und Werkzeuge, mit denen sie Menschenrechte, Demokratie und Übergangsjustiz lernen können. Mit dem Ziel, der Jugend einen Ort zu geben, an dem sie über Menschenrechte und Demokratie lernen können, hat AJAR 2017 die *Human Rights and Social Justice School for Young Changemakers* (etwa: Schule für Menschenrechte und Soziale Gerechtigkeit für junge Impulsgeber:innen)

2 Unlearning Impunity Series – „Mosaic: A Manual for Rebuilding Lives and Communities After Torture“, <https://asia-ajar.org/2018/01/unlearning-impunity-series-mosaic/> [Anm. d. Red.: Der Link ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht mehr verfügbar].

gegründet.<sup>3</sup> Seither hat AJAR Studierende aus allen 13 Bezirken des Landes gefördert – einschließlich solcher aus abgelegenen Gegenden.<sup>4</sup> Entsprechend der AJAR-Methodik des „Verlernens der Straflosigkeit“ werden dort den Teilnehmenden menschenrechtliche Grundlagen und die Methoden der Partizipativen Aktionsforschung erklärt. Dieses Wissen befähigt sie, solidarische Netzwerke zu bilden und sich gemeinsam mit marginalisierten Gruppen für deren Belange einzusetzen.

Von den 200 Student:innen, die an den ersten beiden Zyklen teilgenommen haben, nehmen etwa 30 auch am dritten Projektzyklus teil. Sie treffen sich weiterhin auf dem Gelände der *Hukum, Hak Asasi dan Keadilan* (HAK)-Gesellschaft<sup>5</sup> und bauen eine unabhängige gemeinschaftliche Radio- und Fernsehstation auf, die monatlich Diskussionen über Menschenrechte und Umweltthemen überträgt. Ein weiterer Bestandteil des Programms ist die direkte Interaktion mit Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen. Einige Teilnehmer:innen haben beispielsweise begonnen, die Geschichten von Überlebenden wie jene von FS zu dokumentieren, die das Kraras-Massaker in der Gemeinde Viqueque<sup>6</sup> überlebt und bis heute weder eine Entschädigung noch staatliche Opferhilfe erhalten haben.

## Indonesien

Inspiziert durch die Ergebnisse der „Schule“ in Timor-Leste hat AJAR in Indonesien das Programm „HUMANITY“ entwickelt. Damit soll die generationsübergreifende Solidarität mit Überlebenden gefördert und ein besserer Zugang zu Sozialleistungen und sozialer Inklusion geschaffen werden. AJAR arbeitet in fünf Regionen mit lokalen Organisationen, Künstler:innen und Überlebendengruppen zusammen.<sup>7</sup> An diesen Aktivitäten beteiligen sich 18 junge Menschen. Dabei nehmen sie die Rolle von „Vermittler:innen“ für den breiter angelegten Dialog mit den Opfern ein. In diesem Sinne haben sie von 78 Überlebenden Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Menschenhandel sowie Verbrechen im Zusammenhang mit den Massenmorden von 1965/1966 und dem Osttimorkonflikt zusammengetragen.

Im Zuge des Prozesses, an dessen Ende eine schriftliche Dokumentation stand,<sup>8</sup> wurden Teilnehmende in Zent-

raljava mit der Grausamkeit des Massakers von 1965/1966 konfrontiert. Von mehreren Zeitzeug:innen aus den Städten Ambarawa und Pati erfuhren sie, dass zu dessen Opfern auch Mitglieder des Instituts für Volkskultur (*Lembaga Kebudayaan Rakyat* oder Lekra)<sup>9</sup>, Menschen chinesisch-indonesischer Abstammung und Mitglieder von Bäuer:innengewerkschaften gehörten.

*„... Zwischen einem Ort und dem nächsten erstreckten sich Hunderte von Kilometern, aber wir kamen alle an einem Treffpunkt zusammen – einem Punkt der Wahrheit und Menschlichkeit. Zwischen uns als Vermittler:innen und den Überlebenden gab es Altersunterschiede, aber wir trafen uns immer im Geist der Wahrheitsfindung und der Menschlichkeit.“*

*(Teilnehmer:in an HUMANITY in DKI Jakarta)*

Dass Teilnehmende aus Orten, wo geschichtliche Themen wie das Massaker von 1965/66 nicht öffentlich diskutiert werden, die Erfahrungen der Überlebenden verstehen, kann nicht vorausgesetzt werden. Einige von ihnen wissen zwar, dass die indonesische Vergangenheit von extremer und wiederholter Gewalt geprägt ist, die auch auf politischer, ethnischer und religiöser Verfolgung beruht, aber viele erkennen nicht, dass das repressive Regime von 1965-1998 massiv Menschen unterdrückte, die nach offizieller Auffassung die staatliche Stabilität gefährdet haben. So wurde Gewalt als politische Strategie zum Machterhalt verwendet. Indem sie direkt mit Überlebenden zu tun haben, erkennen die Jugendlichen, dass Initiativen zur Bewältigung vergangener Menschenrechtsverletzungen blockiert wurden und die Rechte der Opfer nicht durchgesetzt werden konnten.



Studierende begegnen Überlebenden. © ACbit/Manuela Leong Pereira

## Die gestohlenen Kinder

Während der Zeit der indonesischen Besetzung Osttimors wurden Tausende osttimoresischer Kinder ohne die Zustimmung ihrer Eltern verschleppt. Laut der CAVR wurden während dieser Zeit 4.534 Kinder zwangsweise

3 Mobilising Youth for Change: AJAR Timor-Leste's Human Rights and Social Justice School for Young Changemakers, <https://asia-ajar.org/2019/03/timor-leste-human-rights-school/>

4 Diese 13 Bezirke sind *Lautém, Baucau, Viqueque, Manatuto, Dili, Aileu, Manufahi, Liquiçá, Ermera, Ainaro, Bobonaro, Covalima und Oecusse*. AJARs Büro in Osttimor befindet sich in Dili.

5 Die *Hukum, Hak Asasi dan Keadilan* (HAK)-Gesellschaft oder *Asosiasaun HAK* wurde 1996 von einer Gruppe junger osttimoresischer und indonesischer Aktivist:innen gegründet. Ihre Mission besteht darin, in der ganzen Gesellschaft und sämtlichen staatlichen Institutionen von Osttimor die Prinzipien der Menschenrechte zu fördern, zu schützen und zu verbreiten. Die *Asosiasaun HAK, AJAR Osttimor und Asosiasaun Chega! Ba Ita* (ACbit) teilen sich das Gelände.

6 Das Kraras-Massaker war eine Serie von Morden, die im August und September 1983 in Kraras in der Gemeinde Viqueque stattfanden. Aus Rache für Angriffe auf einen indonesischen Militärposten wurden dabei bis zu 300 Zivilist:innen getötet. Heute ist diese Region als „Tal der Witwen“ bekannt.

7 Diese fünf Gebiete/Provinzen sind *DKI Jakarta, Südsulawesi, Ost-Nusa-Tenggara, Zentraljava und Westjava*.

8 HUMANITY Youth: 1965-66 Atrocities: Central Java, <https://humanityyouth.asia-ajar.org/en/issues/peristiwa-65-jawa-tengah/>

9 *Lembaga Kebudayaan Rakyat* oder Lekra war eine literarische und soziale Bewegung, die mit der Kommunistischen Partei Indonesiens verbunden war. Lekra wurde gemeinsam mit den anderen kommunistisch orientierten Organisationen 1965 verboten.

nach Indonesien gebracht.<sup>10</sup> Das geschah über unterschiedliche Verlegungsprogramme, an denen Militärpersonal, Regierungsbeamt:innen, Wohltätigkeitsinstitute und sogar religiöse Vereinigungen beteiligt waren. Die Kinder wurden über ganz Indonesien verteilt. Vielen wurde eine ordentliche Ausbildung versprochen, aber stattdessen mussten sie ihren Glauben und ihre Identität ändern. Häufig erlebten sie Vernachlässigung und viele von ihnen erfuhren Gewalt und Traumata, und nicht selten waren sie dazu gezwungen, sich auf eigene Faust durchzuschlagen, um zu überleben.

In Südsulawesi fanden die studentischen Vermittler:innen heraus, dass diese „gestohlenen Kinder“, die inzwischen das Erwachsenenalter erreicht haben, bei Pflegeeltern lebten oder mittels Gelegenheitsarbeiten überleben konnten. Ihr Lebensweg ist einsam, denn viele Indonesier:innen wissen nichts über ihre Geschichte und ihre Mühsal. Die mit dem Tag ihres Diebstahls und Trennung von ihren Herkunftsfamilien einsetzende Traumatisierung führte überdies zu Gedächtnisverlust und unterdrückten Erinnerungen. Die jungen Vermittler:innen des HUMANITY-Programms machten später weiter, um noch andere „gestohlene Kinder“ zu finden.

Die Erfahrungen dieser Teilnehmer:innen wurden im Rahmen eines von AJAR organisierten Austauschprogramms zusammengetragen. An ihm und der darin entstandenen Arbeitsgruppen zu Menschenrechten, Geschlechtergleichheit und Rechtsstaatlichkeit nahmen junge Menschen von beiden Seiten der Grenze zwischen Timor-Leste und dem indonesischen Westtimor teil. Im Rahmen des Programms besuchten die Teilnehmenden auch die westtimoresischen Städte Kupang und Atambua und trafen dort Geflüchtete. Diese Begegnung führte ihnen vor Augen, wie sehr der Konflikt auch heute noch präsent ist, weil seine zerstörerischen Auswirkungen von den politisch Verantwortlichen bis heute nicht ausreichend adressiert und gelöst wurden.

*„Dieses Austauschprogramm zwischen Jugendlichen aus Ost- und Westtimor ist ein wichtiges Programm, da die Jugend dort entscheidend daran beteiligt ist, dass die beiden Nachbarländer aufeinander zugehen. Wir sind dafür verantwortlich, Frieden zwischen unseren Nationen zu schaffen, da wir, auch wenn wir aus verschiedenen Ländern kommen, doch auf derselben Insel leben und nur durch eine Landgrenze getrennt sind.“*

*(Reflexion eines Mitglieds der HAK-Stiftung, das auch am Jugendaustausch teilnahm)*

<sup>10</sup> Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission von Osttimor (CAVR) (2005). *Chega! The Report of the Commission for Reception, Truth, and Reconciliation Timor-Leste*. <http://www.cavr-timorleste.org/en/cheгаReport.htm>

### Auf der Suche nach wichtigen Verbündeten

Die bedeutendste Veränderung, die AJAR mit dem Ansatz des „Verlernens der Strafflosigkeit“ erreicht hat, besteht darin, dass sich die Opfer und Überlebenden, die ihre gewaltsamen Erfahrungen bislang nie artikuliert oder ausgedrückt hatten, zunehmend öffneten und über ihre Gewalterfahrungen und die erlebte Ungerechtigkeit berichteten. Die Interaktion mit den Jugendlichen bot einen sicheren Raum, um verdrängten Erinnerungen gewahr zu werden und über Erlebnisse, über die in der Öffentlichkeit geschwiegen wird, zu sprechen. Nicht zuletzt erkannten sie, dass junge Menschen wichtige Verbündete sein können.

*„... denn die ganze Zeit, als ich dort gearbeitet habe, habe ich niemandem davon erzählt. Ob es schwierig oder angenehm war – sogar als ich krank war, habe ich niemandem davon erzählt, noch nicht einmal meiner Familie. Aber bei HUMANITY habe ich alles mitgeteilt. Den Jugendlichen und Freund:innen dort konnte ich alles erzählen, also wurde mir meine Bürde etwas erleichtert. Erst jetzt kann ich meine Erfahrungen mit anderen teilen.“*

*(Ein Opfer des Menschenhandels im indonesischen Westtimor)<sup>11</sup>*

Die Jugend hat schon immer eine wichtige Rolle hinsichtlich demokratischer Transformationen gespielt – und wenn das Programm seine Mission erfüllt, dürften sie in diesem Fall eine immer bedeutendere Rolle spielen. Die jugendlichen Teilnehmer:innen der „Schule für Menschenrechte“ und des Projekts „HUMANITY“ erkennen nämlich, dass sie von früheren Menschenrechtsverletzungen aus erster Hand erfahren und den Kontext verstehen müssen, innerhalb dessen die Tragödien stattgefunden haben, und dass sie ein Gespür dafür entwickeln müssen, wie man den Übergang zur Gestaltung eines gerechten demokratischen Rechtsstaats beitragen und solche Art von Verbrechen künftig verhindern kann.

**Aghniadi & Kania Emmanuella Mamonto** arbeiten für *Asia Justice and Rights* (AJAR). AJAR wurde 2009 von einer Gruppe von Menschenrechtsaktivist:innen gegründet, die über jahrelange Erfahrung in der Konflikt- und Friedensarbeit verfügen. AJAR und seine Partnerorganisationen dokumentieren Menschenrechtsverletzungen, beraten Organisationen in Bezug auf Prozesse der Übergangsgerechtigkeit und begleiten Überlebende.

<sup>11</sup> Dieses Zitat wurde einem von mehreren Interviews entnommen, die während des HUMANITY-Programms – gemeinsam mit lokalen Filmemacher:innen – geführt wurden, um Erfahrungen zu dokumentieren. Die daraus entstandene Kurzdokumentation mit dem Namen „Distanz“ kann hier abgerufen werden: <https://humanityyouth.asia-ajar.org/en/projects/jarak-armin-septiexan/>

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung durch  
Brot für die Welt Inlandsförderung, Stiftung Nord-Süd-Brücken und Stiftung Umverteilen! erstellt.

**Brot**  
für die Welt

 stiftung  
nord-süd  
brücken

**Um  
verteilen!**  
Stiftung für eine, solidarische Welt

Wir bedanken uns auch bei

**MISEREOR**  
IHR HILFSWERK

**missio**  
glauben.leben.geben.

 EVANGELISCHE  
KIRCHE  
IM RHEINLAND

Zahlreiche Menschen haben am Erscheinen dieses Hefts mitgewirkt. Wir danken allen Autor:innen für das großzügige Teilen ihrer Analysen, Einsichten und Einschätzungen. Unser besonderer Dank und Respekt gilt dabei jenen Autor:innen, die unter den schwierigen Bedingungen des COVID-19-Ausbruchs, der Indonesien im Juli und August diesen Jahres heimsuchte, arbeiteten.

Die Übersetzungen aus dem Indonesischen stammen von Martina Heinschke. Harald Eckhoff übersetzte die englischsprachigen Beiträge. An der redaktionellen Bearbeitung der Artikel waren Christine Holike, Max Tulley und Nils Utermöhlen beteiligt. Eva Streifeneder übernahm das Korrektorat und den Satz.

Für die Bereitstellung von Bildmaterial bedanken wir uns sehr herzlich bei Adrian Mulya, Argelio Bernardino Vilela (Mua-malay Z-Ray), Dirk Tomsa, Fahmi Panimbang, Frans Ari Prasetyo, Jörg Meier, LBH Makassar, Leona Pröpfer und Maria Manuela Leong Pereira / ACbit.

---

#### Disclaimer

Die Rechte für alle bearbeitete Bilder, Grafiken und Texte, wenn nicht ausdrücklich anders erwähnt, liegen bei den jeweiligen Autor:innen, Fotograf:innen und Künstler:innen. Alle Texte und Bilder dürfen ohne die schriftliche Einwilligung der jeweiligen Urheber:innen weder reproduziert noch wiederverwendet oder für gewerbliche Zwecke genutzt werden. Die Verantwortung für die Inhalte liegt bei den jeweiligen Urheber:innen; sie spiegeln nicht zwingend die Meinungen von Watch Indonesia! wider.

---

Themenheft: Demokratie in Indonesien und Timor-Leste 2021

Watch Indonesia!

Für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V.

Am Sudhaus 2, 12053 Berlin

V.i.S.d.P.: Christine Holike

Redaktion: Christine Holike

Korrektorat & Satz: Eva Streifeneder

Titelfoto: © Frans Ari Prasetyo

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

© Watch Indonesia! e.V. 2021



# Watch INDONESIA!

Für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V.  
Am Sudhaus 2 | 12053 Berlin | Tel./Fax +49-30-698 179 38  
[www.watchindonesia.de](http://www.watchindonesia.de) | E-Mail: [watchindonesia@watchindonesia.de](mailto:watchindonesia@watchindonesia.de)  
POSTBANK BERLIN | IBAN: DE96 1001 0010 0002 1271 01 | BIC/SWIFT: PBNKDEFF

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit. Watch Indonesia! e.V. ist eine gemeinnützige Organisation. Ihre Spende können Sie als Sonderausgabe steuerlich absetzen.

